

1. Diskursanalyse: Kultur- und Bildungsarbeit in Mittlerorganisationen

Bei der in diesem Abschnitt dargelegten vergleichenden diskurswissenschaftlichen Analyse der persönlich geführten Experten-/Leitfadeninterviews mit Akteuren der deutschen AKBP, das heißt mit Entscheidungsträgern in den Mittlerorganisationen¹, wurden zum einen diskursanalytische Verfahren sowie Methoden einer exemplarischen (kulturwissenschaftlichen) Fallanalyse angewandt. Insgesamt konnten folgenden Aspekte besonders untersucht werden: Schlüsselbegriffe/-wörter, Verwendung von Metaphern, Argumentationslinien, Diskursstränge, Einzeldiskurse und ‚Diskursereignisse‘. Aus diesen Aspekten wurde ein Kategoriensystem entwickelt, das einer kulturwissenschaftlich untermauerten, diskursiven Weiterentwicklung eines deutsch-arabischen Dialogs auf den Feldern Kultur, Bildung und Wissenschaft dient. Auf dem zuletzt genannten Feld der Wissenschaft spielt in den deutsch-arabischen Beziehungen der DAAD eine tragende Rolle, die durch die Auswertung des Interviews mit der Leiterin des Referats „Zivilgesellschaft und Kulturdialog“ im DAAD genauer untersucht wurde.

In der diskurswissenschaftlichen Auswertung der Leitfaden-Interviews mit den deutschen Mittlern können 10 von insgesamt 29 Diskurssträngen (vgl. nachstehende Tabelle) identifiziert und als diskursprägend betrachtet werden.

1 Aufgrund vermehrter Nennung der „Mittlerorganisationen“ wird in diesem Analyseteil in Anlehnung an Kurt-Jürgen Maaß die verkürzte Darstellung durch den Begriff „Mittler“ im Fließtext gewählt. Vgl.: Kurt-Jürgen Maaß: Das deutsche Modell – Die Mittlerorganisationen. In: Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Studium und Praxis, hg. von Kurt-Jürgen Maaß, 2. Aufl., Baden-Baden 2009, S. 269-280. Vgl. auch Steffen R. Kathe: Kulturpolitik um jeden Preis. Die Geschichte des Goethe-Instituts von 1951 bis 1990, München 2005, S. 13ff.

Tabelle 6: Identifizierte Diskursstränge bei Mittlerorganisation der deutschen AKBP (Stand: September 2011)

Nr.	Diskursstrang	Summe der Einzelaussagen von DAAD, PAD, GI, GIZ, ifa
1	Institutionelle Strukturen (Zuständigkeiten/Aufgaben)	602
2	Interkulturalität/Interkultureller Dialog	493
3	Konsens (Selbstverständlichkeiten)	293
4	Politische Steuerung	153
5	Interessen (Dialog/Austausch)	150
6	Zielgruppen	141
7	Transformation	140
8	Regionen (geografischer Ansatz)	139
9	Entwicklung/Fortschritt/Modernisierung	134
10	(Kulturelle) Differenz	121
11	Frankophonie	106
12	Multiplikatoren/Moderatoren/Vermittler	104
13	Zweibahnstraße (Reziprozität/Wechselseitigkeit)	102
14	Programmtitel „Europäisch-Islamischer Kulturdialog“	79
15	Religion (Säkularisierung)	75
16	Krisen und Konflikte	69
17	Netzwerk	67
18	Kulturbegriff	65
19	Gemeinsamkeiten und gemeinschaftlicher Ansatz	60
20	Kultur-/Bildungs-/Wissenschaftsexport	59
21	sprachlich rote Linien	56
22	Wirtschafts- und Eigeninteressen	48
23	Nachhaltigkeit	35
24	Berücksichtigung Bedürfnisse/Wünsche der Partner	34
25	Elite(-begriff)	30
26	Ermöglicher (Selbstverständnis)	26

27	Islamische Welt (Begriff/Regionen)	16
28	(akademisches) Niveau	14
29	Migration	7
	Summe	3418

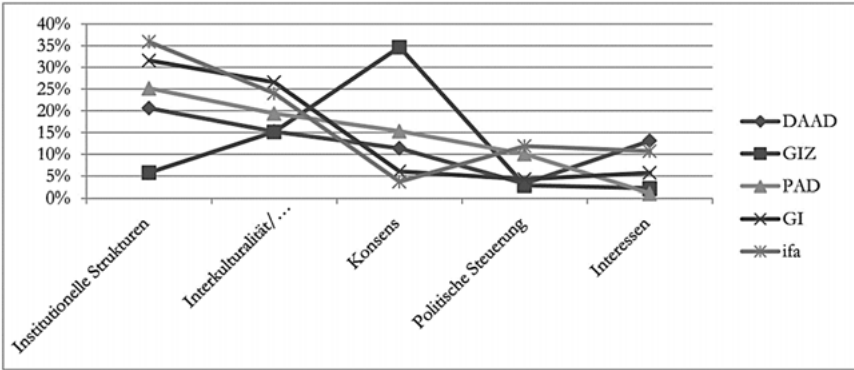
Die Texte (Transkriptionen) wurden dabei anhand der Einzelaussagen in den Interviews quantitativ ausgewertet. Die Summen der Einzelaussagen zu Leitthemen, das heißt häufig auftretende Aussagen zu bestimmten Themen und deren Betonung, konnten dabei jeweils Diskurssträngen zugeordnet und eine Rangfolge erstellt werden. Die nachfolgende Tabelle zeigt die 10 häufigsten ‚Diskursstränge‘ (Anteile in Prozent) zur AKBP der Mittler im Maghreb in einer Übersicht.

Tabelle 7: Anteile der diskursprägenden Aussagen-Einheiten in Mittlerorganisationen (Stand: September 2011)

Nr.	Diskursstrang	Anteil in %
1	Institutionelle Strukturen (Zuständigkeiten/Aufgaben)	24,0%
2	Interkulturalität/Interkultureller Dialog	20,1%
3	Konsens (Selbstverständlichkeiten)	14,9%
4	Politische Steuerung	6,5%
5	Interessen (Dialog/Austausch)	6,4%
6	Zielgruppen	6,3%
7	Transformation	6,1%
8	Regionen (geografischer Ansatz)	6,1%
9	Entwicklung/Fortschritt/Modernisierung	5,6%
10	(Kulturelle) Differenz	4,5%
	Summe	100%

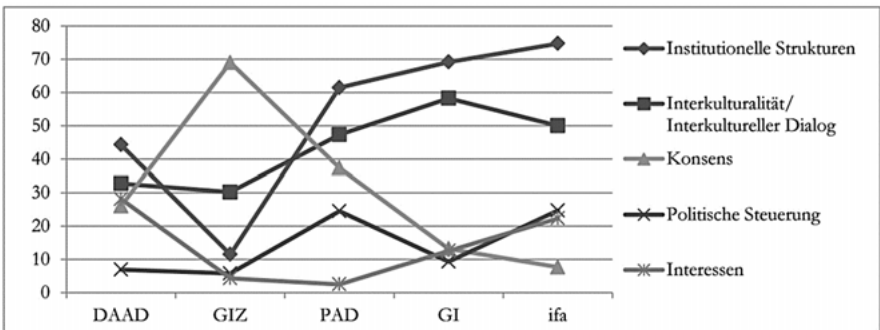
Aus der Tabelle wird bereits eine Tendenz deutlich. Die Diskursstränge ‚Institutionelle Strukturen‘ sowie ‚Interkulturalität‘, der Aussagen zum ‚Interkulturellen Dialog‘ mit einschließt, und ‚Konsens‘, der in erster Linie diskursive ‚Selbstverständlichkeiten‘ in den Mittlerorganisationen beinhaltet, sind drei zentrale Diskursstränge, die neben ‚Politische Steuerung‘ in der deutschen AKBP und ‚Interessen‘ im Dialog und Austausch mit der „islamischen Welt“ in einer Einzelauswertung der Interviews mit den jeweiligen Mittlern genauer untersucht wurden (qualitative Analyse). Wie stark die 5 hier aufgeführten Diskursstränge bei den Mittlern ausgeprägt sind, sollen die beiden nachfolgenden Abbildungen zeigen (quantitative Analyse).

Abb. 2: Anteil der fünf ausgeprägtesten Diskursstränge in den befragten Mittlerorganisationen (relativ)



Quelle: Eigene Darstellung

Abb. 3: Aussagen-Verteilung der ersten fünf Diskursstränge in den befragten Mittlerorganisationen (absolut)



Quelle: Eigene Darstellung

Im folgenden Abschnitt sollen zentrale Aussagen in den fünf ausgeprägtesten Diskurssträngen, die aus den Interviews mit den fünf Mittlern hervorgingen, in einer Einzelauswertung genauer untersucht werden. Die Reihenfolge der untersuchten Mittler richtet sich nach der Summe der jeweiligen Aussagen auf Basis einer angenommenen Gesprächsdauer von durchschnittlich 60 Minuten je Mittler. Die jeweilige Verteilung der Aussagenmenge auf die folgenden fünf analysierten Diskursstränge ist in den Abbildungen A bis E im Anhang visualisiert.

1.1 DISKURSSSTRANG 1: INSTITUTIONELLE STRUKTUREN (ZUSTÄNDIGKEITEN/AUFGABEN)

Der den ‚Experten‘ der AKBP elektronisch zugesandte Interview-Leitfaden bezieht sich in seinen Fragestellungen nicht direkt auf institutionelle Strukturen der jeweiligen Mittler. Bei der empirischen Auswertung der transkribierten Interviews hat sich jedoch ergeben, dass in den Aussagen die Zuständigkeiten, Aufgaben, das Profil und die institutionelle Verortungen der Mittler in der deutschen AKBP von den Sprechern besonders häufig betont wurden. Diese Aussagen wurden unter den Diskursstrang ‚Institutionelle Strukturen‘ zusammengefasst. Aufgrund der hohen Intensität und Dichte der Aussagen steht dieser Diskursstrang in der Rangfolge der zehn hier aufgeführten Diskursstränge an erster Stelle.

Die Bedeutung des Maghreb in der deutschen AKBP stand zu Beginn der jeweiligen Leitfaden-Interviews mit den Akteuren der Mittler im Zentrum des Interesses. Viele Akteure haben daraufhin durchaus ausweichend auf die institutionellen Strukturen ihrer Organisation hingewiesen. Dies konnte teilweise als Vermeidungsstrategie und Vorsichtsmaßnahme interpretiert werden, da sich die Befragten nicht zu eindeutigen Aussagen über die politischen Strategien des Auswärtigen Amts verleiten lassen wollte. Die Aussagen des in diesem Abschnitt zu analysierenden Diskursstrangs 1 wurden demnach nicht empirisch hinterfragt, sondern sie sind aus dem jeweiligen Diskurs zur deutschen AKBP im Maghreb von den Akteuren selbst produziert worden.

Im Folgenden werden die Aussagen der Mittler im Diskursstrang ‚Institutionelle Strukturen‘ analytisch in den diskursiven Kontext deutscher AKBP eingeordnet. Die Reihenfolge der Analyse richtet sich nach der Menge an Einzelaussagen und beginnt demnach mit dem ifa, gefolgt von GI, PAD, DAAD und GIZ (vgl. Anhang, Abb. Anhang A).

1.) Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)²:

Auf der Ebene von institutionellen Strukturen sowie regionalen und thematischen Schwerpunkten in der deutschen AKBP konstatiert Rainer Nolte, Leiter der Abtei-

-
- 2 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription des schriftlichen Leitfaden-Interviews mit Herrn Rainer Nolte (vgl. Anhang II, S. 156-163, II. A.) und des persönlichen Leitfaden-Interviews mit Frau Sandra Takács (vgl. Anhang II, S. 123-153, I. G.), das der Verfasser am 20.07.2011 im ifa Stuttgart geführt hat, entnommen und durch Namensnennung (Nolte oder Takács) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

lung Dialoge im ifa, dass das Auswärtige Amt (AA)³ und die Mittler „nur begrenzt gemeinsame Ziele und Strategien“ verfolgten. Im AA wird dies durchaus differenziert betrachtet, wie später noch deutlich wird. Die Arbeit der Mittler ist mit einer im Vorfeld definierten, kommunikativen Wirkung verbunden, die wiederum von Kommunikationskanälen und Rezipienten, Adressaten und Zielgruppen abhängig ist. So „sprechen die traditionellen Formate der Mittler [...] die Bildungseliten der Partnerländer an“, erklärt Nolte.

Im Rahmen des „Dialogs mit der islamischen Welt“ hat die Abteilung Dialoge programmatische Strukturen entwickelt, die Nolte näher charakterisiert. Dabei nimmt das ifa durchaus eine „Vorreiterrolle“ unter den anderen Mittlern ein. Dieses Engagement zeigt sich vor allem an den „seit Mitte der 1990er Jahre“ initiierten „Mediendialogen mit der arabischen Welt“, an der aktiven Mitgestaltung bei der Einführung des „Europäisch-Islamischen Kulturdialogs“ (EIK) seit 2001/2002 sowie an dem „islamspezifische[n]“ Förderprogramm *CrossCulture Praktika* (kurz: CCP) „unter Einbezug zivilgesellschaftlicher Gruppen und Einrichtungen“, wie Nolte erklärt. Die in der Bestandsaufnahme bereits angedeutete ‚Pionierrolle‘ des ifa im „Dialog mit der islamischen Welt“ wird damit bestätigt. Der Maghreb spiele dabei „in erster Linie bei den Mediendialogen eine prominente Rolle.“ Im CCP-Programm sind die Maghrebländer wiederum nicht ‚prominent‘ vertreten. Dies ist vor allem auf den außenpolitischen Fokus Afghanistan und Pakistan zurückzuführen, wie sich im weiteren Verlauf der Analyse zeigen wird.

Das Engagement des ifa für einen intensivierten Austausch mit dem Maghreb zeigt sich insgesamt in den institutionellen Kooperationen. So habe sich das ifa „an der Gründung der Stiftung „Wissensraum Europa – Mittelmeer [beteiligt], die in hohem Maße die Maghreb-Länder im Fokus hat“, erklärt Nolte. Zudem ist das ifa in der Anna-Lindh-Stiftung (ALS) engagiert und Kooperationspartner des Internet-Portals ‚Qantara‘. Auf diese Weise wirke das ifa „in die interessierte deutsche Öffentlichkeit hinein“. Demnach agiert der Mittler auch an der Schnittstelle von ‚Öffentlichem Diskurs‘ und ‚Spezialdiskurs‘ der AKBK.

3 In den folgenden Abschnitten wird aufgrund mehrfacher Nennungen zur einfacheren Handhabung die Abkürzung „AA“ anstelle von „Auswärtiges Amt“ und „Auswärtigen Amt“ verwendet.

1.1.1 Exemplarische Institutionenanalyse: Das Förderprogramm „CrossCulture Praktika“ der Abteilung Dialoge im ifa

Das CCP-Programm ist in seiner regionalen Schwerpunktsetzung auch von der „Strategie der AKBP“⁴ abhängig, wie Takács konstatiert. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die Organisationsstrukturen des Programms. Zur Relation von ‚Krisenpräventionsstrategien‘ der AKBP und den Aufgaben des ifa bemerkt Nolte: „Der Aufbau der Zivilgesellschaft in Krisenregionen wird als eines der friedensschaffenden Mittel angesehen“. Das Mittel „Friedensförderung“ entspreche zudem der „Satzungsaufgabe des ifa“, betont Nolte.

Durch das CCP-Programm sollen nicht primär die Kultur-, Wissenschafts- und Bildungsbeziehungen zwischen Deutschland und den Maghrebländern gefördert werden, wie Nolte verdeutlicht. Dies geschehe „allenfalls zum Nebeneffekt“. Denn: „Ziel ist die Förderung des Aufbaus der Zivilgesellschaft“. Dabei verfolgt das ifa einen Ansatz, der sich aus zwei zentralen Komponenten konstituiert: direkte, persönliche (interkulturelle) Begegnungen und die Schaffung von „Partnerschaften und Knotenpunkte[n] für künftige Netzwerke“.

a.) *Strukturelle Folgen des Diskurses über ‚Frankophonie‘ im Maghreb*: In der Vergangenheit waren die Distributionswege für Informationen zum CCP-Programm eher anglophon geprägt. Die ‚Frankophonie‘ des Maghreb wurde dabei bisher nicht ausreichend berücksichtigt. Die Planungen des ifa gingen im Zuge der Vorbereitungen von „Transformationspartnerschaften“ mit den nordafrikanischen Ländern im AA davon aus, sich „ein bisschen mehr“ auf die Region zu „konzentrieren“, wie Takács bekräftigt. Dies schließt die Maghrebländer Marokko, Algerien, Tunesien mit ein.

Da der Hauptkontakt zu Bewerbern für das ifa-Programm in den Maghrebländern über die deutschen Botschaften zustande kommt, ist Deutsch erste ‚Kommunikationssprache‘. Bei fehlenden Deutsch- und Englischkenntnissen liegen jedoch kaum Bewerbungen aus dem Maghreb vor. Für das ifa war es in der Vergangenheit also einfacher in Englisch und Deutsch zu kommunizieren. In Bezug zum Maghreb liegt aufgrund fehlender Französisch-Kompetenzen auf deutscher Seite daher ein, wenn auch geringes, ‚Akteurproblem‘ vor. Das bedeutet in der Konsequenz jedoch, dass das ifa mit mehr Personal ausgestattet werden sollte, das Französisch-Kenntnisse vorweisen kann, um den Austausch und die Kooperation mit dem

4 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription der Leitfaden-Interviews im ifa entnommen und durch Namensnennung (Nolte oder Takács) und im Text entsprechend kenntlich gemacht (vgl. Anhang II, S. 123-153, I. G. und S. 156-163, II. A).

Maghreb intensivieren zu können. Für das ifa bestehen bei der Erwägung sprachlicher Kombinationsmöglichkeiten, da Deutsch im Maghreb in Relation zum Französischen eine wesentlich geringere Bedeutung habe, jedoch auch administrative, also organisatorische Herausforderungen.

b.) *Planungen und Strukturveränderungen im CCP-Programm unter Berücksichtigung der Einführung eines neuen ‚Maghreb-Moduls‘*: Im zweiten Halbjahr arbeitete das ifa an einer Weiterentwicklung des CCP-Programms. Doch aufgrund der seinerzeit anhaltenden Konzeptionsphase der „Transformationspartnerschaften“ und ausstehender Entscheidungen im AA befand sich das ifa, wie auch andere Mittler, in einer ‚Warteschleife‘. Es war in dieser Hinsicht noch nicht handlungsfähig.

Da das Programm bereits seit mehreren Jahren geführt wird und der Austausch mit den Maghrebländern im CCP-Programm bisher eher verhalten gewesen sei, „wäre es jetzt auch an der Zeit“ neue Programmstrukturen und Formate zu entwickeln, wie Takács perspektivisch andeutet. Dazu gebe es bereits Ideen und Vorschläge. Für das Jahr 2012 plane das ifa beispielsweise ein weiteres „Modul [‚Nordafrika/Maghreb‘] zu initiieren“, erläutert Takács. Im ifa würden die „Planungen dahin gehen“ das Interesse am Maghreb und an Deutschland bei potentiellen Bewerbern zu verstärken. Doch räumt Takács auch ein, dass das ifa „immer ziemlich kurzfristig agieren“ müsse und daher weitläufige, umfangreiche Planungen nicht unternommen werden könnten. Bei der Neueinführung eines zusätzlichen ‚Moduls‘ mit dem Schwerpunkt Maghreb müssten auch die sprachlichen Aspekte, wie die ‚Frankophonie‘, berücksichtigt werden. Um das wechselseitige „Interesse zu wecken“, könne möglicherweise eine intensivierte Ansprache der Universitäten im Maghreb und Kooperationen mit „lokaler Presse, lokalen Medien“ dienlich sein. Das ifa ist nach Nolte grundsätzlich, „der Auffassung, dass das CCP-Programm zu verstetigen und auszuweiten sei“.⁵

Problematisch wird insgesamt jedoch der „Projektstatus“, den das CCP-Programm nach wie vor habe, betrachtet. Denn in der ursprünglichen Planung sollte das „Projekt institutionalisiert“ werden, erklärt Takács. Doch das ifa müsse „jedes Jahr um eine Folgebewilligung“ durch das AA „kämpfen“. Die Projektverträge sind für ein Haushaltsjahr (bis 31.12 eines Jahres) gültig. Die ‚institutionellen Abhängigkeiten‘ durch die Bewilligungspraxis des AA zeigen sich in diesem Fallbeispiel besonders deutlich.

5 Zum 01.01.2012 wurde das „Modul CrossCulture plus in Nordafrika“ am ifa vom AA bewilligt.

2.) Goethe-Institut (GI):

Der ‚institutionelle Diskurs‘ im AA und im Goethe-Institut (GI) wird vor allem bei der Frage zur Bedeutung des „Dialogs mit der islamischen Welt“, insbesondere mit dem Maghreb, in der deutschen AKBP sichtbar. So bezieht der Leiter des *Bereichs Wissenschaft und Zeitgeschehen*, Hans-Georg Thönges, seine im Leitfaden-Interview dargelegte Einschätzung auf die „sehr kleine Perspektive des Arbeitsfeldes“⁶, das sein zu verantwortender Bereich bearbeite. Diese Perspektive müsse aber „nicht unbedingt im Widerspruch [zur] gesamtpolitischen Einschätzung, wie sie etwa das Auswärtige Amt geben würde“, stehen, konstatiert Thönges. Daraus lässt sich schließen, dass ein im GI geführter Diskurs mit den Diskurssträngen im AA korrespondiert.

Aufgaben, Interessen und das Selbstverständnis des Goethe-Instituts in der Arabischen Welt: Die Wahrnehmung unterschiedlich dimensionierter Entwicklungen in den arabisch-islamisch geprägten Ländern sind für den *Bereich Wissenschaft und Zeitgeschehen* in der ‚diskursiven Praxis‘ von Bedeutung. So verwendet Thönges beispielsweise den Begriff „Ungleichzeitigkeiten“. Die Aufgabe des GI besteht dabei zunächst in einer ‚Beobachterfunktion‘. Ähnliches konnte auch für den DAAD im Zusammenhang mit politisch-kulturellen Wandelprozessen in der Arabischen Welt festgestellt werden. Mit den Interessen und Aufgaben des GI verbindet Thönges die „Strahlkraft“ von Initiativen, Programmen und Projekten, das heißt, „wie in diesem Geflecht je unterschiedlicher Entwicklungen einzelne Initiativen möglichst sinnvoll wirksam werden.“ Das Adjektiv „sinnvoll“ wurde in den Aussagen der befragten Mittler mehrfach verwendet. Es liegt offensichtlich ein Fokus auf dem ‚rationalen Argument‘, das mit Effektivität und Effizienz in einen begrifflichen Zusammenhang gebracht werden kann.

a.) Institutionelle Veränderungen im Rahmen der Mittelzuweisungen aus dem EIK und des politisch-kulturellen Wandels in der Arabischen Welt: Im Rückgriff auf die jüngere Geschichte beschreibt Thönges den Hintergrund des Sonderprogramms „Europäisch-Islamischer Kulturdialog“ (EIK) und dessen institutionelle Auswirkungen auf die Mittler sowie deren Rolle im weiter gefassten „Dialog mit der islamischen Welt“. Das GI war bis 2010 maßgeblich an den EIK-Mitteln beteiligt. Der

6 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription des persönlichen Leitfaden-Interviews, das der Verfasser am 29.06.2011 mit Herrn Hans-Georg Thönges im Goethe-Institut in München geführt hat, entnommen und durch Namensnennung (Thönges) im Text entsprechend kenntlich gemacht (vgl. Anhang II, S. 96-109, I. E).

Anteil des GI an diesen Mitteln war nicht nur für die „Region Nahost/Nordafrika“⁷ vorgesehen, sondern richtete „sich an die islamisch geprägte Welt in Form von Programmen“. Die Einschätzung, dass mit der Kürzung der EIK-Mittel auch ein Bedeutungsrückgang der ‚islamischen Welt‘ insgesamt in der AKBP einhergeht, kann Thönges „zumindest von der pekuniären Seite her teilen“, indem er bestätigt: „Der Rückgang der Förderung in diesem Bereich ist signifikant“. Für das Jahr 2011 hat das GI keine Mittel mehr aus dem EIK zur Verfügung gestellt bekommen. Gleichzeitig habe das Auswärtige Amt dem GI aber „signalisiert, dass an einer, nicht Neuauflage, aber an einem veränderten Konzept gearbeitet wird“. Im Juni 2011 lag dem GI das ‚neue‘ Konzept des Auswärtigen Amts jedoch noch nicht vor. Es handelt sich dabei um Mittel, die im Rahmen der initiierten „Transformationspartnerschaft“ vom AA bereitgestellt werden.⁸ Thönges plädiert jedoch dafür, dass „an die guten Erfahrungen“ im EIK angeknüpft und gar ein möglicher Abbruch des „Dialogs mit der islamischen Welt“ verhindert werde.

Thönges verweist in diesem Zusammenhang auf die Schwierigkeiten der Evaluation von Kulturmittler-Institutionen. Es sei schwer, „eine Institution wie das Goethe-Institut nach den herkömmlichen Mustern zu evaluieren“. Im Rahmen solcher Evaluationen, die bestrebt sind, bestehende Defizite in Theorie und Praxis der Kultur- und Bildungsarbeit zu identifizieren, gibt Thönges zu bedenken, dies „nicht allein an bestimmten Zuwendungsformen [...] oder nach Kontaktmitteln“ festmachen zu wollen, sondern sich eher auf „Grenzen und Möglichkeiten des Dialogs“ zu konzentrieren. Diese Aussage zeigt eine deutliche Skepsis vor quantitativen Analysemethoden und die Präferenz für qualitative Forschungsmethoden. Darüber hinaus wird damit angedeutet, dass aus Mittelzuweisungen oder -kürzungen keine Schlüsse zur Bedeutung der ‚islamischen Welt‘, insbesondere des Maghreb in der deutschen AKBP abzuleiten seien. Dieses Argument wird als ‚diskursive Strategie‘ auch von anderen Mittlern eingesetzt, wie der Abschnitt zum DAAD noch genauer aufzeigt.

b.) Institutionelle Profilschärfung als „Bildungsinstitution“ durch „Schwerpunktthemen“: Das institutionelle Selbstverständnis des GI bezieht sich zum größten Teil auf den so genannten Kulturaustausch. Demnach versteht sich das GI nicht als „die Generatoren von Kulturereignissen, sondern [als] Ermöglicher“ (vgl. ‚Ermöglicher-Diskurs‘, Abschnitt 1, Tabelle 6). Das GI geht also davon aus, dass es selbst die Rahmenbedingungen schafft, in denen sich Menschen aus unterschiedlichen Kulturen begegnen. Im Kontext des politisch-kulturellen Wandels in der ‚Arabischen

7 Im Unterschied zum DAAD („Region Nordafrika und Nahost“) wird im Goethe-Institut der Terminus „Region Nahost/Nordafrika (kurz: „NaNo) verwendet.

8 Im Rahmen der „Transformationspartnerschaften“ können auch Aspekte von ‚Wirtschafts- und Eigeninteressen der AKBP‘ erkannt werden (vgl. Abschnitt 1, Tabelle 6).

Welt‘ richtet das GI sein Augenmerk auf die Entwicklungen, die sich durch die neue „Offenheit“ in den arabischen Ländern ergeben, um „ganz neue Betätigungsfelder für sich erschließen“ zu können, beschreibt Thönges. Das zeigt die institutionelle Funktionsweise einer Mittlerorganisation wie dem GI in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen an. Denn neue Handlungsfelder und Schwerpunktsetzungen werden durchaus in Abhängigkeit von den jeweils gegebenen politisch-kulturellen Strukturen in einzelnen Ländern oder Regionen betrachtet. Zu fragen sei daher: „Wie geht eine Institution voran?“

Aus den hier genannten Gründen versucht das GI über „sogenannte Schwerpunktthemen [...] aus einer diskursiven Perspektive“ sowie das ‚In-Beziehung-Setzen‘ verschiedener Ansätze und Konzepte „dem Goethe-Institut ein Profil zu verleihen“. Die Differenzierung zwischen ‚öffentlichem Diskurs‘ und ‚Spezialdiskurs‘ in der deutschen AKBP berücksichtigend, ist die institutionelle ‚Profilschärfung‘ in Relation zur Außendarstellung und Wahrnehmung des GI in der deutschen Öffentlichkeit zu setzen. Denn in Deutschland werde das GI „weniger als Kulturveranstalter im Ausland“ wahrgenommen, sondern „mit der Spracharbeit in Verbindung“ gebracht. Diese bilde neben der „Kulturprogrammarbeit und „Informationsarbeit“ jedoch nur einen von insgesamt drei institutionellen Bereichen. Das GI verfolgt dabei den Ansatz einer interdisziplinären Kultur- und Bildungsarbeit in verschiedenen „Weltregionen“.⁹

Die Zielvereinbarungen, die das GI mit dem AA für die Periode 2011-2014 getroffen hat, gelten für alle Abteilungen und Bereiche des GI, wie der Leiter der Abteilung Sprache, Matthias Makowski ausführt. Er nennt insbesondere das erste Ziel, das die „Förderung der Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland“¹⁰, beinhaltet, sowie das vierte Ziel, das „einer verstärkten Bildungs Kooperation“ entspricht. Demnach definiert sich das GI in seinem Selbstverständnis „als Bildungsinstitution“. In der öffentlichen Darstellung ist es daher bestrebt, sich „als ein Institut, das einen Bildungsauftrag hat, stärker zu fokussieren“. Makowski sieht diesen Ansatz vor allem in einer differenten öffentlichen Wahrnehmung, Aufmerksamkeit und Wertschätzung, also der diskursiven Bedeutung der Handlungsfelder Kultur und

9 Frau Gabriele Becker ist Regionalleiterin der „Region Nordafrika/Nahost“ im Goethe-Institut Kairo und verwaltet das Budget für die Kultur- und Bildungsarbeit im Maghreb. Leider war es nicht möglich ein entsprechendes Leitfaden-Interview im Rahmen der Datenerhebung mit Frau Becker zu führen.

10 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription des persönlichen Leitfaden-Interviews, das der Verfasser am 29.06.2011 mit Herrn Dr. Matthias Makowski im Goethe-Institut in München geführt hat, entnommen und durch Namensnennung (Makowski) im Text entsprechend kenntlich gemacht (vgl. Anhang II, S. 109-123, I. F.).

Bildung begründet. Vereinfacht konstatiert Makowski dabei durchaus kritisch: „Kultur ist heute nicht mehr viel wert, aber Bildung ist viel wert“. Das hat auch Einfluss auf die programmatische Ausrichtung und institutionellen Strukturen des GI, wie Makowski an einem Beispiel illustriert. So würde sich die Finanzierung eines Schul- oder Schulungsprojekts leichter gestalten als die eines Theaterprojekts. Daher will das GI künftig „den Bildungsanteil eines Kulturprojektes [...] stärker betonen“. Dieses „strategische Ziel“, das auch die Sicherung der zukünftigen Programm- und Projektfinanzierung des GI beinhaltet, zeigt sich in der Absicht, das „Bildungsprofil“ des GI schärfen zu wollen, da die Akteure davon ausgehen, „implizit eine Menge Bildungsthemen“ zu behandeln.

c.) *Instrumente und Strategien des Goethe-Instituts unter (politisch) „schwierigen Bedingungen“*: Mit einer spezifischen Kombination von Instrumenten und Maßnahmen der Kultur- und Bildungsarbeit kann das GI seinem Mittelauftrag trotz problematischer ‚externer Einflüsse‘, zum Beispiel im Rahmen politisch-kultureller Wandelprozesse, nachkommen. Dabei könnten „verschiedene Werkzeuge“ aus der regulären Goethe-Arbeit als „Versuchsballon“ eingesetzt werden, wie zum Beispiel die Organisation eines Theaterprojekts oder Stipendien, erläutert Makowski. Er geht davon aus, dass „in dem Moment, in dem sich die Situation öffnet“, wenn also ‚politische Restriktionen‘ in den jeweiligen Ländern nicht mehr bestehen, diese Goethe-„Werkzeuge“ möglicherweise auch „voll ausgenutzt werden können.“ Falls sich diese Möglichkeiten im Kontext des politisch-kulturellen Wandels in der ‚Arabischen Welt‘, des sogenannten „Arabischen Frühlings“ böten, hoffe das GI „auch die Mittel“ zur Verfügung zu haben, die es benötigt, um die Potenziale der Kultur- und Bildungsarbeit durch sich ‚öffnende Prozesse‘ entfalten zu können. Ähnliche Aussagen finden sich auch bei Thönges.

1.1.2 Exemplarische Institutionenanalyse: Kultur- und Bildungsarbeit des Goethe-Instituts im Maghreb

Die Kampagne „Deutsch – Sprache der Ideen“, vom Bundesaußenminister im Jahr 2010 initiiert, betrachtet Makowski durchaus kritisch. Grundsätzlich sei die Kampagne nicht mit neuen Finanzmitteln versorgt worden, sondern „diente im Grund dazu bestehende Aktivitäten unter ein Label zu binden“¹¹, sodass sie eher einen ‚Positionierungscharakter‘ im Sinne einer Marketingmaßnahme aufweist und in der „Region Nahost/Nordafrika“ aus Sicht Makowskis in Relation zu den bis dahin be-

11 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 109-123, I. F entnommen und durch Namensnennung (Makowski) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

standenen Maßnahmen kein neues Potenzial „entfaltet“ habe. Er bezeichnet sie daher als ein „Kommunikationsprojekt“, da das Thema Sprache in der öffentlichen Wahrnehmung seinerzeit eine ‚Modeerscheinung‘ gewesen sei, die der Bundesaußenminister diskursiv besetzt habe und auf diesem Wege eine ‚diskursive Konjunktur‘ erlebt habe. Das GI habe dabei jedoch einige Projekte „im arabischen Raum begründet“, mit denen es vor allem „Strukturen der Lehreraus- und -fortbildung [...] noch einmal verstärkt“ habe. Es handelte sich dabei um „Begegnungsprogramme“ für Schüler. So konnte die Zahl der Stipendiaten erhöht werden. Makowski konstatiert, dass das GI in dieser Kampagne nichts „Neues“ geschaffen habe. Demgegenüber sei die Partnerschulen-Initiative „PASCH“ des damaligen Bundesaußenministers Steinmeier eher „neu“ gewesen, denn diese habe „wirklich eine Strukturveränderung erzeugt“. Mit 500 ‚PASCH-Schulen‘ sei das GI dabei in einen „besonderen Kooperationszusammenhang“ getreten.

a.) *Eingeschränkte Präsenz des Goethe-Instituts in Algerien:* Die politisch-kulturellen Strukturen im Maghreb, die bisher größtenteils von bürokratischen und politischen ‚Hürden‘ geprägt waren, beeinflussen auch die Arbeit mit den genannten Partnerschulen des GI, das beispielsweise in Algerien „nicht frei arbeiten“ könne, da die algerischen Akteure durch eine Zusammenarbeit mit dem GI in einen „Konflikt mit ihrer staatlichen Behörde kommen“ würden, erklärt Makowski. Das GI habe jedoch den Anspruch die „Brücken nicht abbrechen“ zu lassen (vgl. ‚Brücken-Metapher‘ in Abschnitt 1.2). Stattdessen „reduziere“ es seine „Präsenz auf die Spracharbeit“. Die Strategie besteht darin, solange „auf Tauchstation“ zu gehen, bis sich „eine Möglichkeiten zu arbeiten“ ergibt.

Unabhängig von politischen und bürokratischen Hindernissen könne das GI im „Bereich [der] normalen Sprachkurse“ jedoch immer arbeiten. Dies gelte im Übrigen auch für Tunesien. Das das Projekt „Dialogpunkt Deutsch“ ist in Algerien beispielsweise mit der Herausforderung konfrontiert, dass „vertragliche Vereinbarungen über den Betrieb eines Dialogpunktes [...] von den lokalen Partnern oft nicht eingehalten“¹² werden, erklärt Andreas Zürn, Leiter des Goethe-Instituts Algier in einem schriftlichen Leitfaden-Interview (vgl. Fragebogen in Anhang I und Exemplarische Fallanalyse in Abschnitt 1.2.1).

b.) *Kulturelle Wahrnehmungen/institutionelle Strukturen des Goethe-Instituts in Marokko:* Das GI unterhält in Marokko zwei Institute (Rabat und Casablanca), die sich in ihren jeweiligen Zuständigkeiten („kulturelle Programmarbeit“/„Sprach-

12 Aus der Transkription des schriftlichen Leitfaden-Interviews mit Herrn Andreas Zürn, Leiter Goethe-Institut Algerien zum GI-Projekt „Dialogpunkt Deutsch“ vom 23.06.2011 (vgl. Anhang II., S. 169-171, II. D).

kurs- und Bildungsarbeit“) unterscheiden. Da die beiden Institute „formal“ ein Institut seien, wie Makowski erklärt, sehen sich die Akteure der GI Zentrale und des GI Marokko durchaus mit Herausforderungen für die Kommunikation und Koordination konfrontiert.

Wolfgang Meissner, Leiter des Goethe-Instituts Rabat, betrachtet die politisch-kulturellen Strukturen in Marokko und die institutionellen Strukturen „aus der Sicht eines Kulturarbeiters [...] mit ein bisschen institutioneller Erfahrung“.¹³ Das GI sei seit 50 Jahren in Marokko vertreten. Daher bestehe „viel Wahrnehmung, Erfahrung und Erinnerung [...] mit marokkanischen Partnern bei der Projektgestaltung“, die vor dem Hintergrund konkreter Erfahrungen der Ortskräfte des GI in Marokko beschrieben wird. Das GI habe ein großes Interesse daran, „über einen längeren Zeitraum Netzwerke zu schaffen“, wie Meissner betont, um „die jüngeren Teile unserer Bevölkerung [...] im nördlichen Bereich des Mittelmeeres und im südlichen zusammenführen“ zu können. Um diese Netzwerke auf- und auszubauen, sollten von den Akteuren neben den bereits bestehenden „Strukturen“ weitere institutionelle Austausch-Strukturen initiiert werden. Dazu müssten sowohl die „Budgets der deutschen Kulturmittlereinrichtungen wie GI und DAAD“ als auch der „Personalbestand bei Entsandten und Ortskräften“ erhöht werden, fordert Meissner.¹⁴ (vgl. Aussagen im ifa).

3.) *Pädagogischer Austauschdienst (PAD):*

Grundsätzlich weist der PAD in der deutschen AKBP im Verhältnis zu anderen Mittlern in seinem Selbstverständnis und Profil zwar ‚kleine‘, aber äußerst effektive institutionelle Strukturen in Bezug auf Finanzierungsfragen (Mittelzuweisungen), Vorgaben und Kommunikationsformen mit dem AA sowie programmatisch-konzeptionelle ‚Zuständigkeiten‘ auf. In Bezug auf die Struktur und den Projektstatus der Programme sei der PAD „auf die Projektmittel angewiesen“¹⁵, erklärt Jörg Kretschmer. Dies seien „keine Globalzuweisungen oder pauschale Mittel“. Darin

13 Die folgenden, nicht mit Fußnoten versehen Zitate sind der Transkription des persönlichen Interviews mit Herrn Wolfgang Meissner im Goethe-Institut in Rabat, Marokko am 27.10.2010 geführt hat, entnommen und durch Namensnennung (Meissner) im Text entsprechend kenntlich gemacht (vgl. Anhang II., S. 152-155, I. H).

14 Aus der Transkription des schriftlichen Leitfaden-Interviews mit Wolfgang Meissner zum GI-Projekt „Dialogpunkt Deutsch“ vom 16.09.2011 (vgl. Anhang II, S. 163-167, II. B).

15 Die folgenden, nicht mit Fußnoten versehenen Zitate sind der Transkription des persönlichen Leitfaden-Interviews, das der Verfasser am 29.05.2011 mit Herrn Jörg Kretschmer im PAD in Bonn geführt hat, entnommen und durch Namensnennung (Kretschmer) im Text entsprechend kenntlich gemacht (vgl. Anhang II, S. 55-96, I. D).

bestehe ein „wesentlicher Unterschied zu den anderen Kulturmittlern“ (vgl. Aussagen im ifa zum Projektstatus des CCP-Programms).

Der Diskursstrang ‚Institutionelle Strukturen‘ kann im Falle des PAD in interne und externe Kategorien aufgeteilt werden. Die interne Kategorie beinhaltet dabei die institutionelle Zusammenarbeit mit dem AA und die externe die Zusammenarbeit im Programmbereich mit Partnerinstitutionen im südlichen Mittelmeerraum, insbesondere im Maghreb. Die internen und externen Kategorien werden in den folgenden Ausführungen dargestellt.

1. Interne Kategorien: Institutionelle Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt (AA): Die Union für den Mittelmeerraum (UfM) sowie die europäische Mittelmeerpolitik insgesamt haben unmittelbare programmatische, institutionelle und strukturelle (interne) Auswirkungen auf die Arbeit des PAD, insbesondere auf die Zusammenarbeit mit dem AA. Das betrifft vor allem Mittelserhöhungen und die Aufforderung durch das AA, neue Programme zu konzipieren und durchzuführen.

Bei der Frage, ob es in den vergangenen zehn Jahren zu einer neuen außenkulturpolitischen Hinwendung zum Maghreb (vgl. Fragebogen im Anhang I) gekommen sei, betont Kretschmer den Zusammenhang von Politik und institutioneller, das heißt in diesem Fall programmatischer ‚Spracharbeit‘ des PAD. So habe es im „normalen Sprachförderprogrammen [...] keine wesentlichen Auswirkungen im Zusammenhang der Islam-Programme gegeben“. Im Rahmen der 2008 von Bundespräsident Köhler initiierten „Aktion Afrika“ hatte das AA einem Vorschlag des PAD zugestimmt, sodass die Möglichkeit bestand, die „nicht-schwarzafrikanischen Staaten“ in den Sprach-Programmen zu beteiligen, in die damit auch Teilnehmer aus den Maghrebstaaten aufgenommen werden konnten. Dies sei „tatsächlich so etwas wie eine neuer Aufbruch“ gewesen, da der PAD „mehr Stipendien vergeben“ konnte, erklärt Kretschmer.

a.) *Institutionelle Strukturen im Rahmen des „Europäisch-Islamischer Kulturdialog“ (EIK) – Ziele, Strategien und Vorgaben des Auswärtigen Amts:* Bei neu einzuführenden Programmen ist der PAD von den Entscheidungen im AA abhängig. Programmbezeichnungen und -titel müssen „mit dem Auswärtigen Amt abgeklärt werden“, erläutert Kretschmer. Die Betitelung als „Europäisch-Islamischer Kulturdialog“ sei seinerzeit „im Ministerbüro in dieser Form gefunden und bestätigt worden“. Bevor der Titel nicht vom AA bestätigt und ‚freigegeben‘ wurde, durfte der PAD seine Arbeit im Bereich der Bildungsk Kooperationen mit islamisch geprägten Ländern nicht aufnehmen. Als die „Betitelung“ sich im AA durchgesetzt hatte, galt diese dann als „Vorgabe“ für den PAD.

Die Idee zu Beginn des EIK-Programms, den PAD an diesem zu beteiligen, ist im „Referat für Auslandsschulwesen“ im AA entstanden. So wurde davon ausgegangen, dass die „niederschweligen Kontakte“ des PAD „vielleicht viel eher ange-

nommen [werden] als hochaufgehängte“. Der PAD sollte daher eigene „Programm-entwürfe“ zur Beteiligung am EIK vorlegen. Dazu wurde ein Diskurs über den Dialogbegriff zwischen AA und den Mittlern geführt. Die personelle und finanzielle Mittelausstattung für das neue Programm war jedoch sehr sparsam, das heißt, der PAD hat zwar Gelder aus dem AA erhalten, aber „keine Personalmittel“.

Kretschmer führt als Gründe für die durchaus problembehaftete Umsetzung des EIK die Kommunikation der einzelnen Referate untereinander und die damit verbundenen Zuständigkeiten im AA an. Dessen konzeptionell-strategischen Vorgaben zur „Herstellung der Voraussetzungen der Zusammenarbeit mit der arabisch geprägten Welt“ seien vielseitig und „für jeden Kulturmittler anders definiert worden“, vermutet Kretschmer. Im AA bestünden für den „Dialog mit der islamischen Welt“ drei verschiedene Zuständigkeitsbereiche. Kretschmer nennt „die Länderreferate, das Islamreferat [und] den Beauftragten für den Dialog“. So käme es zu „Schwierigkeiten, die das Auswärtige Amt dadurch hat, die Schwerpunkte immer ganz einheitlich zu setzen“. Die Mittelzuweisungen für den PAD im Rahmen des EIK kamen nicht aus dem Referat für „Islamdialog“, sondern aus dem „Referat für Auslandsschulwesen.“ Und „die inhaltlichen Konzeptionen mussten aus anderen Referaten“ bereit gestellt werden, erläutert Kretschmer. Daher war die Zusammenarbeit zwischen PAD und AA „nie ganz spannungsfrei“, wie Kretschmer formuliert.

In Bezug auf zentrale Strategien und Ziele in der AKBP – etwa der Krisenprävention durch friedensstiftenden Maßnahmen – war der PAD relativ ‚unabhängig‘. Aus dem AA seien keine Vorgaben für das Dialogverständnis des PAD im Rahmen des EIK gemacht, worden. Das heißt, in der konzeptionellen Ausgestaltung der Programme des PAD im Rahmen des EIK bestanden relativ großzügige Freiheiten. Umgekehrt lässt sich festhalten, dass im Falle „nicht dialogbereite[r] Teilnehmer und Teilnehmerinnen“ der PAD Entscheidungen aus dem Auswärtigen Amt erwartet habe. Es seien zwar keine „hochgesteckten“ Ziele vereinbart worden, sondern das AA hatte sehr praxis- und umsetzungsorientierte Erwartungen in Form von „Arbeitszielen“ mit Bezug zu den Zielgruppen des PAD, der „zunächst virtuell und dann tatsächliche Schulparterschaften entwickeln“ sollte, da er bereits über langjährige Erfahrungen in der Kooperationsarbeit mit islamisch geprägten Ländern verfügte.

b.) *Regionale Schwerpunkte und Kommunikationsstrukturen:* Die regionalen Schwerpunkte (ausgewählte Partnerländer), wurden „jedes Jahr neu mit dem Auswärtigen Amt abgesprochen.“ Dabei konnte der PAD „zum Teil Wünsche äußern und Vorschläge“. Im *Programm für Bildungsfachleute aus islamisch geprägten Staaten* galt dabei für den PAD zunächst, in der ‚islamischen Welt‘ „Partnerschaften mit Schulen dort zu entwickeln“. Diese Vorgabe wurde aber aufgegeben zugunsten einer „Menschenrechts- und Friedensdiskussion“. Das bedeutet, das AA hatte von konkreten, praxisorientierten Zielvorgaben und Erwartungen Abstand ge-

nommen und sich mit einer „groben strategischen Neu- oder Weiterorientierung“ auf eher allgemeine, sehr weit gefasste Themenfelder fokussiert. Durch Mittelkürzungen war ein Fortschreiben des Programms im Jahr 2011 nicht mehr möglich. Die Mittel wurden sosehr gekürzt, dass der PAD „kein vernünftiges Programm“ mehr anbieten konnte, sodass er das Programm mit Auslaufen des Jahres 2010 hat einstellen müssen (vgl. Aussagen im GI).

2. Externe Kategorien: Institutionelle Strukturen in Kooperationen mit den Maghrebländern: Die Zusammenarbeit mit den südlichen Mittelmeerländern des Maghreb wird am Beispiel Marokko deutlich. Das Identifizieren von qualifizierten Ansprechpartnern und die Zusammenarbeit mit den Partnern funktionieren dort nach Aussagen von Kretschmer problemlos. Zwischen den Maghrebländern sind dabei durchaus Unterschiede festzustellen, wie Kretschmer bemerkt. Als ein Beispiel für die Auswirkungen der jeweiligen politisch-kulturellen Strukturen im Maghreb auf die Arbeit des PAD nennt Kretschmer Tunesien (vgl. Aussagen im ifa und GI). Da der PAD „überwiegend mit Schulen und für Schulen arbeitende Verwaltungen“ zusammenarbeitet, hatten die tunesischen Ansprechpartner in den Schülerprogrammen vor 2010 Probleme „Unterlagen beizubringen, Termine einzuhalten“, sodass es ihnen nicht möglich war „adäquat zu kooperieren“. Im Rahmen der sogenannten „Transformationspartnerschaft“, die das Auswärtige Amt für Nordafrika 2011 eingerichtet hatte, konnte der PAD vereinbaren, dass Tunesien 2012 wieder an dessen Schülerprogrammen teilnehmen wird.

In einem weiteren Beispiel für die Kooperationsarbeit mit einem Maghrebland beschreibt Kretschmer die institutionelle Kultur- und Bildungszusammenarbeit in Algerien. Mit seinen Austauschprogrammen erreicht der PAD dort „in der Regel Mittelschichten“. Innerhalb des Schulwesens sei er zwar ‚breit aufgestellt‘, aber seine institutionelle Struktur, seine Organisationsform sei im Unterschied zum DAAD für „Massenprojekte im weitesten Sinne“ nicht ausgelegt. Zudem verfügt er nicht über das entsprechende „Know-how“ und die „Instrumente“, wie Kretschmer einräumt. Weitergehende konzeptionelle und programmatische Aufgabenbereiche fielen demnach in den Zuständigkeitsbereich des Auswärtigen Amts und der „entsprechenden Träger“.

4.) Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD):

Im Diskursstrang ‚Institutionelle Strukturen‘ fällt insbesondere die Betonung von ‚Zuständigkeiten‘ und Aufgaben als ein ‚diskursives Vorgehen‘ seitens des DAAD auf. Mehrfach wird der Begriff „zuständig“ und/oder „Zuständigkeit“ verwendet. Insgesamt ist dabei ein diskursiver Fokus auf die Verwaltungsstrukturen und Verantwortungsbereiche im DAAD festzustellen. Die aus den Leitfaden-Interviews mit dem DAAD abgeleiteten ‚diskursiven Strategien‘ sollen für die weiteren Ausführungen in zwei Kategorien unterteilt werden: 1.) ‚Zuständigkeiten‘ der Referate

und 2.) Allgemeine ‚Aufgaben‘ des DAAD. Diese sind wiederum im Kontext der deutschen AKBP insgesamt sowie insbesondere in der Zusammenarbeit mit dem AA zu verorten. Grundsätzliche institutionelle ‚Koordinationsherausforderungen‘ aufgrund ‚institutioneller Abhängigkeiten‘ zwischen AA und Mittler wurden, ähnlich wie im PAD, auch in den Aussagen im DAAD deutlich.

Kategorie 1: ‚Zuständigkeiten‘ und ‚Nicht-Zuständigkeiten‘ im DAAD – diskursive Aufwertungs- und Abgrenzungsstrategien

Zur Einschätzung einer potentiellen Neuorientierung auf den Feldern Kultur, Bildung, Wissenschaft hin zum Maghreb ist eine gewisse Vorsicht und Zurückhaltung zu erkennen. Denn Heidi Wedel, Leiterin des Referats *Zivilgesellschaft* und *Kulturdialog/444* im DAAD verdeutlicht mit Verweis auf ihre Sprechersituation, dass sie für eine Aussage dazu nicht die „richtige Ansprechperson“¹⁶ sei, da sie seit 2007 „nicht mehr für die Region als solche, sondern für das Dialogprogramm“ zuständig ist. Das heißt die Zuständigkeit bezieht sich nunmehr auf das DAAD-Programm „Deutsch-Arabisch/Iranischer Hochschuldialog“, das nach dem geführten Leitfaden-Interview (Mai 2011) in „Hochschuldialog mit der islamischen Welt“ umbenannt und ein eigenes Dokument zum „Dialogverständnis des DAAD“ publiziert wurde.¹⁷

Auch Renate Dieterich, Leiterin des Referats „Nordafrika und Nahost“, verweist bei der Frage zur Bedeutung des Maghreb in der deutschen AKBP auf die ‚Zuständigkeit‘ des Auswärtigen Amts, indem sie bekräftigt: „Ich will nicht gerne für das Auswärtige Amt sprechen“ Dies verdeutlicht die bereits angeführte ‚Zurückhaltung‘ in dieser Frage. Die Verantwortung und ‚Loyalität‘ gegenüber dem AA als ‚Hauptmittelgeber‘ hat Priorität. Wichtig zu erkennen ist hier, dass die Sprecherposition des DAAD sich einem ‚institutionellen Diskurs‘ in der AKBP ein- und unterordnet.

In der Referatsbezeichnung „Zivilgesellschaft und Kulturdialog“ nimmt die Definition des Begriffs „Hochschuldialog“ ebenfalls eine bedeutungstragende Rolle in

16 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription der persönlichen Leitfaden-Interviews, die der Verfasser am 05.05.2011 mit Frau Dr. Heidi Wedel (vgl. Anhang II, S. 1-22, I. A) sowie am 06.05.2011 mit Frau Dr. Renate Dieterich (vgl. Anhang II, S. 22-37, I. B) sowie im DAAD in Bonn geführt hat, entnommen und im Text durch Namensnennung (Dieterich oder Wedel) entsprechend kenntlich gemacht.

17 Vgl. Internetseite des DAAD: „Hochschuldialog mit der islamischen Welt“ (Stand: 2011-07-29), URL: <<http://www.daad.de/hochschulen/kooperation/partnerschaft/hochschuldialog/05022.de.html>>, Datum des Zugriffs: 18.05.2013. Die weitere Analyse bezieht sich jedoch auf die bis zur Jahresmitte 2011 verwendete Bezeichnung „Deutsch-Arabisch/Iranischer Hochschuldialog“.

Bezug auf die ‚Zuständigkeiten‘ des DAAD ein. Denn dieser sei für den „Dialog auf staatlicher Ebene [...] nicht zuständig“, sondern „für den Dialog auf der Ebene von Hochschulvertretern zuständig“, konstatiert Wedel. Mit einer ‚diskursiven Abgrenzungsstrategie‘ wird zweimal auf die ‚Zuständigkeit‘ des DAAD verwiesen, die sich auch in seinem Selbstverständnis äußert.

a.) *‚Diskursive Aufwertung‘ der „Region Nordafrika und Nahost“ durch Mittelzuweisungen und institutionelle Strukturanpassungen:* Eine starke Betonung wird im DAAD auf eine sogenannte „Aufwertung“ des „Dialogs mit den Maghrebsstaaten“ und der gesamten Region Nordafrika/Nahost¹⁸ gelegt. Dies wird vor allem an der Verwendung der Personalpronomen „wir“, „uns“ sowie der Schlüsselbegriffe „Fokus“ und „Dialog“ deutlich. Das oben angeführte Dialogprogramm wurde laut Wedel dadurch „aufgewertet“, dass „neben dem Regionalreferat“ ein „zusätzliches Referat gegründet“ wurde“. Wedel konstatiert eine erfolgte „Aufwertung des Programms [...] noch einmal Ende 2007“. Diese „Aufwertung“ wird mit veränderten Verwaltungsstrukturen begründet und somit der institutionelle Charakter des Dialogprogramms betont. Zwischen der Bedeutung des Maghreb in der deutschen AKBP und einem Mittelzuwachs in für Kooperations- und Fördermöglichkeiten des DAAD, die in Nordafrika weiter ausgebaut werden sollen, erkennt der DAAD demnach eine ‚diskursive Verbindung‘. Die Strategien in der AKBP ermöglichen grundsätzlich Mittelzuweisungen für den DAAD. Dabei wird auch unterstellt, dass die Mittelgeber, allen voran das AA, aber auch das BMBF sowie das BMZ, die Bedeutung des „Dialogs mit der islamischen Welt“ erkannt haben und dass der DAAD erst dadurch aktiv handeln könne. Bei den Mittelgebern sei die „Notwendigkeit“ einer verstärkten Förderung der Region Nordafrika/Nahost „durchaus klar erkannt“ worden, berichtet Dieterich. Und „nur vor dem Hintergrund“ könne der DAAD „agieren“. Diese aktive Komponente des ‚Agierens‘ soll hier im Gegensatz zum ‚Reagieren‘ (in Kategorie 2) bereits festgehalten werden. Eine durch den DAAD betriebene aktive Steuerung und Förderung der ‚Arabischen Welt‘ kann dabei den Aussagen Dieterichs entnommen werden, indem sie bekräftigt: „Wir haben in den letzten Jahren einen sehr sehr starken Zuwachs an Programmarbeit, auch Mitteln dankenswerter Weise unserer Geldgeber erfahren“. Und mit Hilfe der erhöhten Fördermöglichkeiten habe der DAAD seine Programmarbeit mit der Region Nordafrika/Nahost „in den letzten Jahren auch kontinuierlich auf- und ausgebaut“. Dies sei, nach Dieterich, wiederum an den institutionellen Strukturen, insbesondere „an den Verwaltungsstrukturen“ abzulesen. Beachtet werden sollte die zweifache

18 Diese Bezeichnung wird im Folgenden anstelle von „Region Nordafrika und Nahost“ verwendet. Es soll zudem darauf hingewiesen werden, dass das Goethe-Institute die umgekehrte Bezeichnung „Region Nahost/Nordafrika“(kurz: „NaNo“) verwendet.

Betonung durch das Adverb „sehr“. So gebe es inzwischen „eine Gruppe mit verschiedenen Referaten [...] mit sehr sehr vielen Mitarbeitern“. Durch die Betonung der veränderten Verwaltungs- und Personalstrukturen wird jedoch ein rein quantitatives Argument angeführt. Mit dem Verweis auf eine ‚Aufwertung‘ infolge eines Ausbaus der Verwaltung können keine Schlüsse über die Qualität der institutionellen Strukturen, der programmatischen Förderkonzepte und der Motive und Zielsetzungen des DAAD gezogen werden (vgl. Aussagen von Thönges, GI).

b.) *Diskursive Hervorhebung von Schwerpunktregionen der deutschen AKBP und Darstellung von institutionellen Förderstrukturen:* Das ‚Zuständigkeitsargument‘ findet sich auch in den Aussagen zu regionalen Schwerpunktsetzungen in der AKBP und der ausführlicheren Darstellung bestimmter Förderregionen in den Jahresberichten des DAAD. So erklärt Dieterich beispielsweise: „Für Afghanistan/Pakistan bin ich nicht zuständig.“ Entscheidende Hinweise geben jedoch die weiterführenden Erklärungen. Demnach verlangten die Geldgeber, dass besonderes Engagement, („auch finanzielles Engagement“) für bestimmte Regionen „im Jahresbericht auftaucht.“ Wenn Länder wie Afghanistan oder Pakistan im Jahresbericht „prominent“ aufgeführt werden, sei das auch eine „PR-Maßnahme“, die von den „Mittelgebern erwartet“ werde. Doch sollte die genannte „PR-Maßnahme“ aus Sicht des DAAD nicht mit einer geringeren Bedeutung des Maghreb in der AKBP gleichgesetzt werden. Das heißt, hier ist eine identische Argumentation wie bereits zuvor im Kontext der Mittelkürzungen im EIK zu erkennen. Dem ist jedoch entgegen zu halten, dass Kooperationen im Maghreb nachweislich (vgl. Bestandsaufnahme in TEIL 0, Abschnitt 3) in Relation zu anderen so genannten ‚Schwerpunktregionen‘ bis einschließlich 2010 nicht verstärkt gefördert wurden. Die Argumentation des DAAD dient dabei eher einer ‚diskursiven Aufrechterhaltung‘ eines Bildes in der AKBP, welches bestätigen soll, dass die gesamte Region Nordafrika/Nahost in den vergangenen zehn Jahren eine besondere Aufmerksamkeit erhalten habe. Laut Jahresbericht 2009/2010 ist der DAAD in dieser Region mit so genannten ‚Bildungsmessen‘ aktiv. In den Aussagen spiegelt sich dabei erneut der Einsatz des ‚Zuständigkeitsarguments‘. So bekräftigt Dieterich mit Verweis auf die Marketing-Abteilung des DAAD: „Das ist nicht meine Zuständigkeit“. Es bleibt also festzuhalten, dass der DAAD, entgegen eigener Aussagen, mit Hilfe von Marketing-Maßnahmen/-Instrumenten auch die Umsetzung von Zielsetzungen in der AKBP, das heißt vor allem die Stärkung des (internationalen) ‚Studienstandorts Deutschland‘ aktiv unterstützt/fördert.

Kategorie 2: Aufgaben des DAAD – diskursive Abgrenzungs- und Rechtfertigungsstrategien

Der Verweis auf die ‚Abhängigkeit‘ von Mittelzuweisungen des Auswärtigen Amtes kann als eine ‚Rechtfertigungsstrategie‘ angeführt werden, wie sie für das institutio-

nelle Handeln des DAAD eingesetzt wird. Denn Wedel weist darauf hin, dass der DAAD mit „erheblichen Steuermitteln [umgeht], und die müssen gerechtfertigt sein.“ Dies wird auch an folgender Aussage Dieterichs deutlich: Der DAAD müsse sein eigenes Handeln gegenüber seinen „Mittegebern natürlich auch immer zeigen und offen legen und erklären“. Da die Mittelzuweisungen aus dem Haushalt des Auswärtigen Amts für das Programm „Deutsch-Arabisch/Iranischer Hochschuldialog“ im Jahr 2010 eingestellt wurden, wird von Wedel betont, dass der DAAD über „keinen eigenen Haushalt“ verfügt, sondern über einen „Etat des Auswärtigen Amts, aus dem dieses Programm weitergeführt wird“. Und dies müsse, laut Dieterich, „nicht unbedingt bedeuten, dass es eine politische Verschiebung der Bewertung gibt“. Dieses Argument führt auch Thönges vom GI an. Zu fragen wäre allerdings, warum diese Argumentationslinie von mehreren Mittlern verwendet und explizit betont wird.

Mehrfach wird die Förderung von Akademikern als Aufgabe des DAAD betont: „Also direkt fördern wir eigentlich nur Akademiker. Das ist ja unsere Aufgabe“, bekräftigt Wedel. Zur Aufgabe, zum Anspruch und Selbstbild des DAAD zählt dabei auch die Betonung, wen oder was dieser nicht fördert. Eine Negation und die ‚Abgrenzung‘ von bestimmten Aufgaben findet sich insbesondere in Bezug auf die Frage nach weiteren, über die Zielgruppe der Akademiker hinaus gehenden Zielgruppen. So betont Dieterich beinahe selbstverständlich: „Es ist ja nicht unsere Aufgabe in Volksschulen zu gehen oder Alphabetisierungskurse zu fördern“.

a.) ‚Reaktions-Argument‘ und ‚Flexibilitäts-Argument‘ – Planung, Umsetzung und Reaktion auf veränderte gesellschaftspolitische Strukturen: Für das Dialogprogramm stellt Wedel fest, dass der DAAD „immer sehr flexibel auf geänderte Situationen reagieren“ müsse. Das Argument des Reagierens (‚Reaktionsargument‘) und das Argument der erhöhten ‚Flexibilität‘ (‚Flexibilitätsargument‘) werden hier zum zweiten Mal angeführt. Externe Strukturen in Form von politischen „Rahmenbedingungen“ in Bezug auf Krisen, Konflikte oder ‚politisch-kulturelle Wandelprozesse‘, insbesondere in der „islamischen Welt“ haben demnach Auswirkungen auf interne, institutionelle Strukturen und ‚zwingen‘ den DAAD zum ‚Reagieren‘, denn dieser müsse „kurzfristig umplanen [...] das heißt, wir selbst reagieren flexibel“, erläutert Wedel. Sie betont mit dem Argument des ‚flexiblen Reagierens‘ eine unterstützende, beratende und umsteuernde Tätigkeit des DAAD. Aber durch die mehrfache Verwendung der Formulierung „reagieren muss“ drängt sich der Eindruck auf, dass den DAAD zumindest eine ‚diskursive Passivität‘ in seinem (politischen) Einfluss als Mittler kennzeichnet, da eher ein Zwang zum ‚Reagieren‘ (passiv) auf Krisen und Konflikte anstelle von ‚präventivem Agieren‘ (aktiv) in den Aussagen zu erkennen ist. Die zwei Hauptstrategien-/aufgaben dieser Argumentationslinien (‚Reaktions-Argument‘ und ‚Flexibilitäts-Argument‘) lauten „Unterstützen“ und „Umplanen“. Dabei könnten bestehende Programme eingesetzt, umstrukturiert oder

neue Konzepte erarbeitet werden, die der DAAD „dann in der Abstimmung mit [seinen] Mittelgebern möglicherweise umsetzen“ kann, erklärt Dieterich. Das bedeutet, wenn das AA Handlungsbedarf erkennt, ist es bereit dem DAAD entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

b.) Integration kulturwissenschaftlicher Konzepte und Dialogmodelle im Arbeitsalltag des DAAD – diskursive Rechtfertigungsstrategien: Im Widerspruch zur oben aufgeführten ‚Abgrenzung‘ von steuerndem Handeln konstatiert Wedel an anderer Stelle, dass ‚steuernde‘ und beratende Tätigkeiten in ihrem Referat sehr viel Raum einnehme, da der DAAD „nicht einfach die Förderung austeil[t]“. Dabei wird die Region Nordafrika/Nahost mit einem erhöhten Arbeitsaufwand verbunden, sodass wenig Zeit für eine Auseinandersetzung mit kulturwissenschaftlichen Konzepten bleibe, obwohl sich Wedel dafür durchaus mehr Zeit wünscht. Die Berücksichtigung kulturwissenschaftlicher Forschung bleibt somit eher eine Idealvorstellung, die in der Praxis aufgrund des ‚Arbeitsalltags‘ und der Organisationsstruktur des DAAD als nicht umsetzbar dargestellt wird. Denn Dieterich prognostiziert eher skeptisch: „Das wird man so nicht immer in die Praxis umsetzen wollen oder können“. Es gebe Gründe dafür, warum Mittler beispielsweise bestimmte Komponenten eines ‚Dialog-Modells/-Konzepts‘ umsetzen wollen und manche nicht. Welche diese Gründe sein könnten, lässt Dieterich offen. Dennoch konstatiert sie, dass jeder Akteur im DAAD sich verpflichtet fühle, „bestimmte Trends und Strömungen und Diskussionen in seine Arbeit mit einzubeziehen“, jedoch nur, wenn sie „praktikabel und richtig“ seien. Der „enge Austausch“ mit den Wissenschaften wird von Dieterich zwar betont, jedoch weist sie gleichzeitig auf die Dimension der „praktischen Arbeit“ des DAAD hin, dessen zur Verfügung stehende „Ressourcen und Mittel“ berücksichtigt werden sollten. Das heißt, der ‚Arbeitsalltag‘ und die Mittelausstattung wird hier argumentativ rechtfertigend angeführt und zugleich die Bedeutung eines institutionellen Austauschs zwischen Wissenschaft und ‚AKBP-Praxis‘ hervorgehoben.¹⁹ Dieterich sieht zudem die Notwendigkeit sich bestimmten Fragen, „nicht nur aus den einzelnen Mittlerorganisationen heraus, zu stellen“, da die ‚diskursive Praxis‘ aus der jeweiligen Sprecherposition heraus produziert wird. Denn jeder Mittler könne, wie sie formuliert, „immer nur über sich selber sprechen [und] die Arbeit der anderen nur eingeschränkt [...] beurteilen“. Das bedeutet in der Konsequenz, dass auch eine verstärkte institutionelle Kommunikation und ein institutioneller Austausch von Wissen unter den Mittlern gefordert werden.

19 Vgl. dazu Wolfgang Schneider, der auf dem WIK-Workshop zur ‚Mittelmeerunion‘ in Bonn 2009 die problembehaftete Umsetzung kulturwissenschaftlich erarbeiteter Konzepte in der Praxis der Mittlerorganisationen benannt hat.

5.) *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ):*

Die Organisationsstruktur der GIZ weist verschiedene Bereiche auf, die nach regionalen, geografischen Bezugspunkten ausgerichtet sind. Der Maghreb wird dabei in den Bereich „Europa – Osteuropa – Nahost – Zentralasien“ eingeordnet. Für diesen Bereich besteht „eine Bereichsstrategie“, die für das Jahr 2011 „religiöse und kulturelle Aspekte in der Entwicklungszusammenarbeit als eines der Ziele definiert hat“²⁰. Da die GIZ inzwischen „sehr viele Projekte“ [...] auch im Bildungsbereich“ durchführt, wirkt sich dies zugleich auf die Gesamtstrategie und den institutionellen Charakter aus.

Bei der verstärkten Berücksichtigung der Felder ‚Kultur‘ und ‚Religion‘ ist eine wesentliche Veränderung der institutionellen Struktur der GIZ durch die Anfang 2011 vollführte Fusion unterschiedlicher Institutionen, der drei sogenannten „Durchführungsorganisationen“²¹ Deutscher Entwicklungsdienst (DED), Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWent) und Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit entscheidend. Gatter nimmt an dieser Stelle Bezug auf die Namensgebung „GTZ“ und „GIZ“. So sei der Name GTZ „nicht mehr unbedingt technisch ausgerichtet, [denn] mit der Fusion [haben] der Kulturaustausch und der Bildungsbereich natürlich bei der GIZ ganz klar an Gewicht gewonnen“. Bei der Namensänderung in GIZ ist demnach zu berücksichtigen, dass die bisher verstärkte diskursive Wahrnehmung von ‚technischen Themen‘ und Schwerpunkten, für die das „T“ im Namen GTZ stand, weitestgehend durch andere zentrale Felder der EZ²² – Kultur, Bildung, Religion – ergänzt wurde. Damit haben sich auch die Schwerpunktsetzung und programmatische Ausrichtung der GIZ verändert²³, das heißt es werden Auswirkungen auf die konzeptionell-programmatische Strategie der GIZ und ihrer Projektarbeit in Ländern der ‚arabisch-islamisch geprägten Welt‘ (Region) unterstellt.

20 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription des persönlichen Leitfaden-Interviews, das der Verfasser am 12.05.2011 mit Herr Peer Gatter in der GIZ in Eschborn geführt wurde, entnommen und im Text durch Namensnennung (Gatter) entsprechend kenntlich gemacht (vgl. Anhang II, S. 37-55, I. C).

21 Vgl. Internetseite des BMZ: „Einzelne Akteure (Auswahl)“, URL: <http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/bilaterale_ez/akteure_ez/einzelakteure/giz/index.html>, Datum des Zugriffs: 18.05.2013.

22 Der Begriff Entwicklungszusammenarbeit wird häufig durch „EZ“ abgekürzt dargestellt.

23 Bernd Thum spricht auf der Podiumsdiskussion des ALS-Treffens am 04. April 2011 im ifa, Stuttgart, der von einer verstärkten „kulturellen Sensibilisierung bei technischen Projekten“. Vgl. Videodokumentation auf der Internetseite des WEM: „Konferenzen/Vorträge“, URL: <http://www.wissensraum-mittelmeer.org/mediapool/94/948361/data/Podiumsdiskussion_ALS_ifa_04-2011.wmv>, Datum des Zugriffs: 18.05.2013.

Denn nach Aussagen Gatters habe die GIZ durch die genannten kultur- und bildungspolitischen Ansätze „auch einen ganz anderen Zugang zur Region bekommen“, und durch die Fusion zur GIZ sei „ein ganz anderes Potenzial entstanden“. Dies führt er vor allem auf die ehemalige EZ-Institution InWent zurück, die „vor allem Bildungsarbeit und [...] interkulturelle Fortbildungen“ anbiete. Zuvor seien die Themen „Kultur“ und „Bildung“ bei der GTZ „nur am Rande“ von Bedeutung gewesen. Inzwischen entwickelt das *Programmbüro Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Länder* gemeinsam mit InWent Strategien zur Bündelung von Erfahrungen, da die personelle Struktur des Programmbüros für die Vermittlung „interkulturelle[r] Kompetenzen [...] auf breiter Front“ nicht ausgelegt ist.

Im zurückliegenden Abschnitt konnte der Diskursstrang ‚Institutionelle Strukturen‘, der von befragten Mittlern aus einem ‚eigenen Diskurs‘ heraus produziert wurde, dargestellt und vergleichend analysiert werden. Der folgende Abschnitt behandelt den zweiten für die diskurs- und kulturwissenschaftliche Analyse deutscher AKBP im Maghreb wichtigsten Diskursstrang ‚Interkulturalität/Interkultureller Dialog‘.

1.2 DISKURSSTRANG 2: INTERKULTURALITÄT/INTERKULTURELLER DIALOG

Aufgrund teilweiser Überschneidungen werden einige Aussagen aus dem Diskursstrang ‚Institutionelle Strukturen‘ in die Auswertung des Diskursstrangs ‚Interkulturalität‘ integriert, da der ‚Interkulturelle Dialog‘ in seiner bisher institutionalisierten Form nicht eindeutig von diskursiven Elementen des vorherigen Abschnitts abgegrenzt/getrennt werden kann.

Die Menge der Einzelaussagen wird in Relation zur Gesprächszeit betrachtet. Nachdem für die fünf befragten Mittler eine durchschnittliche Gesprächsdauer von je 60 Minuten zugrunde gelegt wurde, werden die Aussagen der Mittler im Diskursstrang ‚Interkulturalität‘ in der folgenden Reihenfolge untersucht: GI, ifa, PAD, DAAD, GIZ (vgl. Anhang, Abb. Anhang B).

1.) Goethe-Institut (GI):

Im Selbstverständnis des GI ist ein deutlich diskursprägendes Element für den Diskursstrang ‚Interkulturalität/Interkultureller Dialog‘ für die gesamte deutsche AKBP von Bedeutung: die bereits erwähnte ‚diskursive Selbstzuschreibung‘ des GI als „Ermöglicher“ (vgl. Aussagen von Thönges).

1. *Toleranzbegriff in der Kulturarbeit des GI und die Dialektik vom ‚Eigenen‘ und ‚Fremden‘*²⁴: Zu Beginn seiner Ausführungen zum Toleranzbegriff greift Thönges eine Formulierung von Jörn Rüsen, ehemaliger Leiter des Kulturwissenschaftlichen Instituts in Essen, auf. Demnach sei Toleranz „tiefgefrorener Waffenstillstand“²⁵. An den Aussagen von Thönges ist auch zu erkennen, dass das GI für Kooperationen mit den Kulturwissenschaften offen ist und Impulse aus diesen aufnimmt und zumindest diskursiv in seine Arbeit integriert. Daher nennt Thönges über den Toleranzbegriff hinaus den „etwas abgegriffenen, [...] aber nach wie vor heute gültigen Begriff der ‚Lerngemeinschaften‘“²⁶, an dem das GI „festhalte“. In diesem Kontext ist zudem die Dialektik von ‚Eigenem‘ und ‚Fremden‘ des GI diskursiv zu verorten. Denn Thönges betont, dass die Arbeit des GI darin bestehe, „die Eigenkultur mit der Fremdkultur zu verbinden“. Wobei er zugleich bemerkt, dass sich das ‚Eigene‘ nicht „ausschließlich“ auf die „deutsche Kultur“ beziehe, da das Moment der kulturellen Differenz und Heterogenität der deutschen Gesellschaft implizit berücksichtigt wird. Das GI ist nach Thönges bestrebt, „das Eigene und das Fremde [...] Eigenkultur – Fremdkultur [...] zueinander in Beziehung“ zu setzen. Der Ansatz des ‚Zueinander-in-Beziehung-setzen‘ in der Kulturarbeit des GI wird von Thönges mehrfach betont.

2. *Die Gleichzeitigkeit von konfliktgenerierender und friedensstiftender Kulturarbeit des GI*: Das bereits erwähnte ‚In-Beziehung-Setzen‘ von ‚Eigenem‘ und ‚Fremden‘ kann nach Thönges auch „konfliktreich sein“. Denn Kulturarbeit sei „nicht per se Friedensarbeit“, sondern könne „unter Umständen Konflikte sogar provozieren“, das heißt Kulturarbeit könne dabei „Verborgenes offen legen, kann alte Wunden wieder aufreißen“, wie Thönges formuliert. ‚Kulturarbeit‘ kann hier als Schlüsselbegriff identifiziert werden, da ihre Möglichkeiten ein zentrales diskursives Element im GI darstellen. Bei einer ‚konfliktgenerierenden‘ Kulturarbeit „können religionsbezogene Themenstellungen“ sowie „Fragen [...] der gemeinsamen Geschichtsbetrachtung“ ausschlaggebend sein, erklärt Thönges. Denn es gebe

24 Vgl. auch die Aussagen von Kretschmer (PAD) zum Toleranzbegriff und die Dialektik von ‚Eigenem und Fremden‘ bei der GIZ in späteren Abschnitten.

25 Jörn Rüsen spricht in seinem Text „Strukturwandel der kulturellen Öffentlichkeit - Folgen für die Kulturpolitik“ von der Notwendigkeit einer „konsequenten Weiterentwicklung des Toleranzprinzip“ in der Kulturpolitik. In: Internetseite von Jörn Rüsen, URL: <http://www.joern-ruesen.de/5.200_Strukturwandel_der_kulturelle_Offentlichkeit.pdf>, Datum des Zugriffs: 18.05.2013.

26 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 96-109, I. E entnommen und durch Namensnennung (Thönges) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

in Kulturen eine „sehr unterschiedliche Art und Weise ein gemeinsames Narrativ zu entwickeln“. Religion und Geschichte sowie deren differente Formen und Arten kultureller Wahrnehmung können als weitere Elemente des Diskurses zu Leitthemen der Kulturarbeit des GI betrachtet werden. In diesem Rahmen erhält auch der Begriff ‚Diplomatie‘ eine wichtige diskursive Bedeutung, wie an den folgenden Ausführungen Thönges erkennbar wird. In der ‚Diplomatie‘ werde demnach ‚Konsensfähiges‘ „in den Vordergrund“ gestellt und ‚Konfliktreiches‘ „in bestimmten, genau abgegrenzten Etappen erarbeitet“. Die Kulturarbeit des GI in den verschiedenen Weltregionen ist nicht nur ‚inter-kulturell‘ ausgerichtet, sondern zunehmend auch ‚intra-kulturell‘, das heißt zwischen den gesellschaftlichen Kräften eines heterogenen Kulturraumes. Dabei könnten die Leistungen der Kulturarbeit darin bestehen, „Fremdkulturen [...] oder auch unterschiedliche religiöse, miteinander in Konflikt stehende Gruppen in Beziehung zu setzen“, erläutert Thönges. Hier ist ein weiterer Beleg für den Ansatz des ‚In-Beziehung-Setzen‘ zu erkennen. Durch den komplementären Ansatz „Austauschformen zu ermöglichen“, gelangt das GI diskursiv „in den Bereich der Lerngemeinschaften, und [...] das Paradigma der Toleranz“ kann überschritten werden. An dieser Stelle „beginnt eigentlich die Goethe-Kulturarbeit“, betont Thönges. Diese durchaus selbstkritisch beschriebene Kulturarbeit des GI sei jedoch „risikoreich und auch nicht frei von Fehlern und Irrtümern“. So gehe das GI nicht davon aus, dass die Konzepte und Begriffe von „Interkulturalität, Ineinander-in-Beziehung-setzen, Lerngemeinschaften [...] per se aus sich selbst heraus immer gleich zum positiven Ergebnis“ führten, sondern dies sei „oft eine jahrelange Arbeit.“ Hier wird wiederum der prozessorientierte Charakter von Kulturarbeit, interkulturellem Dialog und Interkulturalität als kulturwissenschaftliches Konzept in der Kulturarbeit des GI erkennbar.

3. Inter- und intrakulturelle Begegnungen nach dem Arabischen Frühling: Um dem Konzept der ‚Zweibahnstraße‘ im „Dialog mit der islamischen Welt“ eine praxisnahe Dimension zu verleihen und die „Einbahnstraße von hier ins Ausland doch ein bisschen zu öffnen“, entwickelt das GI neue Begegnungsformate und -konzepte auch mit Blick auf die ‚post-revolutionären‘ nordafrikanischen Länder, insbesondere Tunesien und Ägypten. Denn eine wichtige Frage, die sich im politisch-kulturellen Kontext der Entwicklungen in der ‚Arabischen Welt‘ aus Sicht des GI stellt, lautet nach Thönges: „Wie viel staatliche Verantwortung für Kultur soll es geben, wie soll die sich zeigen?“ Das GI ist motiviert, die politisch-kulturellen Wandelprozesse in den ‚jungen arabischen Demokratien‘ mit „Hilfestellungen“ zu unterstützen, da beispielsweise auch noch Unsicherheiten bestünden, wer „die Ansprechpartner“ für NGOs oder Künstler sind, konstatiert Thönges.

Im Rahmen der bereits angeführten diskursiven ‚Selbstverortung‘ ermöglicht das GI „Orte der unzensurierten freien Begegnung“, wie Thönges am Beispiel der durch das Goethe-Institut Kairo seit April 2011 initiierten sogenannten „Tahrir-

Lounge“²⁷ erläutert. An diesem Ort sei eine „große Bandbreite“ an kulturellem Austausch und Kommunikation zu beobachten. Die „Tahrir-Lounge“ kann als (diskursiver) „neutraler Ort“, wie Thönges zweifach betont, bezeichnet werden. Das GI ermögliche dazu „eine Plattform des Austausch und der Erörterung“ von „Grundwerten“, sodass die Akteure in Kairo ihre Gedanken „weiter verfolgen und weiter-treiben“ könnten. Dieses Konzept unterstreicht das diskursive Element eines Begegnungsortes wie der ‚Tahrir-Lounge‘.

4. *Die Bildungsarbeit und das Prinzip ‚Zweibahnstraße‘ in der Abteilung Sprache:* Makowski sei aufgrund seiner wissenschaftlichen Ausbildung als katholischer Theologe, Philologe und Germanist „sensibel für alle Fragen des interreligiösen Dialogs“²⁸ und daher auch am Dialog mit der islamischen Welt „interessiert“. Vor diesem Hintergrund sollten auch die teilweise religionspezifischen Deutungsansätze Makowskis gelesen werden.

Den partnerschaftlichen Ansatz in der Kultur- und vor allem der Bildungsarbeit des Goethe-Instituts erläutert Makowski an einem Beispiel. So versuche das GI in sogenannten Bildungsk Kooperationen (Schulen, Universitäten) und in Kulturkooperationen (Kultur- und Kunstszene) „zu überlegen, welche Themen in Deutschland“ und welche „für Prozesse“ in islamisch geprägten Ländern relevant sind. Dieser Ansatz ist ein Beleg für die Verankerung des ‚Zweibahnstraßenprinzips‘ im GI (vgl. auch Aussagen von Thönges).

In den weiteren Ausführungen Makowskis wird deutlich, dass auch das Thema ‚Stereotypen‘ zwischen Deutschland und der islamischen Welt in der Sprach- und Bildungsarbeit des GI von Relevanz ist. Um gegenseitige Vorurteile, negativ besetzte Images/Bilder und Klischees abzubauen, versucht das GI junge Zielgruppen „über interkulturelle Begegnungsplattformen“ zu erreichen, wie Makowski am

27 Vgl. URL: <<http://www.goethe.de/ins/eg/kai/kul/sup/trp/tlo/deindex.htm>> sowie die eigene virtuelle Plattform im sozialen Netzwerk facebook, URL: <<https://www.facebook.com/TahrirLounge/info>>. Sie will „Treffpunkt für sozial und politisch interessierte und engagierte Menschen sein.“ Und: „Durch Teilnahme an den Veranstaltungen des Projekts sollen junge Menschen über ihre Rechte und Pflichten informiert werden, um einen Anreiz zu erhalten, sich für den demokratischen Wandel zu engagieren.“. Ihre Gründung wurde u.a. vom GI und der GIZ finanziert. Datum der Zugriffe: 18.05.2013.

28 Die folgenden, nicht mit Fußnoten versehenen Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 109-123, I. F entnommen und durch Namensnennung (Makowski) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

Beispiel der vom GI betriebenen deutsch-arabischen Jugendwebsite „Li-lak“ verdeutlicht.²⁹

5. *„Interkultureller Dialog“ und kulturwissenschaftliche Konzepte in der Sprach- und Bildungsarbeit des GI:* Die Auswertung der Aussagen im GI ergab, dass in der Praxis der Sprach- und Bildungsarbeit des GI Konzepte, Modelle und Begriffe aus den Kulturwissenschaften durchaus bekannt sind. Denn Makowski erklärt: „In der Abteilung Sprache kommt neben den Aspekten, die wir aus der Kulturwissenschaft kennen, zu dem Begriff der Interkulturalität für uns etwas sehr Praktisches hinzu“. Teil dieser praktischen Dimension ist demnach die „Erkenntnis, dass Lernprozesse in Abhängigkeit kultureller Lernerfahrungen stehen“. Aufgrund kulturell unterschiedlich geprägter Kommunikationsstrukturen sei die Kommunikation auf die Zielgruppen des GI „ausgerichtet“, sodass spezifische Formen von Kommunikation ihre Wirkung entfalten können. Dazu nennt Makowski ein Beispiel aus dem „Sprachunterricht“, in dessen Rahmen nicht „ohne weiteres multiperspektivische Methoden“ angewendet werden könnten, da diese Anwendung „in anderen Kulturräumen“, auch im arabisch-islamischen Kulturraum, nicht funktioniere. Dies wird von Makowski insbesondere auf differente, weitestgehend hierarchisch aufgebaute Vermittlungsstrukturen zurückgeführt.

6. *Das „Einüben herrschaftsfreier Diskurse“ oder das „Subversive des Akkusativs“ im Sprachunterricht des GI:* Aufgrund der im vorherigen Abschnitt erwähnten Besonderheiten der Kommunikations- und Vermittlungsstrukturen in arabisch-islamischen Gesellschaften soll hier der kommunikative Ansatz des GI, den Makowski für die Spracharbeit beschreibt, vorgestellt werden. Dieser verfolgt das Ziel über das Medium Sprache, „Diskurse zu üben“. Das ‚Einüben von Diskursen‘ sei „ein Grundelement des Sprachunterrichts“, betont Makowski nachdrücklich. Aus kulturwissenschaftlicher Sicht ist die folgende Aussage aufschlussreich. So stellt Makowski fest, dass „diese Diskursstruktur [...] ein Ausdruck unserer Kultur“, einer ‚westlich-europäischen‘, auch deutschen Kultur sei. Die Kommunikations- und Diskursstruktur besteht im Wesentlichen darin, dass „wir miteinander uns im Gespräch begegnen“, wie Makowski formuliert. Mit einem Verweis auf Habermas erläutert er die philosophische Grundlage dieses Ansatzes in der Sprach- und Bil-

29 Die Website wurde am 23.01.2006 publiziert, URL: <<http://www.goethe.de/z/jetzt/dejzu116/dejzu116.htm>>. Im Zuge des politisch-kulturellen Wandels in Nordafrika wurde sie 2011 durch den Internet-Blog „TRANSIT. Die arabische Welt im Wandel. Ein Webjournal des Goethe-Instituts aus dem Jahre 2011/2012“ ersetzt. URL: <http://blog.goethe.de/transit/index.php?user_language=sa&wt_sc=li-lak>, Datum der Zugriffe: 18.05.2013.

dungsarbeit des GI, das versuche die Begegnung im Gespräch „auf Augenhöhe“ entstehen zu lassen.³⁰ Klassenräume dienten dabei als „Übungsräume für das Einüben herrschaftsfreier Diskurse“, unterstreicht Makowski. Interessant ist dabei, dass in den weiteren Ausführungen der Terminus „interkulturelle Kommunikation“ eingebracht wird. Die aus den hier beschriebenen Denkmustern hervorgehende Schlussfolgerung liegt in der Annahme Makowskis begründet, dass der „Beitrag zu interkultureller Kommunikation“ darin bestehe, „Voraussetzungen“ zu schaffen, „die hinterher Dialoge erst ermöglichen“.

Zur weiterführenden Erkenntnis kann festgehalten werden, dass das GI mit diesem Ansatz in der Sprach- und Bildungsarbeit eine äußerst bedeutende Funktion und Aufgabe im „Dialog mit der islamischen Welt“ insgesamt übernimmt. In Referenz zu politisch-kulturellen Strukturen im Maghreb wird diese Bedeutung an einem konkreten Beispiel aus Algerien besonders evident. Makowski verweist dabei auf „Revolutionswächter in Algerien“. Mit dem oben beschriebenen Ansatz der „Übungsräume“ in der Spracharbeit habe das GI „immer die Entschuldigung zu sagen: hier wird nur geübt“. Doch gleichzeitig würden sich ‚Deutschlerner‘ „die Strategien“ erarbeiten, die aus Sicht des GI in politisch-kulturellen Wandelprozessen, also „für die Transformation eines solchen Landes wichtig sind“, erläutert Makowski das Konzept, das er auch als „das Subversive der Pädagogik“ bezeichnet. Es gehe darum „Spielräume“ einzurichten, „die am Ende sehr politisch werden können, ohne dass sie eigentlich politisch gedacht sind“. Den Grund für die Zusammenarbeit mit Partnerschulen im Rahmen der PASCH-Initiativen (seit 2008) führt Makowski übrigens auf diesen Ansatz zurück. In den Partnerschulen des GI werde „mit einfachen Dialogen“ das entscheidende „Element eines Diskurses“, das Einüben von Widerspruch sowie das Vertreten einer eigenen, sich von anderen unterscheidenden Meinung eingeübt. Makowski geht davon aus, dass dieses „Potential von Subversivität“ in den Gesellschaften des Maghreb und des Mashrek benötigt werde, da es „eher ein Defizit“ darstellen könnte, wie er vermutet. Da auf Seiten staatlicher oder religiöser Kontrollinstanzen keine politisch motivierten Handlungen und Zielsetzungen des Sprachunterrichts vermutet würden, (vgl. Gatter, GIZ: „Misstrauen“), kann die Spracharbeit des GI zum Abbau möglicher diskursiver Defizite in den arabisch-islamischen Gesellschaften und Kulturen beitragen.

30 Der Terminus „Dialog auf Augenhöhe“ stellt eine diskursprägende Adaption der deutschen AKBP im „Dialog mit der islamischen Welt“ dar. Er wird von anderen Mittlerorganisationen und vom Bundesaußenminister selbst verwendet. Vgl. Grußwort des Bundesministers des Auswärtigen. In: Auswärtiges Amt: Dialog zwischen den Kulturen, S. 3 (Dialog-Broschüre).

7. *Interkultureller Dialog und die Brückenmetapher im Rahmen deutscher Universitätsausgründungen in der Arabischen Welt*: Die deutschen Universitätsausgründungen in der arabisch-islamischen Welt, von denen keine im Maghreb besteht, betrachtet Makowski in Bezug auf die Konzepte von Interkulturalität und dem Reziprozitätsprinzip durchaus kritisch, da die „Voraussetzungen nicht die gleichen“ seien. Er bezieht sich dabei auf die unterschiedlichen „Motive“ der beteiligten Akteure und Länder. Dies sei „kein Dialog auf Augenhöhe“, wie die Memoranden der neu gegründeten Universitäten vermuten lassen. Daher rät Makowski, dass deutlicher werden müsse, in welchen Bereichen die genannten „gleichen Zielvorstellungen“ bestünden, um darauf „eine Brücke bauen“ zu können. Die Verwendung der ‚Brückenmetapher‘ soll hier besonders hervorgehoben werden, da sie auch bei anderen Mittlern und im ‚AKBP-Diskurs‘ insgesamt häufig verwendet wird. Bei einigen Themen, die meistens „fachlich viel interessanter“ erscheinen, benötige man zwar „Brückenköpfe“, aber es ließe sich mit diesen „noch kein Fundament [errichten], um darauf eine Fahrbahn zu bauen“, erklärt Makowski in der ‚Brückenmetapher‘ verweilend.

8. *Das Goethe-Institut in Marokko: „Kulturelle Wahrnehmungen“ in der Vermittlungsarbeit*: Meissner beschreibt politisch-kulturelle Strukturen in Marokko und geht dabei besonders auf den Begriff „Wissen“ ein. Marokko sei eine „oral“ geprägte Kultur und daher „die Verschriftung von Wissen [...] immer auch die Versicherung kollektiver Geschichte und Wahrnehmung“³¹, die zudem „eine Absicherung gegenüber einer Übermacht“ darstelle, konstatiert Meissner. Diese „Übermacht“ verbindet er in Marokko und in anderen islamisch geprägten Ländern mit dem Schlüsselbegriff „organisierte Religion“. Diese präge wiederum die gesellschaftlichen Strukturen. Im Vergleich der kulturellen und gesellschaftspolitischen Systeme, die sich auch im Verhältnis von ‚Staat und Religion‘ zwischen Europa und der arabisch-islamischen Welt zeigten, führt Meissner an, dass „in den christlichen Religionen“ ebenfalls eine Form der ‚organisierten Religion‘ vorherrsche. Diese Beobachtungen bezeichnet Meissner als „kulturelle Wahrnehmungen, die in der Vermittlung wichtig sind“.³² ‚Inter- und intrakultureller‘ Dialog in Marokko wird von Meissner als ein Prozess im Sinne einer „longue durée“³³ beschrieben. Bei

31 Die folgenden, nicht mit Fußnoten versehen Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 152-155, I. H entnommen und durch Namensnennung (Meissner) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

32 Im Laufe der Untersuchung konnte im ‚Spezialdiskurs‘ der AKBP ein eigener Diskursstrang ‚Kultur und Religion‘ identifiziert werden, wie anhand der Aussagen im Referat 609 noch gezeigt wird.

33 Vgl. Fernand Braudel: Geschichte und Sozialwissenschaften. Die longue durée.

der Frage nach Interesse und Teilhabe Marokkos am Kulturaustausch, das heißt am interkulturellen Dialog mit Europa/Deutschland konstatiert Meissner:

„Für den Großteil der marokkanischen Bevölkerung spielt Kulturdialog mit dem Ausland, auch der Kulturdialog mit den eigenen ethnischen Gruppen wie Berber, arabisch-frankophone Gruppen eine geringe bis keine Rolle.“

Dabei sei jedoch zu bedenken, dass der interkulturelle Dialog, wie er zum Beispiel in Europa und in Deutschland verstanden wird, ein „Prozess“ sei, der aus einer langfristigen Perspektive heraus betrachtet werden müsse. Die Betonung des Prozesscharakters von interkulturellem Dialog ist also auch in der kulturellen Wahrnehmung des GI in Marokko anzutreffen. Zur Gestaltung dieses Dialogprozesses schlägt Meissner vor, dass „mit der Unterstützung der wissenschaftlichen Analyse der Austausch von jungen Menschen gefördert“ werden solle. Das Ziel des ‚Kulturdialogs‘ bestehe demnach darin, junge Menschen in ‚Nord‘ (Europa) und ‚Süd‘ (Maghreb) zusammenzuführen. Dazu sollten „modellhafte Austauschprogramme“ geschaffen werden, die ein „Labor“ sein könnten, betont Meissner mit einer zweifachen Verwendung dieser Metapher. Die Entwicklung eines solchen Labors als eines „echten Begegnungsraums“ solle „dazu führen, dass über einen Zeitraum von eins, zwei, drei Generationen dieser von allen gewünschte Austausch gestärkt und intensiviert werden kann“, beschreibt Meissner seinen perspektivischen Ansatz. Die Schaffung von ‚Begegnungs- und Austauschplattformen‘ korrespondiert insbesondere mit dem weiteren Ziel der ‚Förderung der Zivilgesellschaften‘ im Maghreb.

9. Das Goethe-Institut Algerien: Gesellschaftlich-kulturelle Differenzierungen: Für die Arbeit des GI in Algerien konstatiert Zürn insgesamt: „Das Goethe-Institut fördert den Austausch zwischen dem Gastland und Deutschland in den Bereichen Bildung, Kultur, Information und Bibliothek.“³⁴ Wie in Marokko sind dabei jedoch auch in Algerien zwei differierende ‚Bevölkerungsschichten‘ anzutreffen, die vor allem von einer Kluft zwischen Armut und ‚privilegierter Elite‘ gekennzeichnet sind. Zudem ist zwischen staatlichen Interessen und den Anliegen der Bevölkerung, auch der Zivilgesellschaft zu differenzieren. Dabei ist jedoch zu beachten, dass es dem algerischen Staat „nicht wirklich um einen Dialog“³⁵ gehe. Zudem liegt offen-

34 Aus der Transkription in Anhang II, S. 169-171, II. D entnommen.

35 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription des schriftlichen Leitfaden-Interviews mit Herrn Andreas Zürn zum Thema Kultur- und Bildungsaustausch im Mittelmeerraum – deutsche AKBP im Maghreb vom 23.06.2011 entnommen und durch Namensnennung (Zürn) im Text entsprechend kenntlich gemacht (vgl. Anhang II., S. 167-169, II. C).

sichtlich eine deutliche Differenz zwischen Stadt- und Landbevölkerung vor. So habe die „ländliche Bevölkerung [...] oft keinerlei Zugang zu Kulturveranstaltungen“ (,Kultur als Luxusgut‘), erläutert Zürn. Die sogenannte ‚Bildungselite‘ wünsche sich zwar mehr „Kulturdialog“, Zürn betont dabei jedoch die Bedeutung des ‚Zweibahnstraßenprinzips‘ aufgrund einer hohen „Sensibilität“ der städtischen Bevölkerung „gegenüber jeder Art von Kulturkolonialismus“. Daher müsse der „Schwerpunkt [...] auf dem Dialogischen liegen“, fordert Zürn.

Nach diesen diskursanalytischen Beobachtungen und Untersuchungen soll nun in Bezug auf die kulturwissenschaftliche Konzeption von Interkulturalität und ‚interkulturellem Dialog‘ eine exemplarische Fallanalyse des Projekts „Dialogpunkt Deutsch“ der Goethe-Institute in Algerien und Marokko folgen.

1.2.1 Exemplarische Fallanalyse: Das Projekt „Dialogpunkt Deutsch“ des Goethe-Instituts in Algerien und Marokko

1. „*Dialogpunkt Deutsch*“ in Oran, Algerien: Die in Abschnitt 1.1.2 angeführten institutionelle Herausforderungen durch ‚bürokratisch-politische Hürden‘ in der Praxis der Kultur- und Bildungsarbeit des GI in Algerien haben auch Auswirkungen auf den *Dialogpunkt Deutsch* an der Universität in Oran, der von algerischen Studenten betreut wird.

Für das Dialog-Projekt können in Bezug auf Konzepte von Interkulturalität und ‚interkulturellem Dialog‘ folgende Handlungsfelder und Ziele, die von einem ‚Aktualitätskriterium‘ in der ‚kulturellen Vermittlungsarbeit‘ (‚Dialogarbeit‘) des GI geprägt sind, identifiziert werden: So werden im *Dialogpunkt Deutsch* „aktuelle Medien über Deutschland“³⁶ bereitgestellt, die zur „Vermittlung eines aktuellen Deutschlandbilds in das Gastland“ beitragen sollen, erklärt Zürn. Des Weiteren dient der *Dialogpunkt Deutsch* zur „Schaffung eines Begegnungsortes für alle an Deutschland Interessierten“. Die Exklusivität des *Dialogpunkt Deutsch* in Algerien bestehe darin, dass er „der einzige Ort [ist], sich ein aktuelles Deutschlandbild zu verschaffen, da Bibliotheken und andere Einrichtungen meist sehr schlecht ausgestattet sind“, bekräftigt Zürn. Auch der DAAD hat die Aktualität der Bestände, der Bibliotheksausstattungen in Algerien ‚angemahnt‘. Die Ausstattung des *Dialogpunkt Deutsch* besteht vor allem aus: „DaF-Lehrmaterial, aktuelle deutsche Literatur, Kinder- und Jugendliteratur, Sekundärliteratur zu literarischen und landeskundlichen Themen [...], deutsch/algerische Themen“. Aktualität und Ausstattung sind demnach zwei zentrale Anforderungen in diesem Projekt. Da das Haupt-

36 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate der Transkription in Anhang II, S. 169-171, II. D entnommen und durch Namensnennung (Zürn) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

ziel in der Vermittlung eines aktuellen Deutschlandbildes (vgl. auch Aussagen von Nolte, ifa) besteht, ist die Verwaltung dieses ‚Begegnungsortes‘ gehalten, eine aktuell gehaltene (Medien-)Ausstattung bereitzustellen.

In der Wahrnehmung der Besucher (meist algerische Studenten/innen) werden die Dialogpunkte als „sehr sinnvoll“ und insgesamt „sehr positiv aufgenommen“. Zürn berichtet, dass, „bei laufendem Unibetrieb circa 300- 500 Besucher pro Monat“ erwartet werden können. Dennoch schränkt Zürn dieses positive Bild ein, indem er betont, dass die „Effizienz eines Dialogpunktes [...] sehr stark vom Engagement des lokalen Partners abhängig“ sei. Die Betonung dieser ‚Abhängigkeit‘ wird durch die Formulierung „sehr stark“ potenziert. Dabei ist jedoch auch zu bedenken, dass ein Engagement der „lokalen Partner“ gerade in „Transformationsprozessen“³⁷ nur bedingt und eingeschränkt erwartet werden kann. Insgesamt können wechselseitiges Interesse und Offenheit als zentrale Voraussetzungen für ein solches Dialogprojekt betrachtet werden.

2. „Dialogpunkt Deutsch“ in Marrakesch und Tanger, Marokko: 2004 wurde in Marrakesch bereits der erste *Dialogpunkt Deutsch* in Marokko eingerichtet. 2005 hat dann eine sogenannte „Kulturmanagerin“ der Robert-Bosch-Stiftung dort ihre Arbeit aufgenommen. 2007 folgte die Einrichtung eines zweiten *Dialogpunkt Deutsch* in Tanger.

Das Leitthema dieser Dialog-Projekte lautet nach Meissner: „Dialog zwischen jungen Menschen aus Deutschland und aus Marokko“³⁸. Die junge Generation kann hier als zentrale Zielgruppe der Dialogpunkte identifiziert werden, deren Aufgabe sich ähnlich wie in Algerien aus der „Vermittlung eines modernen, vielseitigen Deutschlandbildes“ konstituiert. Dazu stehen eine „Mediathek“ und ein „Arbeitsraum“ als „Austauschplattform“ zur Verfügung. An den ‚Dialogpunkten‘ begegnen sich vor allem „Deutschschüler, Dozenten, Rückkehrer, Studenten, Gäste aus Deutschland, Kulturschaffende und -interessierte“, berichtet Meissner.

Insbesondere sind dabei Bildungsthemen von Interesse (vgl. Aussagen zur ‚Profilschärfung‘ des GI als „Bildungsinstitution“ von Makowski). Schüler und Studenten interessieren sich darüber hinaus für Austauschprogramme. Durchschnittlich kann jeder Dialogpunkt in Marokko mit 80 bis 100 Besuchern am Tag rechnen. Bei angenommenen 20 Öffnungstagen im Monat kommen bis zu 2.000 Deutschlerner und andere an Deutschland Interessierte in einen *Dialogpunkt Deutsch*. Quantitativ betrachtet liegt die Besucherzahl eines Dialogpunkts in Marokko damit um ein

37 Vgl. Foroutan: Kulturdialog zwischen dem Westen und der islamischen Welt, S. 218ff.

38 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 163-167, II. B entnommen und durch Namensnennung (Meissner) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

Vierfaches höher als in Algerien (max. 500 pro Monat). Sprachliche („Frankophonie“) und „bürokratisch-politische Hürden“ könnten dabei durchaus eine Rolle spielen. Denn Meissner konstatiert bestimmte Herausforderungen der *Dialogpunkte Deutsch* in den Maghrebländern. In der Kommunikation mit Deutschschülern wird auf „Deutsch“ und gegebenenfalls auf eine Translation in die jeweilige „Landessprache“ zurückgegriffen. Die „Sprache bei externen Veranstaltungen“ ist Französisch. Als Herausforderungen im Umgang mit Verwaltung und Politik benennt Meissner: „Lange administrative Wege, strenge Hierarchie, allgemeine Vorsicht bzw. Zurückhaltung gegenüber ausländischen Institutionen“.

Um das strategische Ziel des *Dialogpunktes Deutsch*, „lokale Strukturen durch Anknüpfung fördern“, zu erreichen, baut das GI seine „Programmarbeit in Kooperation mit lokalen [...] Organisationen, Vereinen“ durch „langfristige Partnerschaften“ in Marokko auf, wie Meissner erläutert. Das Konzept und Dialogverständnis des GI in Bezug auf den Begriff „interkultureller Dialog“ beschreibt Meissner mit folgenden Kriterien: „Gleichberechtigte, partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe in Planung, Bewerbung, Durchführung und Dokumentation/Vermittlung von Projekten“. An dieser Aussage wird eine deutliche Parallele zum Ansatz des *Dialogpunktes Deutsch* in Algerien erkennbar. Denn auch Zürn hat das Prinzip der ‚Zweibahnstraße‘ im Sinne eines ‚Dialogs auf Augenhöhe‘ für das GI herausgestellt. Die Kommunikation verläuft demnach nicht einseitig, sondern wechselseitig, wie Meissner konzeptionell konstatiert: „Dialogpunkte basieren auf wechselseitig wirksamen und wertvollen Partnerschaften und genuinem Austausch“. Als zentrale Kriterien von Interkulturalität und Konzeptionen von ‚Interkulturellem Dialog‘ werden in dieser Arbeit erstens die Wahrnehmung und Anerkennung der jeweils anderen Kultur und zweitens ein Kultur-‚Grenzen‘ überschreitender wechselseitiger Austausch kulturellen Wissens angenommen. Dem Verständnis von ‚Interkulturalität‘ in Konzeption und programmatischer Ausrichtung der Goethe-Institute im Maghreb, das heißt auch in den Dialogpunkten, liegen nach Meissner folgende Kriterien zugrunde:

„Respekt, Gleichberechtigung, Dialog und Austausch auf Augenhöhe, Offenheit, wechselseitige Lernbereitschaft, ernsthafte Bemühung um Kenntnisse von Sprache, Geschichte, Kultur und Gesellschaft des anderen.“

Die genannten Kriterien finden in „Workshops, kritische[n] Evaluierungen, Programmplanung und -realisierung“ ihre praktische Anwendung. Kulturelles Wissen und kulturwissenschaftliche Konzepte fließen in die Kultur- und Bildungsarbeit der Goethe-Institute „mittels kontinuierlicher Beobachtung und Auswertung der einschlägigen gesellschaftlichen Diskurse“ im Maghreb und in Deutschland ein. Aus den „positiven, anerkennenden Reaktionen der Zielgruppen in Marokko auf Präsenz und Angebote des [...] Goethe-Instituts“ könne nach Meissner entnommen werden,

dass sich nach den derzeitigen Konzeptionen des GI die oben genannten Kultur-, Grenzen‘ überwinden und Tendenzen einer ‚schöpferischen Integration kulturellen (Fremd-) Wissens‘ sowohl bei den Zielgruppen als auch den Akteuren des GI im Maghreb erkennen lassen.

Resümierend kann für das Projekt *Dialogpunkt Deutsch* in Marokko und in Algerien „ein durchweg positives“ Fazit festgehalten werden. Die Bedeutung sowie die Vorteile des Projekts für die deutsch-maghrebinischen Kultur- und Bildungsbeziehungen bestehen nach Meissner in der „Möglichkeit der Informations- und Vermittlungsarbeit [und] nachhaltige Präsenz durch kleine flexible Strukturen“ an Orten, wo das GI bisher nicht präsent sein kann.

2.) *Institut für Auslandsbeziehungen (ifa):*

Interkulturalität und Dialogbegriff – Zu Beginn dieses Abschnitts kann konstatiert werden, dass grundlegende Parallelen zwischen der Formulierung eines im ifa verwendeten Dialogbegriffs und kulturwissenschaftlichen Konzepten von ‚interkulturellem Dialog‘ bestehen. So erklärt Nolte in Anlehnung an den ‚erweiterten‘ Kulturbegriff: „Dialog ist ein wertschöpfendes, ergebnisoffenes, symmetrisch angelegtes Gespräch.“³⁹ Entscheidend ist jedoch sein weiterführender Hinweis, dass die Bezeichnung ‚interkulturell‘ „nur ein Hilfsbegriff“ sei. Diese Aussage relativiert und reduziert gleichzeitig den im Diskurs über Interkulturalität mit relativ hoher Bedeutungszuschreibung versehenen Begriff „interkulturell“. Das begründet Nolte wie folgt: „Dialog findet zwischen Menschen, nicht zwischen Kulturen statt, so wenig wie Kulturen Kompetenzen besitzen.“ Dabei ist ein diskursiver Konsens über das Konzept des ‚Interkulturellen Dialogs‘ zwischen den Mittlern und dem AA zu erkennen (vgl. Aussagen im Referat 609 in Abschnitt 2.1). Aus der Perspektive der Handlungsfelder deutscher AKBPs hat das ifa zwischen den Feldern ‚Kultur‘ und ‚Religion‘ im Austausch mit der arabisch-islamischen Welt eine klare Positionierung eingenommen: „Das ifa agiert bewusst nicht auf dem engeren Feld des interreligiösen Dialogs“, wie Nolte bekräftigt. Dies stellt sich für andere Mittler, wie beispielsweise die Aussagen von Gatter (GIZ) und Makowski (GI) zeigen, in Teilen anders dar, weil dort so genannte ‚religiöse Aspekte‘ („Lebenskonzepte“) in der Projektarbeit sowie in der diskursiven Praxis verstärkt berücksichtigt werden.

In Bezug auf den vermehrt im (außenkultur-) politischen Diskurs verwendeten Begriff „interkulturelle Kompetenz“ führt Nolte dessen Bedeutung auf eine subjektiv-individuelle Ebene zurück:

39 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II. S. 156-163, II. A entnommen und durch Namensnennung (Nolte) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

„Interkulturelle Kompetenz von Menschen ist eine Haltung, sich auch auf Unbekanntes oder Fremdes zum Zwecke des Dialogs einzulassen und dabei die Regeln der Symmetrie nicht aus Unkenntnis zu verletzen.“

Der Ansatz des ‚Einlassens auf den Anderen‘ ist auch im Dialogkonzept des DAAD verankert. Karl Esselborn schreibt: „Wichtige Bedingung für einen Dialog ist die Bereitschaft, sich auf den anderen einzulassen, zugleich aber ein Distanzhalten, das Freiheit stiftet.“⁴⁰ „Interkulturelle Kompetenz“ ist demnach eine notwendige Voraussetzung für einen produktiven, interkulturell orientierten Dialog zwischen Menschen aus Europa und der arabisch-islamischen Welt. Und weiter erklärt Nolte: „In der entwickelten Form ist es die Fähigkeit zum Perspektivwechsel“, wie er auch in der ‚interkulturellen Theorie‘ angelegt ist.

Das Verständnis von Interkulturalität in der programmatischen Ausrichtung des ifa ist weitestgehend durch, im Rückgriff auf kulturwissenschaftlich erarbeitete Modelle und Konzepte sowie deren diskursive Darstellung, definierte Kriterien und Voraussetzungen geprägt, wie sich an den folgenden Ausführungen von Nolte erkennen lässt:

„Dynamik und Interaktivität werden neben der Rahmensetzung durch Programme und Formate in hohem Maße von den Menschen bestimmt. ‚Austausch‘ ist ein Lern- und Bildungsprozess, dessen Ausgang man nicht determinieren kann. ‚Wissen‘ als soziale Verfügbarkeit und Sedimentierung von neuem Wissen ist eine Hoffnung, die auf Häufigkeit, Intensität, Qualität und Reichweite des individuell erlebten Austauschs gründet.“

Aus diesen Erläuterungen wird auch ersichtlich, dass ein zentrales Merkmal von Interkulturalität als kulturwissenschaftliches Konzept, die ‚wechselseitige schöpferische (Neu-)Integration kulturellen Wissens‘, in der konzeptionell-programmatischen Ausrichtung des ifa durchaus berücksichtigt und integriert wird. Denn der Ansatz des ifa in Bezug auf einen Kultur- und Bildungsaustausch speziell mit arabisch-islamisch geprägten Ländern ist durch das von Nolte genannte „symmetrische Interesse“ gekennzeichnet. Auffällig an dem im ifa indirekt geführten Diskurs über Interkulturalität ist die folgende Einschätzung: Auf die Frage, inwieweit kulturelles Wissen und kulturwissenschaftliche Konzepte in der ‚Kulturarbeit‘ des ifa und insbesondere in dessen Förderprogramm „CrossCulture Praktika“ angewandt würden, antwortet Nolte mit einer Gegenfrage: „Hat die Kulturwissenschaft derart anwendbare Konzepte hervorgebracht?“ Hier wird auch eine ‚Skepsis‘ der Mittler zum Ausdruck gebracht, die von der Annahme einer Differenz zwischen Wissenschaft und Praxis von Kultur- und Bildungsarbeit, also einem ‚Theorie-Praxis-

40 Esselborn: Dialog, S. 218/219.

Gefälle‘ ausgeht. Dazu sei angemerkt, dass Nolte einerseits in seinen oben zitierten Erläuterungen zum Verständnis von Interkulturalität bereits wesentliche Ansätze aus den Kulturwissenschaften verwendet hat und andererseits das ifa als einzige deutsche Mittler eine Einrichtung – der *Wissenschaftliche Initiativkreis Kultur und Außenpolitik (WIKa)* – gegründet hat, die sich die Vermittlung zwischen Wissenschaft und Außenkulturpolitik zur Aufgabe gemacht hat.⁴¹

Aus dieser Perspektive lautet die Leitfrage für den hier untersuchten Diskursstrang ‚Interkulturalität/Interkultureller Dialog‘ und die in Abschnitt 1.2.2 folgenden kulturwissenschaftliche Fallanalyse der „CrossCulture Praktika“: *Sind die Konzeptionen von ‚Interkulturellem Dialog‘ und ‚kulturellem Austausch‘ a.) von einer Wahrnehmung und Anerkennung der jeweils anderen Kultur und b.) von einem Kultur-,Grenzen‘ überschreitenden wechselseitigen Austausch kulturellen Wissens geprägt oder handelt es sich um eine Toleranzstrategie?* Nolte hat sich zu dieser Frage wie folgt geäußert:

„Das ifa bietet Stipendiatinnen und Stipendiaten pro aktiv eine Chance, nach Deutschland zu kommen; das wäre im Rahmen einer reinen ‚Toleranzstrategie‘ unnötig und überflüssig. Das ifa begleitet die Stipendiatinnen und Stipendiaten mit ‚interkulturellen Seminaren‘, die ausdrücklich nicht auf eine einseitige ‚Assimilation‘ ausgerichtet sind, sondern auf eine Reflexion der Differenz.“

Sowohl die interne als auch die externe Kommunikation stehen im Erkenntnisinteresse der folgenden kulturwissenschaftlichen Fallanalyse, die im weiteren Sinne auch als ‚Akteur- und Projektanalyse‘ bezeichnet werden kann.

1.2.2 Kulturwissenschaftliche Fallanalyse 1: ‚Interkulturalität‘ im Programm „CrossCulture Praktika“ des ifa

1. *Interkultureller Dialog – „interkulturelle Kompetenz“ als menschliche Haltung und Fähigkeit.* Die Aufgaben und Ziele, die für das Personenaustauschprogramm *CrossCulture Praktika* (CCP) im ifa formuliert wurden, greifen in Teilen auf Konzepte und Begriffe von ‚Interkulturalität‘ zurück. Dazu sollen zwei zentrale Aufgaben des CCP-Programms angeführt werden: die „Förderung der interkulturellen, politischen und fachlichen Kompetenz der Teilnehmenden“ und die „Stärkung der

41 Vgl. Internetseite des ifa zum WIKa, URL: <<http://www.ifa.de/kultur-und-aussenpolitik/forschung/wika.html>>, Datum des Zugriffs: 18.05.2013.

Dialogfähigkeit und -bereitschaft der Teilnehmenden“⁴² (vgl. auch Diskurs über ‚Dialogbereitschaft‘ in der deutschen AKBP). Damit ist gleichzeitig das Grundkonzept des Programms formuliert, für das die Begriffe ‚interkulturell‘ und ‚Dialog‘ als Schlüsselbegriffe erkannt werden, da sie im Zentrum der konzeptionellen ‚Positionierung‘ stehen. ‚Interkulturelle Kompetenz‘ sowie die Fähigkeit und Bereitschaft zum Dialog sind die beiden Hauptziele des Austauschprogramms. Dies führt zur Frage des Dialogbegriffs in der Praxis der ‚Dialog-Arbeit‘ des ifa.

Projektleiterin Sandra Takács beschreibt die Ziele und Wirkungsabsicht des CCP-Programms So solle dieses „bewirken“, dass sich die Akteure „um den interkulturellen Dialog, um mehr Verständnis für einander bemühen“. Diese Dialog- und „Verständnisförderung“ ist dabei auf zwei Ebenen ausgerichtet: So soll ein erhöhtes Verständnis „einerseits zwischen Deutschland und den islamisch geprägten Ländern“ erzielt werden und zum anderen versucht das ifa „das Spannungspotential in den Ländern zu verringern“. Dabei hebt Takács formelhaft die selbstgesetzte Aufgabe und das Ziel des Programms hervor: „Verständnisförderung für den Abbau von Vorurteilen“, der nach Aussagen im Referat 609 des Auswärtigen Amts als zentrale Aufgabe des „Dialogs mit der islamischen Welt“ betrachtet wird (vgl. TEIL 0, Abschnitt 5.1.1 und TEIL A, Abschnitt 2.1) und zugleich zu einem eher ‚intrakulturell‘ ausgerichteten Ziel beiträgt. Denn: „CrossCulture Praktika leistet so einen indirekten Beitrag zum innerkulturellen Ausgleich im Land“, erklärt Takács.

Weitere Leitfragen, die sich aus diesen Aussagen für die folgenden Analyseabschnitte stellen, lauten: Welche Kommunikationsstrukturen lassen sich im Stipendienprogramm CCP erkennen? Welche Aufgaben übernimmt das ifa dabei? Inwieweit sind die Kommunikationszusammenhänge durch aktives Handeln geprägt?

2. Wechselseitige Kommunikation im Sinne einer Zweibahnstraße: Im Kontext von Konzepten und Begriffsdefinitionen von Interkulturalität ist insbesondere die Frage nach wechselseitiger Kommunikation von Bedeutung. Dementsprechend wurde das ifa in Bezug auf das CCP-Programm befragt. Dazu soll die Unterscheidung zwischen wahrgenommener ‚Alltagskommunikation‘ während des Aufenthalts der Stipendiaten in den jeweiligen Gast-/Partnerorganisationen in Deutschland und im Maghreb sowie der Kommunikation zwischen ifa- Akteuren und Stipendiaten in der Projektarbeit getroffen werden.

a.) *Kommunikationsebene 1: Kommunikation zwischen ifa-Akteuren und Stipendiaten:* Mit einer „Einführung“ zu Beginn des Stipendiatenaufenthalts und der wei-

42 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 123-152, I. G entnommen und durch Namensnennung (Takács) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

teren Betreuung steht das ifa im stetigen Kontakt mit den Stipendiaten. Der Grad an wechselseitiger Kommunikation mit Menschen aus „einem anderen Kulturkreis“ hänge dabei „auch immer von der Sympathie [und] Offenheit“ der Akteure in CCP-Programm ab. Im Rahmen der Alumniarbeit werde das Projektteam von den (ehemaligen) Stipendiaten „regelmäßig informiert“, erklärt Takács. Der „Kontakt“ werde somit aufrechtgehalten. Das ifa erhalte „von den Stipendiaten einen regen Zuspruch“. Umgekehrt würden die Stipendiaten von ifa-Akteuren beispielsweise zu „religiösen Anlässen [...] angeschrieben [und] Glückwünsche geäußert“. Dazu ist auch die Anregung einer „eigene[n] Facebookgruppe“ seitens der Stipendiaten zu zählen, die sich über soziale Netzwerke virtuell „austauschen“, informieren und so mit den Akteuren in Verbindung bleiben wollen. Diese Beispiele zeugen von wechselseitigen Kommunikationsstrukturen im Sinne der ‚Zweibahnstraße‘.

b.) *Kommunikationsebene 2: Kommunikative Herausforderungen für die Stipendiaten*: Die Stipendiaten müssten sich zunächst an eine „andere Sprache und neue Arbeitsumgebung“ in Deutschland gewöhnen, erklärt Takács. Dabei spiele auch der aufnehmende „Praktikumsbetrieb“ eine Rolle, der möglicherweise nicht wisse, wie er auf die Stipendiaten zugehen solle. Auch die Möglichkeiten an „Freizeitaktivitäten“ unterscheiden sich gegebenenfalls. Nach Ansicht von Takács bestehen insgesamt kulturell geprägte „Gefahren“ (z.B. „Heimweh“). Da viele Stipendiaten bei ihrem Aufenthalt in Großstädten arbeiten und leben und mit diesen neuen Herausforderungen „nicht richtig [...] umgehen“ könnten, übernimmt das ifa eine intensive Betreuung. Dabei halte es beispielsweise eine „Liste [der] anderen Stipendiaten“ bereit, die sich zur gleichen Zeit in Deutschland aufhalten, „mit denen sie dann in Kontakt treten“ können, erläutert Takács. Zudem lebten oft auch „Bekannte oder Freunde [...] in Deutschland“, sodass erste Anknüpfungspunkte in Deutschland gegeben sind.

3. *Veränderungsprozesse auf institutioneller und personeller Ebene durch schöpferische Integration kulturellen Wissens*: Der gedankliche Ansatz des CCP-Programms besteht in der Annahme, „dass auch aufnehmende Gastinstitutionen durch die Stipendiaten nicht unverändert bleiben“⁴³, erklärt Nolte. Doch im Rahmen des CCP-Programms räumt er auch ein: „‘Schöpferische Integration‘ ist i.d.R. ein zu hoher Anspruch für einen maximal dreimonatigen Aufenthalt.“ Es soll hier bemerkt werden, dass die kulturwissenschaftliche Konzeption von ‚Schöpferischer Integration‘ eher von langjährigen Prozessen ausgeht. Die diskursive Auseinanderset-

43 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 156-163, II. A sowie in Anhang II, S. 123-152, I. G entnommen und durch Namensnennung (Nolte oder Takács) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

zung im ifa wird dabei an der Nachfrage Noltes deutlich, ob mit ‚schöpferischer Integration‘ jene gemeint sei, die beispielsweise „bei der global arbeitsteiligen Entwicklung von Software gefordert wird“. Offensichtlich sorgt das Begriffsinstrumentarium eines kulturwissenschaftlichen Ansatzes für Unsicherheiten und Missverständnisse. Die hier beschriebenen Veränderungsprozesse beziehen sich zudem auf die institutionelle und personelle Ebene der Mittlerorganisationen, das heißt auf die Arbeit der Akteure des CCP-Programms im ifa. Diese Prozesse sind nach Ansicht von Takács von der individuellen Haltung abhängig, das bedeutet, inwieweit der einzelne Akteur von „Offenheit [...] oder Durchlässigkeit“ geprägt sei. In diesem Kontext wird die ‚Kulturarbeit‘ des ifa auch als „Lebenselixier“ von Takács bezeichnet.⁴⁴ Denn die Akteure des ifa seien mehr oder weniger aus Leidenschaft tätig, da sie einen Bezug zu „anderen Kulturen“ haben (‚Kulturerfahrungen‘), indem sie in diesen bereits gearbeitet und gelebt haben oder gereist sind. In Bezug zu den aufnehmenden Gastorganisationen im CCP-Programm erklärt Takács, dass viele „unbedingt jemanden aufnehmen“ wollten, jedoch oft vor der zwangsläufigen Anwendung einer Fremdsprache und dem Einlassen auf den Anderen zurückschrecken. Das Einlassen auf die Sprache und Kultur des Anderen verursacht Ängste, wie hier deutlich wird. Diese Ängste können einem ‚Kulturschock‘ in der ersten Begegnung (Wahrnehmung) in Phase 1 eines ‚4-Stufen-Modells‘ zur Interkulturalität zugeschrieben werden.⁴⁵

4. *Herausforderungen und Grenzen des „Dialogs mit der islamischen Welt“:* In den Aussagen Noltes wird ein indirekter Zusammenhang von ‚außenpolitischer Steuerung‘ in der deutschen AKBP im Maghreb und Konzepten von Interkulturalität/interkulturellem Dialog‘ angeführt. So konstatiert er: „Bei einem vertieften kulturellen Dialog muss man sich unangenehmen Fragen stellen wie der der langjährigen Zusammenarbeit mit Despoten“⁴⁶, wie sie zum Beispiel mit den ‚Regimen‘ in Tunesien und Ägypten vor deren ‚Sturz‘ bestand. Die Herausforderungen des „Islamdialogs“ zwischen Europa/Deutschland und arabisch-islamisch geprägten Länder erkennt Nolte vor allem in „unverrückbar ideologischen Positionen auf beiden Seiten“. Diese Positionen scheinen demnach von (politisch) adynamischem Denken und Handeln geprägt zu sein. Das dabei erkannte Defizit des „Dialogs mit der islamischen Welt“ liegt im Diskurs einer ‚wertorientierten‘, deutsch-

44 Bauer: Auswärtige Kulturpolitik als Handlungsfeld und ‚Lebenselixier‘.

45 Vgl. auch Ernst: Deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik für den Mittelmeerraum als Kultur- und Wissensraum, S. 33.

46 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 156-163, II. A entnommen und durch Namensnennung (Nolte) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

europäischen AKBP begründet. So bestünde ein „Konflikt zwischen ergebnisoffenem Dialog und Verfolgung von Wertedebatten und Eigeninteressen“, erläutert Nolte.

5. *Kulturwissenschaftlich orientierte (Dialog-)Modelle in der Praxis deutscher Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik*: Ob sich ein ‚Ideal-Konzept‘ in der Praxis deutsch-arabischer Kultur- und Bildungsbeziehungen überhaupt realisieren lasse, bezweifelt Nolte. Dies zeigt sich übergreifend auch in einer im ‚AKBP-Diskurs‘ wahrgenommenen Differenz zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen Wissenschaft und Praxis. Es besteht hier offensichtlich ein unauflösbarer Gegensatz, indem die Umsetzung kulturwissenschaftlich erarbeiteter Modelle in der ‚politisch-kulturellen‘ Praxis unter den deutschen Mittlern als nicht realistisch eingeschätzt wird (vgl. zum Beispiel Aussagen im DAAD). Dennoch nennt Nolte einige Verbesserungsvorschläge, die auch als Handlungsempfehlungen⁴⁷ für den „Dialog mit der islamischen Welt“, insbesondere für den deutsch-arabischen Dialog mit dem Maghreb gelesen und mit mehr Beharrlichkeit und weniger Euphemismus (‚Bilanzkosmetik‘) sowie mit der Bereitschaft zu wechselseitigem ‚Von- und Miteinander-Lernen‘ zusammengefasst werden können. Das heißt, sich auf den Anderen einlassen und den Mut aufbringen, sich selbst zu verändern, setzt ein differenziertes und reflektierendes Denken und Handeln voraus, um zu einer Haltung zu gelangen, die als ‚Interkulturalität‘ im weitesten Sinne bezeichnet werden kann. In den weiteren Aussagen Noltés, kann gezeigt werden, dass auch diskursive ‚Vermeidungsstrategien‘ der Mittler zur deutschen AKBP angewandt werden. So antwortete Nolte auf die Frage, welche Kriterien gegeben sein müssten, um einen interkulturellen Austausch vermehrt zu ‚funktionalisieren‘ und zu institutionalisieren, wie folgt: „Das sind zwei sehr verschiedene, um nicht zu sagen: sich ausschließende Fragen“⁴⁸. Die ‚Vermeidungsstrategie‘ kann dabei nur aufgrund einer bestimmten Hintergrundinformation erkannt werden, die durch eine Aussage von Takács in Bezug auf den institutionellen ‚Status‘ des CCP-Programms gegeben wurde. Denn sie erklärt, wie bereits im Diskursstrang ‚Institutionelle Strukturen‘ erwähnt, dass die ursprüngliche Planung des ifa stets darauf abzielte, „dass das Projekt institutionalisiert wird [und] nicht immer diesen Projektstatus“⁴⁹ weiterführe.

47 Ernst: Deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik für den Mittelmeerraum als Kultur- und Wissensraum, S. 37ff.

48 Vgl. dazu auch die ‚Skepsis‘ über eine verstärkte Institutionalisierung des ‚Interkulturellen Dialogs‘ in den noch folgenden Aussagen im Referat 609 des Auswärtigen Amts in Abschnitt 2.1.

49 Aus der Transkription in Anhang II, S. 123-152, I. G entnommen.

3.) Pädagogischer Austauschdienst (PAD):

1. *Dialogstrukturen und -strategien im „Programm für Bildungsfachleute aus islamisch geprägten Staaten“*: Bei der Frage nach einem für den PAD zu definierenden Dialogbegriff erläutert Kretschmer dessen Ansatz. Demnach werde ‚Dialog‘ „tatsächlich als Gespräch von Fachleuten zum Finden einer oder vieler möglicher Lösungen von Problemen“⁵⁰ verstanden. Das Adverb „tatsächlich“ deutet darauf hin, dass in anderen Institutionen und Akteuren der deutschen AKBP möglicherweise ein differentes Dialogverständnis vorliegt. Nach den Erfahrungen des PAD wurde der Dialog als ein offenes Gespräch über strittige Themen in den arabisch-islamischen Ländern, Wertesystemen und Gesellschaften geführt. Kretschmer hat diese Dialogstruktur immer als „sehr, sehr spannend“ erlebt. Es sei bereits „ein Gewinn“ gewesen, dass – auf Seiten der deutschen Teilnehmer – „dieser hermetische Eindruck einer [...] religiösen Erziehungsdiktatur aufgebrochen wurde“. Im Rahmen des *Programms für Bildungsfachleute aus islamisch geprägten Staaten*, an dem in den ersten Jahren ausschließlich Frauen beteiligt waren, sei der „Dialog über einen fachlichen Zusammenhang zwischen zwei, in dem Fall, „Fachfrauen“ geführt worden. Die Herausforderungen und Grenzen der Dialogstrategien in diesem Programm wurden in den Folgejahren sichtbar. Denn als der Dialog auf vom Auswärtigen Amt als relevant erachtete Leitthemen erweitert wurde, bestand die Herausforderung für den PAD darin, „auch die Programminhalte daran festzumachen“. Die Bedeutung eines vorab definieren Themas für den (fachlichen) Austausch sowie das gemeinsame Arbeiten standen dabei im Zentrum einer Dialogstrategie, die einen Dialogbegriff der griechischen Antike favorisierte. So beruhte die Vorgehensweise auf dem Verständnis eines „klassischen <dialogos>“, also der gegenseitigen Durchdringung der Gegensätze [und] Darstellungen von Meinungen auf dem Markt im Diskurs“, wie Kretschmer formuliert. Dazu gehöre nicht „unbedingt Wahrheitsfindung, sondern [die] Findung von Gemeinsamkeiten, Aufgaben“. Dieser Ansatz habe sich insofern bewährt, als dass er eine enger an den „Themen“, „Zugangsmöglichkeiten“ und „zielgruppenorientierte Lösung“ darstellte. Durch die thematische Ausweitung des Dialogs auf allgemeine philosophische Fragen zur Bildung und Erziehung seien die Teilnehmer „oft sehr stark gefordert, manchmal auch überfordert“ gewesen, da die „Diskussion polyzentrischer, diffuser auch wurde“. Mit diese Ausweitung der „Inhalte in Richtung Menschenrechte, Friedendiskussionen“ ging auch eine Erweiterung der Zielgruppen einher, sodass der Dialog nicht immer im Sinne des PAD „produktiv zu lenken“ war, berichtet Kretschmer. Aufgrund dieser Erfahrungen wird ein Dialog als fachlicher Austausch („enger“ Dialogbegriff) im PAD

50 Die folgenden, nicht mit Fußnoten versehenen Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 55-96, I. D entnommen und durch Namensnennung (Kretschmer) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

präferiert. Eine ähnliche Dialogstrategie verfolgt auch der DAAD, wie noch gezeigt wird. In Abgrenzung zu dieser Dialogstrategie sei der „weitere Dialog“ für die Betreuer des Programms „nicht so ergiebig“ gewesen, konstatiert Kretschmer. Letzteres bezieht sich auf die Dialogeffizienz, das heißt auf die Ergebnisorientierung in der diskursiven Praxis des Dialogs, die sowohl für den PAD institutionell von Bedeutung ist, aber auch im interkulturellen Dialog selbst eine nicht zu unterschätzende, konstitutive Rolle spielt.

2. Interkulturalität a.) in Austauschprogrammen: Auch Kretschmer greift in seinen Aussagen den Begriff „Interkulturalität“ auf, den er am Beispiel der Schulpartnerschaften erläutert. „Die entscheidende Frage“ sei „wie viel Interkulturalität tatsächlich schon aktuell hergestellt werden kann“. Als Ziel könne Interkulturalität nur unter dem „Stichwort Wiedervergeltung“, das bedeutet die gegenseitige Begegnung, die wiederum aus persönlichen Besuchen bestehen müsse, erreicht werden. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, „kann Interkulturalität praktisch werden“, da diese „im Alltag miteinander ausprobier[t]“ werden könne. Das betrifft nach Kretschmer auch kulturelle und religiöse Handlungsstrukturen. Die praktische Dimension von Interkulturalität ist demnach entscheidend. Sie reiche „von der Alltagshygiene bis hin zur Belastbarkeit [der] Gesprächsbereitschaft“. Als ein wichtiger Teilaspekt eines Konzepts von Interkulturalität sind auch „Lernorte“ zu betrachten. Denn es gehe um das Ausprobieren und das miteinander Wahrnehmen von Möglichkeiten, im Sinne wechselseitiger Kommunikation („interkultureller Kommunikation“) „an beiden Lernorten“ (Maghreb und Deutschland). Ansonsten sei „keine echte Interkulturalität“ zu erreichen, konstatiert Kretschmer. An dieser Stelle ist bereits eine diskursive Nähe zwischen den Ansätzen des PAD und kulturwissenschaftlichen Konzepten von Interkulturalität als wechselseitigem Austausch kulturellen Wissens zu erkennen.

3. Interkulturalität b.) bei Mitarbeitern des PAD als Akteure der deutschen AKBP: Um eine Realisierung des Konzepts von Interkulturalität in der Praxis haben sich die Mitarbeiter im PAD in der Vergangenheit durchgängig „bemüht [und] voll mit dem Programm identifiziert“, wie Kretschmer hervorhebt. So können Lerneffekte bei den Akteuren erkannt werden. Von Bedeutung sei dabei die Position einer eigenen institutionellen „Minderheitenerfahrung“ (PAD als „kleine“ Mittler) gewesen, erklärt Kretschmer. In diesem Zusammenhang berücksichtigt der PAD diskursive Grenzen, die aus einer ‚Sensibilität‘ hervorgehen, wenn versucht würde eine „bestimmte Mehrheitsposition absolut zu setzen“. Demgegenüber hätten sowohl Kretschmer als auch die Mitarbeiter im PAD „immer versucht [...] eine offene und wirklich pluralistische und vor allen Dingen interkulturell beide Seiten reflektierende Positionen durchzuhalten.“ Diese Haltung sei auch beibehalten worden, „wenn die Diskussionen mitunter zu Kontroversen führten“. Kretschmer geht grundsätz-

lich von der Unmöglichkeit aus, „in einer pluralistisch besetzen“ Teilnehmer-/Seminargruppe „zu einem Endergebnis“ zu gelangen. Hier besteht offensichtlich Konsens in der deutschen AKBP, wie die gegenwärtig vermehrt verwendete Formel ‚ergebnisoffener Dialog‘ im Diskurs über den interkulturellen Dialog zeigt.

4. Toleranzbegriff und Interkulturalität – Herausforderungen und Grenzen im „Dialog mit der islamischen Welt“: Nach den Erfahrungen des PAD im „Programm für Bildungsfachleute aus islamisch geprägten Staaten“ vertaten einige Teilnehmer/innen eine ganz enge Perspektive ihrer eigenen Kultur, die sich in kulturellen Wertvorstellungen, das heißt in einem eigenen Kulturverständnis äußerte. So seien diese nicht bereit gewesen, ihren „sehr engen Ausschnitt [...] zu relativieren oder auch nur in Frage stellen zu lassen.“ Daher rät Kretschmer zu einer differenzierten Betrachtung. Das „Ideal“ der Interkulturalität bestehe durchaus im PAD, sei jedoch „im Einzelnen sehr schwer durchzuhalten“.

Den in der politischen Praxis „gegenüber Minderheiten“ verwendeten Toleranzbegriff betrachtet Kretschmer durchaus kritisch. Grundsätzlich konstatiert er, dass „Toleranz nur Duldung“ bedeute (vgl. Aussagen von Thönges) und dies wiederum im interkulturellen Dialog „zu wenig“ aussage. Demgegenüber müsse „die Strategie“ die Vermittlung von „Teilhabe, Partizipation [...] am „politischen Leben“ beinhalten. Dies gehe dann über „reines Tolerieren“ hinaus.

Teil eines Konzepts und einer Strategie der deutschen AKBP im „Dialog mit der islamischen Welt“ ist die Vermittlung eines weltoffenen und ‚dialogbereiten Deutschlandbildes‘, wie bereits dargestellt wurde. Die Außendarstellung Deutschlands im Bereich der Bildung war daher auch ein wesentlicher Ansatz des ‚Bildungsfachleute-Programms‘ im PAD. Zu dessen Aufgaben zählt nach Ansicht Kretschmer auch das Präsentieren bestehender ‚Toleranzpraktiken‘ im Schulalltag. Der Toleranzbegriff ist im Rahmen des Konzepts von Interkulturalität mit den Herausforderungen kultureller Austauschprozesse, insbesondere einem kulturübergreifenden Phänomen von ‚Images‘/Bildern über den jeweils Anderen, die in Stereotypen, Klischees und Vorurteilen münden, konfrontiert. Kretschmer formuliert für den „Islamdialog“ ein drastisches Beispiel:

„Wenn man den Anderen als potentiellen Feind, Mörder oder Kreuzritter oder eben umgekehrt als Terroristen sieht, kann man nicht über Bildung reden, kann man auch nicht über Schüleraustausch oder gemeinsame Bildungsvorhaben reden.“

Kretschmer betont dabei das Ziel der Entwicklung eines „gemeinsamen Menschenbildes“, das für Kooperationen im Bereich ‚Schule‘ eine zentrale Bedeutung habe. Dieser Aussage zufolge behindern Stereotypen und Vorurteile nicht nur eine wechselseitige Debatte über Bildung, sondern auch potentielle Kooperationen.

5. *Fortschritte und Perspektiven interkultureller Bildungs- und Erziehungskonzeptes als gesamtgesellschaftliche Aufgabe im Mittelmeerraum:* Im interkulturellen Dialog sieht Kretschmer in den vergangenen Jahren in Bezug auf die ‚Wissensverbreiterung‘ über die ‚islamische Welt‘ und den Abbau von Stereotypen „etliches in Bewegung gekommen“. Insgesamt sei „das Bewusstsein geweckt“ bzw. „allgemein verschärft“ worden. Im interkulturellen Dialog hätten sich zudem „die Instrumente verbessert, differenziert“. Kretschmer erklärt jedoch einschränkend: Auch wenn die Fortschritte des interkulturellen Dialogs noch nicht sehr weit reichten, sei man jedoch erste notwendige Schritte gegangen. Dabei räumt er zudem durchaus selbstkritisch ein, dass dem PAD eigene „Kompetenz“ und das Wissen darüber fehle, ob der erschwerte deutsche „Zugang“ zum Maghreb in der Sprache begründet liege, oder „ob es tatsächlich [...] interkulturelle Mechanismen“ seien, die die deutsch-maghrebinischen Beziehungen schwierig gestalteten. Bezugnehmend zu den Erfahrungen mit „marokkanischen Kollegen“ und Partnern betont Kretschmer das „unglaublich herzliche Verhältnis“ untereinander. Doch er mahnt auch hier erneut zur Vorsicht in der öffentlichen Wahrnehmung, da „die unmittelbare Beziehung sehr viel leichter und einfacher“ sei, als man annehme. Er könne jedoch kein „Rezept“ für ein Ideal-Modell deutsch-arabischer Kultur- und Bildungs Kooperationen geben. Auf den verschiedenen Handlungsfeldern des interkulturellen Dialogs werde beispielweise der „Tourismus [...] hinsichtlich seiner Wirkung“ überschätzt.⁵¹ Institutionen wie der PAD hätten im interkulturellen Dialog „eigentlich nur den Auftrag, etwas anzustoßen“. Kretschmer sieht diese Rolle eher in einer ‚Türöffner-Funktion‘ begründet, ähnlich wie Thönges das GI als „Ermöglicher“ charakterisiert. Daher ist Kretschmer auch der Ansicht, von einer Verstaatlichung „interkulturelle[r] Beziehungen“ sei abzusehen.⁵² Grundsätzlich müssten „die Menschen in der Gesellschaft, in der Organisation, in der sie sich befinden, selbst die Wege gehen, die vorgezeigt wurden oder auch nicht“. So äußert er sich zuversichtlich, dass im Dialog mit der islamischen Welt „Widerstände, die noch vorhanden sind, die religiös geprägt sind, überwunden werden könnten“, da beispielsweise im Vergleich zu Mittelasien eine größere Nähe zwischen Deutschland und Nordafrika bestehe. Hier greift Kretschmer einen wesentlichen Aspekt des Konzepts eines ‚erweiterten‘ Mittelmeer-

51 Vgl. Marit Breede: *Interkulturelle Begegnung im alternativen Tourismus*, Hamburg 2008 (Schriftenreihe Communicatio 8) und Jochen Pleines: *Sprachkenntnisse im Tourismus. Eine nicht wahrgenommene Aufgabe der Sprachwissenschaft. Das Beispiel der arabischen Mittelmeer-Anrainerstaaten*. In: *Das Bild der Mittelmeerländer in der Reiseführer-Literatur*, hg. von Herbert Popp, Passau 1994, S. 47-69.

52 Dieser Gedanke wird auch im Referat 609 des Auswärtigen Amts geäußert (vgl. Abschnitt 2.1).

raumes auf⁵³, da er die erwähnte Nähe in „gemeinsamen kulturellen Traditionen“ und eine „daraus entstehende neue Kultur“ begründet sieht (vgl. Aussagen im Auswärtigen Amt in Abschnitt 2.2). In diesem Kontext nimmt Kretschmer durchaus eine kritische Position gegenüber einer „normativ-ontologischen“⁵⁴ und einseitigen Forschungsperspektive ein, da die Phänomene des Austauschs zwischen ‘europäisch-christlich’ und ‘arabisch-islamisch’ geprägten Kulturen im Mittelmeerraum „bisher klassischerweise nur aus unserer Perspektive erforscht worden“ seien. Er geht davon aus, dass durch eine gemeinsame Forschung von ‚Nord‘ und ‚Süd‘ neues kulturelles Wissen geschaffen werden kann. Diesen Ansatz der „schöpferischen (Neu-)Integration kulturellen Wissens“ hat Bernd Thum mehrfach aus einer kulturwissenschaftlichen Perspektive dargelegt und begründet (vgl. Begriffs- und Konzeptanalyse zu „Interkulturalität“ in TEIL 0, Abschnitt 2). Kretschmer nennt perspektivisch das Ziel der Partizipation im Sinne des Prinzips ‚Zweibahnstraße‘, also der Reziprozität, das heißt, dass „über ein Sprachen- und Kulturverständnis vermitteltes Instrumentarium wirklich diese Teilhabe zu erreichen“ sei. Kretschmer verweist dabei auch auf deutsche Schulbücher, die vor wenigen Jahren noch „von einem sehr sehr einseitigen Bild islamischer Gesellschaften ausgingen“.

In diesem Bereich gibt es offensichtlich noch erhöhten Nachholbedarf.⁵⁵ Ein „Unterricht, der Kultur, Gesellschaft, Politik dieser Staaten deutlicher und besser darstellt“, sollte dabei zu einem „Bewusstsein für die Religion und die Kultur des Partners“ beitragen. Es sei jedoch „nicht Aufgabe von Austausch“ primär auf den Handlungsfeldern Bildung und Erziehung für Verbesserungen der Lehrpläne und Unterrichtskonzepte zu sorgen, da der Austausch/Dialog „auch nur Denkanstöße geben“ könne. Die „Fachfortentwicklung“ in den Lehrplänen sei zusätzlich notwendig. Der PAD ist mit seinen Austauschprogrammen bestrebt, Möglichkeiten zu schaffen, dass „Menschen in stärkerem Maße sich begegnen“ können, die wiederum „Kräfte freisetzen, die gegenseitiges Verständnis, Interkulturalität fördern können“.

53 Vgl. Ernst: Deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik für den Mittelmeerraum als Kultur- und Wissensraum.

54 Vgl.: Wikipedia-Artikel: „Politische Theorie“, URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Politische_Theorie_und_Ideengeschichte#Normativ-ontologischer_Ansatz>, Datum des Zugriffs: 18.05.2013. („Kennzeichnend ist, dass Politikwissenschaft sich nicht in empirischen Analysen erschöpfen sollte, sondern stets auch normative, d.h. Wertfragen zu berücksichtigen habe.“).

55 Vgl. auch die Studie des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung (GEI): Keine Chance auf Zugehörigkeit? Schulbücher europäischer Länder halten Islam und modernes Europa getrennt, Braunschweig 2011. In: Internetseite des GEI, URL: <http://www.gei.de/fileadmin/bilder/pdf/Presse_interviews/Islamstudie_2011.pdf>, Datum des Zugriffs: 18.05.2013.

Dieser Ansatz zeigt, dass das Konzept der „schöpferischen (Neu-) Integration kulturellen Wissens“ im PAD durchaus verankert ist.

4.) *Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD):*

Das Programm „Deutsch-Arabisch/Iranischer Hochschuldialog“ des DAAD stand im Fokus des Leitfaden-Interviews mit dem *Referat 444 – Zivilgesellschaft und Kulturdiallog*. Insbesondere wurde auf das in der Dialogbroschüre⁵⁶ verwendete Begriffsinstrumentarium, das Schlüsselwort „interkulturell“ sowie auf Dialogstrukturen und -strategien des DAAD eingegangen. Diese und das Konzept von ‚Interkulturalität‘ sollen in der folgenden kulturwissenschaftlichen Fallanalyse 2 genauer untersucht werden.

1.2.3 Kulturwissenschaftliche Fallanalyse 2: Interkulturalität im Förderprogramm „Deutsch-Arabisch/Iranischer Hochschuldialog“ des DAAD

1. Interkultureller Dialog durch fachlichen Austausch: Der „fachliche“ und „interkulturelle Austausch“ sowie die diskursive Verbindung der Begriffe *Kulturen, Menschen* und *Regionen* sind hervorzuheben. Die Aufgabe des DAAD besteht dabei im Zusammenbringen von Menschen, vorrangig Akademiker, aus differierenden Kulturen und Regionen. Wedel bekräftigt die klare Positionierung des DAAD in diesem Kontext: „Wir gehen davon aus, dass über Austausch an sich immer auch interkulturelle Erfahrungen gemacht werden – implizit“.⁵⁷ Diese Erfahrungen sollen Wissenschaftler/Akademiker in den vom DAAD geförderten Projekten im Rahmen des Hochschuldialogprogramms sammeln. Der von Wedel genannte Ansatz weist Parallelen zum Förderprogramm *CrossCulture Praktika* des ifa auf (vgl. Abschnitt 1.2.2) und beschreibt das besondere Ziel des DAAD. So sollen Akademiker darin gefördert werden, ein „erhöhtes interkulturelles Verständnis und erhöhte interkulturelle Kompetenzen zu gewinnen.“ Zentrale Voraussetzung für den Dialog sei dabei, dass sich die Geförderten auf das von Wedel viermal genannte „Gegenüber ein[zu]lassen“. Durch die gemeinsame fachliche Zusammenarbeit würden die Ge-

56 Vgl. Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hg.): Dialog durch Kooperation. Deutsch-Arabisch/Iranischer Hochschuldialog (2006-2008). In: Internetseite des DAAD, URL:<http://www.daad.de/imperia/md/content/hochschulen/hochschuldialog/daihdsdialog_screen.pdf>, Datum des Zugriffs: 18.05.2013.

57 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 1-22, I. A entnommen und im Text durch Namensnennung (Wedel) entsprechend kenntlich gemacht.

förderten „bewusst in einen interkulturellen Dialog eintreten.“ Zum ersten Mal verwendet Wedel an dieser Stelle explizit den Begriff ‚interkultureller Dialog‘.

Die Wahrnehmung kultureller Divergenzen und Konvergenzen sind im Dialogkonzept des DAAD durchaus von Bedeutung. Denn der DAAD fördert mit seinem Programm Akademiker mit der Perspektive, dass diese „ausgehend von ihrem jeweiligen Thema sich auseinandersetzen über kulturbedingte Gemeinsamkeiten und Unterschiede“. Als alternative Begriffe für ‚Gemeinsames‘ und ‚Gemeinsamkeiten‘ werden von anderen Mittlern auch die Begriffe „Verbindendes“ und „Trennendes“ verwendet. Wedel bekräftigt für den DAAD den Ansatz der ‚Zweibahnstraße‘, um ihn deutlich von einem ‚Kultur- und Wissenschaftsexport‘ zu distanzieren. Diskursive Elemente des Konzepts von Interkulturalität finden sich in der Verwendung des Adverbs „voneinander“ und des Verbs „verändern“. Ersteres betont das ‚Zweibahnstraßen-Prinzip‘, letzteres den Prozesscharakter von Interkulturalität. So erklärt Wedel: „Beide Seiten müssen bereit sein, etwas voneinander zu lernen und sich in diesem Prozess auch zu verändern.“

Die diskursive Verbindung von fachlicher Zusammenarbeit und kulturellem Austausch wird von Wedel mehrfach erläutert. Die Geförderten sollen demnach „vom Fachlichen in kulturelle Fragen miteinander kommen.“ Bei diesem Prozess geht Wedel davon aus, dass die gemeinsame Arbeit in einen Austausch unter den Geförderten mündet. Die Tragfähigkeit dieses Konzept soll in der Praxis durch eine ‚Moderation‘ des Dialogs und ‚Begleitung‘ der Projekte sichergestellt werden. Denn der DAAD ist bestrebt, „dass dieser Austausch dann auch tatsächlich stattfindet und von den Projektleitern begleitet wird.“ Dazu organisiere der DAAD seit 2009 „interkulturelle Trainerseminare für [...] die Projektleiter, damit sie diese Dialogprozesse unter den Geförderten anleiten können und mit aufkommenden Konflikten umgehen können“. Interkulturelle Prozesse und ‚interkulturelle Vertreter‘ (Vermittler) können an dieser Stelle als Schlüsselbegriffe festgehalten werden.

2. Das Prinzip der Zweibahnstraße in der Förderauswahl des DAAD: Die Auswahl der geförderten Projekte im Dialogprogramm legt strikte Kriterien in Bezug auf die wechselseitige „Lernbereitschaft“ zu Grunde. Insbesondere versuche der DAAD im Vorfeld „herauszufinden, ob es tatsächlich auch eine Lernbereitschaft auf der deutschen Seite gibt.“ Diese Prüfung in der Auswahl und Beurteilung der Projektanträge reiche bis zu der Frage: „Was möchten Sie denn von ihren arabischen Partnern lernen?“, erläutert Wedel. Der „interkulturelle Dialog“ ist aus Sicht des DAAD im Rahmen der fünf Ziele des Dialogprogramms das „Hauptziel“, wie Wedel unterstreicht.⁵⁸ Dieses Ziel hat einen praxisbezogenen Einfluss auf die Förderung von

58 Die weiteren Ziele lauten: „nachhaltige Modernisierung der Lehre in den Partnerländern (z.B. durch gemeinsame Entwicklung neuer Curricula und Verfahren der Qualitäts-

Projekten. Denn Wedel erklärt zu den strengen Auswahlkriterien des DAAD: „wenn wir dann keine Bereitschaft erkennen, sich auf einen Dialog einzulassen, dann würde dieses Projekt entweder nicht gefördert oder die Förderung abgebrochen“. Demnach kann das Prinzip der ‚Zweibahnstraße‘ nicht nur als integriertes, sondern auch als angewandtes Konzept in der Praxis des Hochschuldialogs erkannt werden. Wedel stellt nachdrücklich heraus, dass der DAAD die Anforderung des ‚Zweibahnstraßen-Prinzips‘ in den geförderten Projekten „sogar explizit mit den Projektleitern“ diskutierte, „wenn das nicht deutlich wird.“ Dieses Vorgehen unterstreicht die „Ernsthaftigkeit“ (vgl. Aussagen von Nolte) und Authentizität des Dialogkonzepts im DAAD.

3. Interkulturalität als Ideal – Wechselseitigkeit und Nachhaltigkeit in der Entwicklung von Lehre und Forschung: Interkulturalität als Konzept und Ziel des Dialogprogramms wird im DAAD als ein Ideal mit Betonung auf den Prozesscharakter des interkulturellen Austauschs betrachtet. Die verwendeten Schlüsselbegriffe lauten „entdecken“, „entwickeln“, „kennenlernen“, „austauschen“ und „verändern“, wie an Wedels Aussagen deutlich wird: „Im Idealfall sind am Ende gemeinsame neue Dinge, Thesen entwickelt worden und hat sich auch der einzelne Mensch verändert.“ Wedel räumt auch ein, dass dieser Idealzustand „nicht in jedem einzelnen Projekt“ erreicht werde (vgl. Aussagen von Kretschmer im PAD). Doch der DAAD versuche „die Projekte dabei zu unterstützen und zu begleiten“, dass dieser ‚Ideal-fall‘ eintrete. Dem kommt somit eine ähnliche „Ermöglicher“-Rolle wie dem Goethe-Institut zu. Wichtig für den DAAD nach Auslaufen der Projektförderung ist die nachhaltige Veränderung, die sich auf der individuellen Ebene „bei den Menschen“ selbst und auf der institutionellen Ebene, beispielsweise „in dem gemeinsam ein neues Curriculum entwickelt wurde“, einstellen sollte. Dabei wird im DAAD Wert darauf gelegt, dass ein neu entwickelter Lehrplan auch „in die jeweiligen Länder passt“, betont Wedel den Nachhaltigkeitsaspekt des Programms, das demnach auch die politisch-kulturellen Strukturen der Maghrebländer sowie die Wünsche der Partner berücksichtigt.

sicherung) und die Verbindung von Lehre und Forschung; die gezielte Förderung qualifizierter akademischer Nachwuchskräfte der Regionen, insbesondere von Frauen; die Etablierung von regionalen Lehr- und Forschungsnetzwerken mit mehreren Hochschulen aus unterschiedlichen Partnerländern; ein Beitrag der Hochschulen zur gesellschaftlichen Entwicklung und der Bildung einer Wissensgesellschaft.“, vgl. Internetseite des DAAD: „Ausschreibung für 2014 – Hochschuldialog mit der islamischen Welt“, URL: <<http://www.daad.de/hochschulen/kooperation/partnerschaft/hochschuldialog/18042.de.html>>, Datum des Zugriffs: 18.05.2003.

Bei der Frage, wer von wem in diesem interkulturellen Hochschuldialog zwischen den arabisch-islamisch geprägten Ländern und Deutschland mehr lernt, wird eine Tendenz deutlich. Die ‚Nachhaltigkeit‘ der Projektförderung wird zwar durch Betonung, dass „neue Lehrmethoden erarbeitet werden“, von Wedel bekräftigt, sie muss jedoch differenziert betrachtet werden. Denn: „In manchen Fällen lernen auch die Deutschen mal von den Partnern“, aber in „Bezug auf die Entwicklung der Lehre“ sei es ein „weniger gleichgewichtiger Prozess in der Regel“, räumt Wedel ein. Das kann im Umkehrschluss bedeuten, dass der Fall, in dem die Deutschen von ihren arabischen Partnern lernen, die Ausnahme darstellt und eine ‚Modernisierung der Lehre‘ doch eher von deutscher Seite ausgeht. Aus der Perspektive der Dialektik von ‚Eigenem‘ und ‚Fremdem‘ betrachtet, kann mit Wedel festgehalten werden, dass in den arabisch-islamisch geprägten Ländern „nicht immer wirklich eigene Inhalte und Lehrmethoden übernommen wurden, sondern dass zum Teil mit völlig veralteten Lehrbüchern aus anderen Ländern gearbeitet wird.“ Der Grad an Interkulturalität im DAAD-Dialogprogramm ist demnach auch von politisch-kulturellen sowie bildungspolitischen Fragen in den jeweiligen Partnerländern abhängig.

4. Interkulturalität auf institutioneller und personeller Ebene: Im Diskursstrang ‚Interkulturalität/Interkultureller Dialog‘ ist ein Aspekt zu berücksichtigen, der sich auf die Akteure der Mittlerorganisationen, in diesem Fall auf die Mitarbeiter im DAAD bezieht. So ist von Interesse, ob bei den Mitarbeitern selbst die Verinnerlichung einer interkulturellen Haltung in ihrem Handeln zu erkennen ist. Wedel erklärt, dass viele Mitarbeiter im Referat 444 „durch diese Arbeit sehr stark sensibilisiert werden für Besonderheiten dieser Region“. Es gehe dem DAAD um „Veränderung bei den Individuen“, führt Wedel weiter aus. ‚Interkulturalität‘ definiert sich aus Sicht des DAAD demnach in der Form, dass „man viel mehr über die Partner lernt, dass man sich dabei auch verändert.“ Durch die Verwendung der Formulierung „über die Partner lernen“ wird im Gegensatz zur Formulierung „von den Partnern lernen“ jedoch ein ‚normativ-ontologischer‘ Ansatz des DAAD deutlich (vgl. Kritik von Kretschmer im vorherigen Abschnitt).

Aus den Erfahrungen des DAAD geht hervor, dass zwischen einer personellen und einer fachlichen Ebene durchaus unterschieden wird. So würden „auf der persönlichen Ebene Freundschaften entstehen“. Der DAAD gebe durch den interkulturellen Ansatz des Programms auch Anregungen und Möglichkeiten für Teilnehmer, die für „längere Zeit in das Partnerland“ gehen oder „sich weiterhin mit dieser Region [...] beschäftigen“ und gemeinsame Kooperationsvorhaben forcieren wollen.

5. Die prozessuale „schöpferische (Neu)-Integration kulturellen Wissens“ (Subjektebene): Entscheidende Kriterien des interkulturellen Dialogkonzepts im DAAD sind das ‚gemeinsamen Arbeiten‘ sowie der Ansatz des ‚Schöpferischen‘, das heißt der Neuschaffung von (kulturellem) Wissen. Denn nach den Erfahrungen

des DAAD können durch geförderte Projekte „neue Lehrinhalte“ und im Sinne von Reziprozität „gemeinsam ein neues Wissen und eine neue Kultur geschaffen“ werden, berichtet Wedel. Dabei seien die „Offenheit für den Anderen [...] die Bereitschaft sich auf den oder die Andere einzulassen und sich in diesem Prozess auch einem Veränderungsprozess auszusetzen“ wichtige Kriterien. Sie sind zudem im Sinne wissenschaftlich erarbeiteter interkultureller Konzepte für das Erreichen ‚Interkulturalität‘ in der Praxis von zentraler Bedeutung. In Referenz zur interkulturellen Theorie lässt sich das Ziel des Dialogprogramms auf der prozessualen wie individuellen Ebene wie folgt zusammenfassen: Der DAAD fördert mit dem Hochschuldialog Akademiker, die zunächst ein fachliches und regionales Interesse entwickeln sollen (Prozess) und zugleich den Anderen kennenlernen wollen (Dialog-Bereitschaft/-Offenheit). Das beinhaltet, dass der/die Geförderte zunächst „in einer interkulturellen Begegnung sich bewusster wird über die eigenen Werte, Verhaltensweisen, Gewohnheiten.“ Hier greift Wedel indirekt erneut die Dialekt vom ‚Eigenen‘ und ‚Fremden‘ auf, die vom Bewusstwerden des ‚Eigenen‘ über das ‚Fremde‘/das Andere ausgeht. Dazu sei die treffende Beschreibung von Monika Schmidt-Emans angeführt:

„Eine Entgrenzung findet also auf der Ebene der Figuren statt, die bereit sind, sich auf das Andere einzulassen, Verbindungen zwischen dem vermeintlich Eigenen und Fremden herzustellen und eine Veränderung des Selbst durch das Andere zuzulassen.“⁵⁹

Das ‚Eigene‘ sowie das ‚Fremde‘ definiert sich dabei, nach Ansicht von Wedel, über die genannten wertorientierten subjektiven Handlungsstrukturen. In Bezug zu den Schlüsselbegriffen „Prozess“ und „Bereitschaft“ konstatiert Wedel, dass sich der/die Geförderte „für den gelungenen Dialog [zwar] nicht zwangsläufig verändern“ müsse, aber „zumindest die Bereitschaft haben [sollte] diese Veränderungen“ zuzulassen. Das Zulassen von Veränderungsprozessen des Subjekts auf der persönlichen/individuellen Ebene kann als zentrales prozessual-konstitutives Kriterium von Interkulturalität betrachtet werden.

6. *Fazit:* Im Vergleich zum Diskursstrang ‚Institutionelle Strukturen‘ kann für den DAAD im Diskursstrang ‚Interkulturalität/Interkultureller Dialog‘ ein aktiveres

59 Monika Schmitz-Emans: Vom Archipel des reinen Verstandes zur Nordwestpassage. Strategien der Grenzziehung, der Reflexion über Grenzen und des ästhetischen Spiels mit Grenzen. In: Grenzen und Entgrenzungen. Historische und kulturwissenschaftliche Überlegungen am Beispiel des Mittelmeerraums, hg. von B. Burtscher-Bechter/P. W. Haider/B. Mertz-Baumgartner und R. Rollinger, Würzburg 2006, S. 40 (Saarbrücker Beiträge zur vergleichenden Literatur- und Kulturwissenschaft 36).

diskursives Vorgehen festgehalten werden, da ein differenziertes, argumentativ schlüssiges Dialogkonzept in der Praxis dargestellt wurde, das durch eine auffallende Nähe zur kulturwissenschaftlichen Konzeption von Interkulturalität geprägt ist. Denn das Konzept eines interkulturellen Dialogs im DAAD beruht auf der Wahrnehmung und Anerkennung der anderen Kultur, des grenzüberschreitenden wechselseitigen Austausch kulturellen und fachlichen Wissens sowie der klaren Distanzierung von einer ‚Toleranzstrategie‘ (im Sinne von ‚Duldung‘).

5.) *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ):*

Das Motiv der GIZ bestand vor wenigen Jahren in der Anregung eines Diskurses zum Thema „Islam und Entwicklung“⁶⁰ in Deutschland (vgl. Anhang, S. ix, Abb. Anhang F). Als daraufhin das *Programmbüro Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern* gegründet wurde, sei die Bezeichnung „interkulturelle Beziehungen“ im Titel eher eine „politisch korrekte Notlösung gewesen“⁶¹, räumt Gatter ein, da „dem Programmbüro dann auferlegt [wurde] interkulturelle Fortbildungen“ zu veranstalten, die daraufhin für Mitarbeiter der GIZ in Deutschland und im Ausland angeboten wurden. Diese Trainings werden dabei im diskursiven Kontext betrachtet, „dass interkulturelles Verhalten sicherheitsrelevant sein kann“. Die GIZ-Mitarbeiter im Ausland sollen dabei durch „Briefings“ für „interkulturelle Themen“ sensibilisiert werden, führt Gatter aus.

Die folgende exemplarische Fallanalyse untersucht die GIZ insbesondere auf Konzepte von interkulturellem Dialog in seiner Umsetzung, das heißt in der Projekt- und Dialogarbeit des Programmbüros sowie auf Prozesse von Interkulturalität.

1.2.4 Exemplarische Fallanalyse: Die Projekt- und Dialogarbeit des „Programmbüros Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern“ der GIZ

1. Dialogbegriff und Dialogkonzept: Nach den bisherigen Erfahrungen von Gatter im Rahmen seiner Arbeit als Islamwissenschaftler in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sei ein Dialogkonzept, das „interkulturelle Veranstaltungen zwischen Muslimen und Arabern und Europäern“ favorisiere, die aus dem Offenlegen und Diskutieren „alle[r] Vorurteile, die man gegenüber dem Anderen hat“ bestünden,

60 Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (Hg.): Islam & Entwicklung – Ein Widerspruch?. Programmbüro Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern, Eschborn 2011 (Broschüre).

61 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 37-55, I. C entnommen und im Text durch Namensnennung (Gatter) entsprechend kenntlich gemacht.

nicht förderlich seien. Denn sie bewirkten eher das Gegenteil einer positiven ‚Dialogkultur‘ und führten „letztendlich zu einer Entzweiung oder zu einer Vertiefung der Gräben“. ⁶² Der Dialogansatz der GIZ liegt demgegenüber im Finden und Betonen von Gemeinsamkeiten und in dem Versuch, „über diese Gemeinsamkeiten“ eine Weiterentwicklung des Dialogs zu erzielen. An dieser Stelle sei auf Alfred Schlicht hingewiesen, der dieses „Bedürfnis [...] das Verbindende stärker zu betonen als das Trennende [und] an Gemeinsamkeiten zu arbeiten“ ⁶³ konstatiert. Dieser ‚Gemeinsamkeiten-Diskurs‘ ist auch für den DAAD erkannt worden, wie im vorherigen Abschnitt dargelegt.

2. Grenzen und Herausforderungen des interkulturellen Dialogs und der Einsatz interkultureller Vermittler/Persönlichkeiten: Im Diskurs über ‚interkulturelle Vermittler‘ und Moderatoren wird von Gatter die Bedeutung der Übernahme dieser Funktionen für einen Dialog zwischen Europa und der arabisch-islamisch geprägten Welt zweifach betont. Es sei „auf jeden Fall ein guter Moderator nötig“, da ohne diesen die „Gespräche entweder ins Leere oder ins offene Messer“ laufen würden. Dies sei „sehr, sehr wichtig.“ Der Dialog-Moderator müsse „interkulturell sehr wohl geschult“ sein. Dann kann er mit wechselseitigem kulturellem Wissen den Dialogprozess in beide Richtungen begleiten und vorantreiben. Gatter bezieht sich hier auf interkulturelle Persönlichkeiten wie Elias Jammal, mit dem die GIZ bei Dialogveranstaltungen als Moderator im Sinne eines interkulturellen Vermittlers „sehr gerne zusammenarbeitet“. Diese Persönlichkeiten könnten sich mit „beiden Gruppen bei so einer Veranstaltung identifizieren“. Hier wird auch die Fähigkeit zum Perspektivwechsel angesprochen, die dem Dialog-Moderator ermöglicht, sich zwischen den ‚Kultur-Welten‘ zu bewegen. Dazu sind jedoch Kenntnisse und Wissen über beide Kulturräume notwendig, wie Jammal und Schwegler in einem deutsch-arabischen, interkulturellen „Trainingsprogramm“ konstatieren: „Erst das Kulturwissen ermöglicht den Teilnehmern, alternative Perspektiven und Haltungen im Wahrnehmen, Interpretieren und Handeln einzunehmen“ ⁶⁴. Im negativen Fall würde der Moderator/Vermittler jedoch „von vorneherein als parteiisch wahrgenommen“, sodass Misstrauen und Skepsis entstünden, weil dahinter „gleich eine Strategie vermutet“ werde, die auf die Durchsetzung der eigenen Weltanschauungen ziele, erläutert Gatter. Daher wird Vertrauen als zentrales Kriterium für den Di-

62 Die Formulierung „Vertiefung der Kluften“ wird auch von Mounir Fendri in einem Interview mit dem Verfasser am 26.10.2010 in Rabat, Marokko verwendet.

63 Alfred Schlicht: *Die Araber und Europa. 2000 Jahre gemeinsamer Geschichte*, Stuttgart 2008, S. 51.

64 Elias Jammal und Ulrike Schwegler: *Interkulturelle Kompetenz im Umgang mit arabischen Geschäftspartnern. Ein Trainingsprogramm*, Bielefeld 2007, S. 86.

alog betrachtet. Gatter mahnt jedoch zur Vorsicht, da die Gefahr des Unterliegens bestehe, „wenn man zu offen, zu tolerant in solche Dialogveranstaltungen rein-geht“. Dabei stehe zwar nicht das Gewinnen und Verlieren im Vordergrund, aber das gemeinsame Erzielen von Ergebnissen. Zudem hebt Gatter hervor, dass im Dialog „sehr viel Fingerspitzengefühl und sehr viel Ausbalancieren“ gefordert sei.

3. *Interkulturalität: a.) Wechselseitige Wahrnehmung und Anerkennung – die Dialektik des ‚Eignen‘ und ‚Fremden‘ in der Entwicklungszusammenarbeit der GIZ:* Die Wahrnehmung und Anerkennung der jeweils anderen Kultur spielt auch in der EZ bei Projekten, die „kulturelle und religiöse Aspekte“ berücksichtigen, eine entscheidende Rolle. In Bezug zu den oben angeführten Sicherheitsaspekten bestehe die „Gefahr für Mitarbeiter in solchen Projekte[n]“, dass sie „als Fremdkörper wahrgenommen werden“, die kein „Verständnis für die Region, der Religion und der Kultur entgegen bringen“, insbesondere, wenn sie „mit den regionalen und lokalen Akteuren“ nicht kommunizieren würden, erläutert Gatter. Dabei hat ein vorgeprägtes, negativ besetztes Bild vom ‚Westen‘ in der arabisch-islamisch geprägten Welt Einfluss auf die Wahrnehmung ‚der Europäer‘ als ‚Fremde‘. Die EZ steht demnach vor der Aufgabe (kulturelle Vermittlungsarbeit), zu „kommunizieren [...] was die Projekte bewirken sollen“. Bei dieser Kommunikationsaufgabe unterstützt und berät das Programmbüro die GIZ-Mitarbeiter. Da Vertrauen und Misstrauen zwei zentrale, antagonistische Komponenten im interkulturellen Dialog darstellen, versuche das Programmbüro mit „Vertrauensbildungen [...] zwischen lokalen, oft islamischen Akteuren und der deutschen EZ [...] ein anderes Bild von Europa oder vom Westen zu vermitteln“, erklärt Gatter. Das Ziel des Abbaus von Stereotypen und Vorurteilen steht bei dieser Vermittlungsarbeit in den Projekten der GIZ im Zentrum eines interkulturellen (und interreligiösen) Dialogs. Der Abbau von Vorurteilen wird auch im Referat 609 des Auswärtigen Amts als zentrales Ziel des „Dialog mit der islamischen Welt“ betont (vgl. Abschnitt 2.1).

4. *Interkulturalität b.) Prozesse schöpferischer Integration kulturellen (‚Fremd‘-) Wissens und „kultursensibler Ansatz“ am Beispiel Algerien:* Die konzeptionelle Arbeit der GIZ beruht auf einem sogenannten „kultursensiblen Ansatz“, den Gatter wie folgt beschreibt. Es solle dabei möglichst vermieden werden, dass die Projekte „als Fremdkörper aufgefasst werden von der Gesellschaft“. Die Gestaltung der Projektarbeit versuche demgegenüber im Sinne von ‚Nachhaltigkeit‘ (vgl. auch Aussagen von Wedel im vorherigen Abschnitt) zu bewirken, dass die beteiligten ‚arabisch-islamischen Akteure‘ in den jeweiligen Kulturräumen „etwas Eigenes mit Wiedererkennungswert“ entwickeln können. Es würden dazu kulturelle Elemente in die Projekte eingebunden, um eine negative ‚Fremd‘-Wahrnehmung zu verhindern. Demnach geht Gatter auch davon aus, dass durch die Einbindung von religiösen (is-

lamischen) Akteuren „die Projekte eine ganz andere Stellung in der Gesellschaft“ haben.

Die GIZ hat zum Beispiel Projekte in Algerien durchgeführt, bei denen bestimmte Produkte, in diesem Fall ein Handbuch zum Thema Biodiversität, „im Rahmen eines algerischen Kultur- und Wissenschaftsaustausches erarbeitet wurden“. ⁶⁵ Dieses Projekt gründete „weniger“ auf einem „westlich-arabischen Kulturaustausch“, erklärt Gatter, sondern es bestand aus einem intrakulturellen „Dialogprozess zwischen westlich gebildeten Wissenschaftlern“ in Algerien, das heißt durch die Erarbeitung (Prozesscharakter des Dialogs) eines innergesellschaftlichen Austauschs ‚arabisch-islamischer Akteure. Das „Handbuch für den Imam“ ⁶⁶ sei dabei „auf höchst einfachem Level aufgebaut“, betont Gatter. Dies ist wiederum auf den ‚kultursensiblen Ansatz‘ der GIZ zurückzuführen.

Das Konzept von Interkulturalität wird an dieser Stelle auch im Hinblick auf die Akteure der GIZ und deren kultur- und bildungsrelevante Arbeit hin untersucht. Hier ergibt sich ein differenziertes und doch zugleich etwas vages Bild. Denn bei der Frage, ob der Ansatz des ‚Voneinander Lernens‘, der die Integration (‚fremd‘)-kulturellen Wissens in den eigenen Wissens- und Verständnishorizont beinhaltet, auch im Denken und Handeln der Akteure der GIZ ‚verinnerlicht‘ sei, antwortet Gatter zunächst: „Kann ich mir schon vorstellen.“ Anschließend führt er diese Überlegung weiter aus, in dem er nochmals Bezug auf das in Algerien erstellte Handbuch zum Thema Biodiversität nimmt. So hätten die Mitarbeiter des Programmbüros „sehr interessante“ Erfahrungen gewonnen, die sie „auch bei der Replikation dieser Projekte zu nutzen wissen“. Das bedeutet: Hier wird Wissen aus der Zusammenarbeit mit Menschen aus anderen Kulturen genutzt und in das eigene Denken und Handeln integriert. Gatter ist im Rahmen des algerischen Projekts von der Wechselseitigkeit des Austauschs überzeugt.

65 Vgl. die Filmdokumentation: „Glaube der Veränderung. Algerische Imame für den Umweltschutz“, hg. vom Programmbüro Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Länder, Abteilung 3130 Mittelmeer und Mittlerer Osten, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Eschborn 2008 (planetpictures Berlin, Filmproduktion 2008) und gedruckte Dokumentation „Documentation Maghreb Round Table. Creating a future worth living: supporting environmental ethics in the Maghreb“, hrsg. von Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Programme Office Intercultural Relations with Muslim Countries, Eschborn 2008, vgl. auch die Internetseite der GIZ: „Integriertes Umweltmanagement“, URL: <<http://www.giz.de/themen/de/6308.htm>>, Datum des Zugriffs: 18.05.2013.

66 Claudia Altmann: Handbuch für den Imam. In: akzente 3/2007, URL: <http://www2.gtz.de/dokumente/AKZ/deu/AKZ_2007_3/akzente_3-07_Algerien.pdf>, Datum des Zugriffs: 18.05.2013.

5. *Fazit zum „Dialog mit der islamischen Welt“*: Der Dialog zwischen ‚dem Westen‘ und der ‚Islamischen Welt‘ wird nach Gatter, neben den politisch-kulturellen Wandelprozessen in der ‚Arabischen Welt‘ vor allem von den Kriegen in Afghanistan und Irak sowie den arabisch-islamischen Wahrnehmungen stark beeinflusst. Diese Wahrnehmungen haben auch Auswirkungen auf die Dialogarbeit der GIZ in der Region Naher und Mittlerer Osten und im Maghreb. Gatter erklärt dazu, dass die Partner der GIZ „vor Ort“ nicht in erster Linie „Vorurteile“ hätten, sondern „das begründete Recht vorsichtig zu sein und das Schlimmste zu vermuten“, und es sich daher um einen Ausdruck von Misstrauen handle. Daher besteht nach Gatter die Aufgabe der GIZ und ‚des Westens‘ insgesamt darin, „erst einmal auf neutrales Terrain zu kommen und [...] eine Ausgangssituation zu schaffen.“ Dies stellt eine besondere Herausforderung für die Dialogarbeit der GIZ dar. Das ‚neutrale Terrain‘ sollte dabei die Basis für eine gleichberechtigte Partnerwahrnehmung bilden. Eine solche Plattform zu schaffen sei aufgrund der Kriege jedoch äußerst schwierig, erklärt Gatter.

Nach den im Diskursstrang ‚Interkulturalität‘/‚Interkultureller Dialog‘ exemplarisch vorgenommenen kulturwissenschaftlichen Fallanalysen sollen im folgenden Abschnitt die Aussagen der Mittler im 3. Diskursstrang ‚Konsens‘ diskursanalytisch in den Gesamtdiskurs der AKBK im Maghreb eingeordnet werden. Dieser Abschnitt stellt die Leitfrage, welcher Konsens auf den Feldern Kultur, Bildung und Wissenschaft besteht, das heißt welche diskursiven Zusammenhänge als ‚selbstverständlich‘ und konsenstragend-/konstituierend erachtet werden, in das Zentrum einer diskurswissenschaftlichen Analyse.

1.3 DISKURSSTRANG 3: KONSENS (‚SELBSTVERSTÄNDLICHKEITEN‘)

Insgesamt konnten in Relation zu einer durchschnittlich angenommen Gesprächsdauer von 60 Minuten (je Mittler) 153 Aussagen für den Diskursstrang ‚Konsens‘ identifiziert werden. Die Aussagen der fünf befragten Mittler sollen in der folgenden Reihenfolge untersucht werden: GIZ, PAD, DAAD, GI und ifa (vgl. Anhang, Abb. Anhang C).

Es werden dabei nur diejenigen Aussagen berücksichtigt und untersucht, die Teilaspekte des Diskursstrangs ‚Institutionelle Strukturen‘ (1), ‚Interkulturalität‘ (2), ‚Politische Steuerung‘ (4) oder ‚Interessen‘ (5) beinhalten. Da die insgesamt 29 Diskursstränge (vgl. Abschnitt 1, Tabelle 6) eine unterschiedliche Relevanz aufweisen, wurden die Aussagen des Diskursstrangs 3 ‚Konsens‘ den fünf analysierten Diskurssträngen entsprechend zugeordnet. In einem ‚Selbstverständlichkeiten/Konsens-Diskurs‘ der deutschen AKBK wird insbesondere die Verwendung von

drei Adjektiven/Adverbien – „natürlich“, „klar“, „selbstverständlich“ – identifiziert. Zu beachten ist dabei insbesondere, dass die befragten Mittler aus der Perspektive einer „Selbstbeobachtung“ argumentieren, wie mit einem philosophisch-diskurswissenschaftlichen Ansatz bekräftigt werden kann:

„Die Schwierigkeit der Selbstbeobachtung besteht darin, daß der sich selbst Beobachtende [Mittler] zugleich Subjekt und Objekt der Beobachtung ist, also nur durch ein ständiges Oszillieren zwischen beiden Haltungen zu (deshalb stets unsicheren) Ergebnissen gelangen kann.“⁶⁷

In der Häufigkeit und Dichte der Verwendung der oben genannten Adjektive und Adverbien ist eine ‚diskursive Unsicherheit‘ zu erkennen, die wiederum mit einer diskursiven Strategie der Sprecher weitestgehend relativiert oder sogar aufgehoben wird. Durch die häufige Verwendung des Adjektivs „natürlich“, das wiederum auf das Subjektiv „Natürlichkeit“ bzw. „Natur“ im weitesten Sinne zurückgeführt werden kann, verweisen die Sprecher mittelbar auf nicht-hinterfragbare, zweifelsfreie, logische Gesetzmäßigkeiten im Denken und Handeln der Akteure der Mittlerorganisationen sowie im AKBP-Diskurs insgesamt. Aus einer kulturtheoretischen Perspektive findet sich in der Verwendung des Begriffs „Natur“ auch eine Dimension und Postulierung „unhinterfragbarer Gegebenheiten“⁶⁸. Dieser philosophisch-diskursive Hintergrund wurde bei den folgenden Ausführungen stets berücksichtigt und an beispielhaften Aussagen der befragten Akteure nachgewiesen. Ein gemeinsame Nenner, das heißt ein zielorientierter Konsens zwischen AA und Mittler in der Darstellung Deutschlands im Ausland, kann mit dem Begriff „Imagebranding“, nach einem Beitrag von Sebastian Körber im *Handbuch Kultur und Außenpolitik* (Maaß 2009), beschrieben werden.

1.) *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ):*

Institutionelle Strukturen (I): Im Selbstverständnis des „Programmbüros Interkulturelle Beziehungen mit islamisch geprägten Ländern“ betont Gatter zur Frage nach einem definierten Kulturverständnis in der GIZ mit Verweis auf seine Sprecherposition: „Für die GIZ als solche zu sprechen, das kann ich natürlich nicht.“⁶⁹ Diese Selbstverständlichkeit erschließt sich auf den ersten Blick nicht, denn Gatter beschreibt im Anschluss detailliert den „kultursensiblen Ansatz“ (vgl. Abschnitt 1.2.4)

67 Schmidt: Wörterbuch der Philosophie, S. 658.

68 Annegreth Horatschek: Natur. In: Metzler Lexikon Literatur- und Kulturtheorie, S. 484.

69 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 37-55, I. C entnommen und im Text durch Namensnennung (Gatter) entsprechend kenntlich gemacht.

der neu fusionierten GIZ. So würde durch das Ziel, dass „kulturelle und religiöse Aspekte eben als Entwicklungsmotor dienen sollen [...] natürlich ein Anknüpfungspunkt“ für das Programmbüro bestehen. Als selbstverständlich betrachtet er zudem, dass die GIZ durch die Fusion und die neue Schwerpunktsetzung „natürlich auch einen ganz anderen Zugang zur Region bekommen“ hat, da, wie Gatter zweifach bekräftigt, „natürlich der Kulturaustausch und der Bildungsbereich natürlich bei der GIZ ganz klar an Gewicht gewonnen haben“. Dies kann jedoch der entwicklungspolitisch interessierte Rezipient nicht ohne Weiteres verstehen. Dennoch wird dies aus Gatters Sicht als bekannt und selbstverständlich dargestellt, sodass es keinen expliziten Erklärungsbedarf.

Auf den Handlungsfeldern der GIZ, wie „Grundbildung“, „Armutsbekämpfung“ oder „Gesundheit“, seien viele „islamische Organisationen“ tätig, sodass die GIZ „natürlich nicht sagen“ könne: „Nein, mit diesen Akteuren wollen wir nicht per se kooperieren“. Warum die GIZ davon nicht ausgehen kann, bleibt zunächst offen. Gatter erklärt anschließend jedoch in Bezug auf politisch-kulturelle Themen: „Unsere Aufgaben sind natürlich einerseits Entwicklungshilfe nachhaltiger zu machen“. Hier wird der Nachhaltigkeitsaspekt als selbstverständliche und durchaus bekannte Zielsetzung der EZ allgemein und insbesondere der GIZ herausgestellt. Da die GIZ in der Organisationsform eines privatwirtschaftlichen Unternehmens eine Vermittlungsaufgabe wahrnehme, erklärt Gatter: „Für viele Kollegen ist natürlich ‚Islam‘ und das Programmbüro eher ein philanthropisches Orchideen-Thema.“ Und so sei die „Strategie“ der GIZ „natürlich auch [den] Kollegen, die oft Techniker sind, [...] dieses Thema verständlich zu machen“, erläutert Gatter den offensichtlich konsensfähigen Ansatz des Programmbüros.

Interkulturalität (2.): Die Fokussierung der GIZ auf die Handlungsfelder Kultur, Religion und Bildung weisen eine Besonderheit auf. Gatter konstatiert in Bezug auf die „lokalen Akteure“ und Partner selbsterklärend: „Wenn natürlich auf ihre Anliegen im kultursensiblen Ansatz eingegangen wird, ist es natürlich auch ansprechender für die“ beteiligten Akteure. Dies setzt jedoch voraus, dass das Thema Religion in arabisch-islamischen Gesellschaften von zentraler Bedeutung ist. Ansonsten wäre diese logische Verknüpfung von Beteiligung islamischer Akteure und Anerkennung der GIZ-Projekte in den jeweiligen Gesellschaften in dieser Form nicht darstellbar. Dieser Ansatz ist, wie bereits gezeigt, auch in Zusammenhang mit Sicherheitsinteressen der GIZ zu betrachten. Gatter erläutert dazu den umgekehrten Fall mit negativen Folgen: „Wenn man Projekte vorbeikonzipiert an der Gesellschaft, kann es natürlich durchaus auch gefährlich sein.“ In der Weiterverfolgung dieses Gedankens führt er mit zweifacher Verwendung des Adjektivs ‚natürlich‘ das Beispiel Afghanistan an. In dieser Argumentationslinie wird ein aus sich selbst heraus erklärender, diskursiver Zusammenhang zwischen Projektgestaltung und Sicherheitsgefahren hergestellt.

Im Kontext der oben erwähnten Vermittlungsaufgabe ist das Selbstverständnis der GIZ auch auf Interkulturalität gerichtet und betont die Selbstverständlichkeit der europäischen Dimension von Entwicklungszusammenarbeit. So erklärt Gatter mit zweifachem Nachdruck einer logischen Konsequenz folgend, dass sich die Akteure der GIZ-Projekte „natürlich auch als Mittelnde europäischer Werte [verstehen] und versuchen die natürlich in solche kultursensiblen Ansätze einzubeziehen.“ Diese kulturelle Vermittlungsarbeit dient dem diskursiv integrierten Ansatz des ‚Stereotypenabbaus‘ und einer ‚Klischee-Prävention‘.

In der Themensetzung „Islam und Entwicklung“ habe die GIZ „in Deutschland natürlich Aufmerksamkeit erwecken“ wollen, räumt Gatter ein. Warum dies allerdings „natürlich“ und selbstverständlich ist, erschließt sich nicht. Eine solche Kenntnis und derartiges Wissen kann nicht vorausgesetzt werden. Im Rahmen dieser Aufmerksamkeitserzeugung ist auch der Begriff „Interkulturelle Beziehungen“ in der Bezeichnung des Programmbüros einzuordnen, der aus einer „Notlösung [heraus] natürlich mitgekommen“ sei, berichtet Gatter. Auch an dieser Stelle ist nicht verständlich, warum es eine selbstverständliche „Notlösung“ sei. Da Gatter jedoch die Erklärung einer „political correctness“ anfügt, ist anzunehmen, dass in der deutschen AKBP und EZ Konsens über die Verwendung von Begriffen im interkulturellen Dialog über eine zur Anwendung gebrachten ‚politisch-diplomatischen‘, sensiblen Sprache besteht.

Projekte, die das Themenspektrum „Demokratieförderung, Rechtsreformen, Bildung, Gesundheit“ behandeln, weisen „natürlich Schnittpunkte mit religiösen Themen und kulturellen Themen“ auf, betont Gatter selbsterklärend. Die interkulturelle Perspektive bedenkt er dabei stets mit. Es ist demnach als zwangsläufig anzunehmen: Wenn „Menschen aus ganz anderen Kulturkreisen mit völlig neuen Modellen konfrontiert [werden], ist es natürlich nicht unbedingt nachhaltig“, da diese als „Fremdkörper“ aufgefasst würden, erklärt Gatter.

Der bereits erwähnte Ansatz eines Dialog-Moderators, das heißt eines Vermittlers im interkulturellen Dialog, wird ebenso mit drei selbsterklärenden Tatsachen in besonderer Häufung des Adjektivs „natürlich“ von Gatter begründet. Denn der Vermittler/Moderator „ist natürlich dadurch, dass er natürlich den arabischen Kulturkreis kennt, [...] natürlich jemand, der da prädestiniert ist für solche Prozesse“. Gatter bekräftigt damit, dass dies einer allgemein kulturwissenschaftlich und kulturpolitisch interessierten Öffentlichkeit bekannt sei und präsentiert damit einen weiteren Konsens im Diskurs über den interkulturellen Dialog. Grundsätzlich stellt Gatter fest, dass dieser momentan „natürlich leider sehr stark [...] von den ganzen politischen Ereignissen überschattet“ sei. Die Gleichzeitigkeit von Dialog und Konflikt wird dabei als zwangsläufiger Konsens in der AKBP beschrieben, wie Gatter weiter ausführt. Denn „natürlich auch die ganzen Kriege“ führten dazu, dass die GIZ „natürlich sehr viel mehr an Überzeugungsarbeit zu leisten“ habe, erklärt Gatter.

2.) Pädagogischer Austauschdienst (PAD):

Verschiedene Aussagen im PAD konnten für den ‚Konsens-Diskurs‘ identifiziert und den folgenden Diskurssträngen zugeordnet und näher untersucht werden: ‚Institutionelle Strukturen‘ (1), ‚Interkulturalität‘ (2) und ‚Politische Steuerung‘ (4). Für den Diskursstrang ‚Interkulturalität‘ sollen die zuvor gewonnenen Erkenntnisse ergänzt und in einer diskurs- und kulturwissenschaftlichen Analyse vertieft untersucht werden.

Institutionelle Strukturen (1): Konsens besteht offensichtlich über die eingeschränkte Handlungsfreiheit des PAD, die in einer institutionellen Abhängigkeit vom Auswärtigen Amt begründet liegt, wie Kretschmer am Beispiel der Einführung des „Europäisch-Islamischen Kulturdialogs“ (EIK) erläutert. Man müsse „natürlich sagen, alles, was wir an Titeln, an Oberbegriffen herausgeben, muss mit dem Auswärtigen Amt abgeklärt werden bzw. kommt von dort“. ⁷⁰ Das Auswärtige Amt hatte im Zuge der Einführung des EIK 2003 eindeutig formuliert:

„Der ‚Dialog mit der islamischen Welt‘ ist eine der Säulen einer langfristigen Strategie zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die im Jahr 2002 eingeführte Initiative soll auf lange Sicht einen Beitrag zur Konfliktprävention leisten.“ ⁷¹

Die anfängliche Finanzierung des EIK aus Mitteln des ‚Anti-Terror-Kampfes‘ sei nach Ansicht von Kretschmer „natürlich recht pikant“ gewesen. Daraus kann geschlossen werden, dass zwischen der persönlichen Einschätzung Kretschmers aus der Sprecherposition einer Mittlerorganisation der AKBP heraus und der öffentlichen Wahrnehmung einer Gleichsetzung von „Kulturdialog“ mit ‚Terrorismusbekämpfung‘ Konsens über die diskursive Verbindung besteht.

Interkulturalität (2): Der Diskursstrang ‚Interkulturalität‘ ist in der Darstellung Kretschmers in Teilen auch von Selbstverständlichkeiten, Vorwissen und Konsens geprägt. Für den Mittelmeerraum könne man „natürlich sagen, dass es eine 500jährige Geschichte des Austauschs mit der islamischen Welt gibt und nicht nur mit Konstantinopel und Istanbul, sondern natürlich auch mit Algier“. Dieses (inter-)kulturelle Wissen wird von Kretschmer im Diskurs über ‚Interkulturalität/ Interkultureller Dialog‘ unterstellt. Ob das Vorhandensein dieses Wissens allerdings

70 Die folgenden, nicht mit Fußnoten versehenen Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 55-96, I. D entnommen und durch Namensnennung (Kretschmer) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

71 Auswärtiges Amt: Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, Berlin 2003, S. 72 (Edition Diplomatie).

diskursiv vorausgesetzt werden kann, ist in Teilen oft zweifelhaft. Für die europäisch-maghrebinischen Kulturbeziehungen konstatiert Kretschmer darüber hinaus: „Und natürlich hat Frankreich besondere Beziehungen zum Maghreb“. Dies dürfte demnach bekannt sein. Im Diskurs über kulturelle Entitäten (Diskursstrang ‚Kulturelle Differenz‘) kann offensichtlich – zumindest aus der Perspektive Kretschmers – auch das Wissen vorausgesetzt werden, dass die Arabische Welt „natürlich kulturell einen ganz stark definierten Zusammenhalt“ aufweise.

Der Diskursstrang ‚Interkulturalität‘ ist auch in den Erfahrungen zur administrativen Zusammenarbeit des PAD mit arabisch-islamischen Ländern zu erkennen. Denn Kretschmer betont, dass man als Akteur des PAD „natürlich im Vollzug der Programme – und das ist im Prinzip ja selbstverständlich – auf Dinge, wie Ramadan oder dergleichen Rücksicht nehmen muss“. Für die Mitarbeiter im PAD mag dies selbstverständlich sein, die Denkmuster der Öffentlichkeit, das heißt die öffentliche Meinung ist teilweise vermutlich eine andere. Auch das vom AA proklamierte Prinzip der ‚Zweibahnstraße‘ hat der PAD offensichtlich wie selbstverständlich (aufgrund der Vorgaben aus dem AA?) in seinem Bildungsfachleute-Programm angewandt. Denn in diesem wurden die arabischen Teilnehmer „natürlich auch, weil von Anfang an das Konzept der Gegenseitigkeit intendiert war, gebeten eigene Erfahrungen in Vorträgen [...] vorzutragen“.

Die Referenzlinien von Kultur, Religion und Bildung im weitesten Sinne und Schule im engeren, sind aus Sicht des PAD und seines Bildungsauftrags eindeutig. Im Rahmen von Interkulturalität und interkulturellem Dialog beschreibt Kretschmer die Dialogstrategie, den Umgang mit dem Anderen/„Fremden“ im Rahmen des Bildungsfachleute-Programms ebenfalls als selbstverständlich:

„natürlich, klar: wenn man Leute aus den arabischen Ländern, islamisch geprägten Ländern einlädt, dann hat man eine andere Kultur und eine andere Religion zu Gast und dann kann man nicht so tun, als sei die Kultur im Schulwesen zu Ende.“

Ein solcher Ansatz und die dabei einzunehmende Perspektive werden von Kretschmer damit als allgemein anerkannt dargestellt. Die inhaltliche Ausweitung des interkulturellen Dialogs auf allgemeine Leitthemen der AKBP wurde insofern als problematisch im PAD betrachtet, da es „schwieriger wurde [...] auch natürlich die Programminhalte daran festzumachen“. Der Nachvollzug dieser Argumentationslinie ist für den PAD institutionell-programmatisch verständlich, aber ist sie auch für den ‚Nicht-Experten‘ ohne entsprechende institutionell-strukturelle Kenntnisse („Spezialwissen“) nachvollziehbar?

Bei nicht dialogbereiten Teilnehmer seien oft Extrempositionen zu erkennen gewesen. Daher könne man eine Zusammenarbeit „natürlich auch mit den Leuten gar nicht unbedingt erwarten“. Hier scheint es, als bestehe allgemeiner Konsens darüber, dass ein Kooperationsinteresse von arabisch-islamischen Akteuren, die ext-

remistisch anmutende Positionen vertreten (vgl. Diskurs über Hamas oder Muslimbrüder), nicht existiere.

Politische Steuerung (4): Die europäische Dimension einer Mittelmeerpolitik und deren Auswirkungen auf die sogenannte „Ostorientierung“⁷² in der deutschen AKBP wurde von Kretschmer differenziert und in Teilen als bekannt und konsens-tragend betrachtet. Das dazu notwendige institutionelle Wissen kann Kretschmer im Diskurs über ‚politische Steuerung‘ in der AKBP auch für Teile einer kulturpoli-tisch interessierten Öffentlichkeit jedoch nicht ohne weiteres voraussetzen. Zur ‚Ostorientierung‘ der deutschen AKBP konstatiert er: Man müsse „natürlich sagen, [dass die] Mittelost-Europa-Politik in einer Zeit entstand, in der im Prinzip natürlich die Kassen zumindest scheinbar wesentlich besser gefüllt waren“. Demnach wird die Begründung für die ‚Ostorientierung‘ der deutschen AKBP im Gegensatz zur regionalen Fokussierung auf den „Dialog mit der islamischen Welt“, insbesondere im Maghreb von Kretschmer mit zweifacher Betonung als leicht nachvollziehbar und teilweise auch (selbst-) verständlich beschrieben.

3.) *Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD):*

In den Aussagen der befragten Akteure im DAAD konnten im Diskursstrang ‚Konsens‘ in erster Linie diskursive ‚Selbstverständlichkeiten‘ den Diskurssträngen ‚Interkulturalität‘, ‚Politische Steuerung‘ und ‚Interessen‘ identifiziert werden. In ‚diskursiver Abgrenzung‘ lassen sich dabei die Bedeutungsbelegungen der Begriffe „Selbstverständnis“ und „Selbstverständlichkeiten“ aufzeigen, die teilweise von den Sprecherinnen mit Betonung auf „Akademischer Austauschdienst“ gleichsetzend verwendet werden.

Interkulturalität‘ (2): Der Konsens im Diskursstrang ‚Interkulturalität/Interkultureller Dialog‘ kann wie folgt nachgezeichnet werden: So erklärt Wedel, dass der DAAD bestrebt sei, Menschen „mit unterschiedlichen kulturellen Prägungen miteinander in einen Dialog zu bringen“⁷³. Auf dieser subjektiven Ebene der Dialektik von ‚Eigenem‘ und ‚Fremden‘ besteht offensichtlich Einigkeit: „Und das ist klar, dass diese Menschen jeweils auch wieder multiple Identitäten mitbringen“, konstatiert Wedel. Dieser kulturwissenschaftliche Ansatz, der von der ‚Heterogenität‘ der kulturellen Prägung des Einzelnen und der kulturellen Differenziertheit von

72 Vgl. Bauer: *Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik* (2007).

73 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 1-22, I. A sowie in Anhang II, S. 22-37, I. B entnommen und im Text durch Namensnennung (Dieterich oder Wedel) entsprechend kenntlich gemacht.

Gesellschaften ausgeht, wird vom DAAD im Rahmen eines eigens entwickelten Dialogkonzepts beinahe unreflektiert und als selbstverständlich adaptiert.

Ob ein kulturwissenschaftlich erarbeitetes und praxisorientiertes Dialog-Modell tatsächlich auch umsetzbar ist, betrachtet Dieterich eher skeptisch. Dazu sei vergleichend auf die ‚Skepsis‘ zu diesem Punkt bei anderen Akteuren der befragten Mittler verwiesen. Dieterich räumt zunächst ein: „grundsätzlich ist es natürlich immer sinnvoll sich zu überlegen, was machen wir eigentlich, mit welchem Ziel tun wir das und tun wir das sinnvoll und effizient?“. Gemeint ist hier jedoch eher ein ‚Monitoring‘, das in Anlehnung an das Controlling von Marketingmaßnahmen in Unternehmen der Privatwirtschaft auch in Kulturinstitutionen und Mittlerorganisationen der deutschen AKBP angewendet wird. Dazu ist ein diskursiver Konsens zu erkennen. Eindeutig ist im DAAD die Haltung, dass ein auf interkultureller Theorie basierendes Dialog-Modell deutsch-arabischer Wissenschafts- und Bildungskooperation dem DAAD ermögliche, „sich sozusagen aus einer Gesamtperspektive mit dieser Frage zu beschäftigen“. Dies sei „sinnvoll“, betont Dieterich mit dem nachgestellten Adverb „klar“. Darüber hinaus führt sie noch einen weiteren Punkt als eine Selbstverständlichkeit für die Akteure im DAAD in Bezug auf den ‚Interkulturalitäts-Diskurs‘ an. Denn sie erklärt in eindeutiger Position und Abgrenzung zum Begriff „Kulturexport“: „Dass wir Kultur nicht exportieren, sondern einen Dialog führen, ist eigentlich schon ein Gemeinplatz oder sollte sich von selber verstehen“. In diesem Zusammenhang ist es nach Dieterich auch unzweifelhaft, dass der DAAD „natürlich eine andere Vorstellung davon“ habe, wie er mit seinen „Partnern umgeh[t]“. Die Argumentationslinie der ‚Selbstverständlichkeiten‘ sowie die damit einhergehende Vermeidung von Unsicherheiten und ‚Zweifelhaftem‘ sind an dieser Stelle besonders offensichtlich. Hier sollte jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Abkehr vom Begriff und Ansatz des ‚Exports‘ vor 10 bis 20 Jahren keineswegs als diskursive Übereinstimmung in der AKBP betrachtet werden konnte. Wolfgang Schneider verdeutlicht dies an einer neueren Entwicklung: „Netzwerke ersetzen damit mehr und mehr den (nationalen) kulturellen Export und dessen in der Tendenz oft noch repräsentierte Eventkultur wird zu gezielten Intervention.“⁷⁴ Da sich aber diese „gesamtgesellschaftliche Debatte [...] natürlich auch in [der] Arbeit“ des DAAD widerspiegle, bekräftigt Dieterich in einer logischen Schlussfolgerung: Die Akteure im DAAD „versuchen selbstverständlich solche Dinge aufzunehmen“. Gleichzeitig wird jedoch betont, dass alles, was der DAAD in diesem Bereich unternehme, auf die „praktische Arbeit bezogen ist“. Diese liege in „der Natur der Sache.“ Hier wird sprachlich zum ersten Mal ein direkter Bezug zu den Begrifflich-

74 Vgl. Wolfgang Schneider: Vorwort. In: Auswärtige Kulturpolitik. Dialog als Auftrag – Partnerschaft als Prinzip, hg. von Wolfgang Schneider, Essen 2008, S. 9 (Edition Umbruch. Texte zur Kulturpolitik 22).

keiten ‚Natur‘ und ‚Natürlichkeit‘ und den damit verbundenen logischen, „unhinterfragbaren“ Gesetzmäßigkeiten genommen. Die daraus erkennbare Sicherheit und Überzeugung im eigenen Handeln wird in einer Aussage zur Berücksichtigung kulturwissenschaftlicher Modelle bei Programm-Konzeptionen deutlich. Denn Dieterich bekräftigt für ihr Referat durchaus selbstbewusst: „Natürlich habe ich eine Idee, und natürlich habe ich einen Eindruck davon, was notwendig ist“.

Politische Steuerung (4): Die Bedeutung des „Dialogs mit der islamischen Welt“ und einer damit verbundenen ‚politischen Steuerung‘ durch die AKBP hat Wedel mehrfach betont. Sie begründet einen erneuten „Bedeutungszuwachs“ des „Islamdialogs“ (nach 2001) mit den politisch-kulturellen Umbrüchen in Nordafrika und im Nahen Osten, in der ‚Arabischen Welt‘ insgesamt als beinahe logische Konsequenz und ‚Automatismus‘, wenn sie betont: „Natürlich, 2011 hat die Region wieder einen besonderen Bedeutungszuwachs erfahren“. Doch lässt sich dieser fast ausschließlich an einem ‚Mittelzuwachs‘ im Rahmen der „Transformationspartnerschaften“ nachzeichnen. Der Zusammenhang von ‚Transformationsprozessen‘ in der ‚Arabischen Welt‘ und einem politisch gesteuerten „Bedeutungszuwachs“ des „Islamdialogs“ wird als selbsterklärend betrachtet. Denn zu Leithemen und Strategien in der deutschen AKBP besteht auch im diskursiven Handeln des DAAD Einigkeit und Konsens mit gängigen Positionen der deutsch-europäischen Außen(kultur)politik im „Dialog mit der islamischen Welt“. So formuliert Dieterich: „eine gute Kooperation, eine Zusammenarbeit von Wissenschaftlern auf beiden Seiten, die trägt natürlich [...] zu einer Krisenprävention“ bei. Zur Frage, ob der DAAD selbst zu dieser übergeordneten politischen Strategie einen Beitrag leistet, antwortet Dieterich: „natürlich, ich denke das Interesse jeder europäischen Außenpolitik wird es wohl sein, Krisen zu verhindern“. Dieses strategische Ziel wird als Selbstverständlichkeit dargestellt, die offenbar nicht explizit betont oder erklärt werden muss. Im Kontext von Formen und Strukturen politischer Diplomatie besteht eine Aufgabe des DAAD auch in der Vermittlung zwischen ‚politischer Steuerung‘ durch das AA und den Interessen der AKBP-Zielgruppen im Allgemeinen sowie der akademischen Zielgruppe des DAAD im Besonderen. Dies versteht sich aus der Perspektive Dieterichs von selbst, wie sich an folgender Aussage zeigt: „Es ist natürlich klar, dass unsere Arbeit und die finanzielle Förderung unserer Arbeit auch von politischen Erwägungen abhängig ist“. Damit räumt Dieterich zum ersten Mal eine ‚politische Steuerung‘ in der deutschen AKBP offen ein und präsentiert dies gleichzeitig als öffentlich bekannten Status quo. Ein Beleg für die von politischer Steuerung abhängige Arbeit des DAAD ist dabei in folgendem Beispiel zu erkennen: In den Jahresberichten des DAAD werden verschiedene Regionen und einzelne Länder als „Schwerpunktländer“/„regionen“ diskursiv hervorgehoben. Dieterich erklärt dazu: „Afghanistan stand besonders im Fokus und das möchten wir natürlich auch nach außen widerspiegeln“. Diese ‚Selbstverständlichkeit‘ findet im

Adjektiv/Attribut „natürlich“ ihren Ausdruck. Zudem veranstaltet der DAAD laut Jahresbericht 2009/2010 sogenannte „Bildungsmessen“ in der ‚Arabischen Welt‘. Dies sei nach Dieterich „natürlich ein Instrument, um den Studienstandort Deutschland und deutsche Hochschulen bekannt zu machen und zu vermarkten“. Demnach besteht die Notwendigkeit des Hinterfragens aufgrund logischer und naturgegebener Gesetzmäßigkeiten in der Arbeit des DAAD nicht. Gleichzeitig können jedoch durchaus Widersprüche im Diskursstrang ‚Politische Steuerung‘ erkannt werden, da der DAAD entgegen eigener Aussagen über Marketingmaßnahmen politisch motivierte Ziele selbst mitsteuert und damit Einfluss im Rahmen der deutschen AKBP ausübt.

Interessen Diskurs (5): Auffällig ist, dass Wedel das wissenschaftliche Interesse für den Maghreb erstens mit dem Interesse für Osteuropa vergleicht und es zweitens für selbstverständlich erachtet, dass es „natürlich auch [...] vom wissenschaftlichen Austausch her [...] für Deutsche interessanter“ sei, sich in osteuropäische Länder zu bewegen. Ein wechselseitiges Interesse des Maghreb und Deutschlands konstatiert Wedel für unterschiedliche Fachrichtungen. Sie nennt zum einen die „Ingenieurwissenschaften“ und zum anderen in zweifacher Betonung ein Interesse „natürlich auch bei den Germanisten, ist klar“. Hier wird erneut ein Wissen vorausgesetzt, über das in erster Linie nur der DAAD mittels eigener Statistiken verfügt, die wiederum auch öffentlich einsehbar sind.

Das ‚Eigeninteresse‘ des DAAD wird an einer anderen Stelle als selbstverständlich gekennzeichnet, indem Dieterich mit zweifachem Nachdruck erklärt: „Wir wollen natürlich unsere Gunst möglichst breit streuen – das ist klar“. Diese Argumentationslinie ist wiederum konsensfähig mit der öffentlichen Wahrnehmung, in der die deutsche AKBP insgesamt als interessengeleitet erkannt wird.⁷⁵ Völlig außer Zweifel scheint dabei auch das Austausch-Interesse des DAAD mit dem Maghreb zu sein. So konstatiert Dieterich: „Natürlich haben wir Interesse [...] an enger und guter Kooperation mit den Nachbarn im Grunde im Maghreb“. Auch in diesem Fall ist offensichtlich kein Nachfragen notwendig. Dass die Ausprägung eines Wissensaustauschs immer auch vom Interesse des jeweiligen Partnerlandes abhängig sei, bekräftigt Dieterich wie folgt: „Man kann ein Geschenk nicht übergeben, wenn der andere es nicht haben will. Das ist schon klar“. Da das Interesse von Wissenschaftlern/Akademikern und Stipendiaten an bestimmten Ländern der Region „Nordafrika und Nahost“ variiert, werden einige Länder besonders hervorgehoben. Dies

75 Vgl. Verena Andrei und Volker Rittberger: Macht, Interessen und Normen. Auswärtige Kulturpolitik und Außenpolitiktheorien am Beispiel der deutschen auswärtigen Spracharbeit. In: Kultur und Außenpolitik, Handbuch für Studium und Praxis, hg. von Kurt-Jürgen Maaß, 2. Aufl., Baden-Baden 2009, S. 33ff.

sollte vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass die Maghrebländer für deutsche Wissenschaftler offenbar in Relation zu anderen von Dieterich erwähnten Ländern (Israel, USA und Kanada) weitaus weniger von Interesse sind.

4.) *Goethe-Institut (GI):*

Für das GI sollen im folgenden ‚diskursive Selbstverständlichen‘ in Bezug auf die Diskursstränge ‚Institutionelle Strukturen‘ (1), ‚Interkulturalität‘ (2) und ‚Politische Steuerung‘ (4) dargestellt werden.

Institutionelle Strukturen (1): In der Region „Nahost/Nordafrika“ müsse das GI „Ungleichzeitigkeiten [...] natürlich im Blick behalten“⁷⁶. Das sei „völlig klar“, betont Thönges nachdrücklich. Dem GI wird damit eine selbstverständliche Beobachter-Rolle in Bezug auf politisch-kulturelle Prozesse in den arabisch-islamischen Ländern zugeschrieben, die in der diskursiven Praxis einer kulturinteressierten Öffentlichkeit und der Kulturarbeit des GI verankert wird. Das Beobachten dieser Prozesse in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens ist für Thönges „natürlich“ auch mit Leitthemen der deutschen AKBP verbunden. Dies ist offenbar selbsterklärend und somit eine „unhinterfragbare“ Selbstverständlichkeit, da aus der Perspektive des GI die „globalen Ziele“ in den gesetzten „Schwerpunkthemen“ behandelt werden. Noch eindeutiger wird Thönges in Bezug auf institutionelle Strukturen des EIK und die Verwendung der bereitgestellten Finanzmittel dieses Sonderprogramms, indem er einen diskursiven Konsens zwischen den Akteuren der deutschen AKBP konstatiert. So sei „allen Beteiligten [...] die Zweckbindung dieser Mittel schon klar verständlich, einsichtig und auch sinnvoll.“ Die Bedeutung der Region „Nahost/Nordafrika“ explizit herauszustellen, ist nach Thönges daher nicht notwendig:

„Man muss nicht erklären, erläutern und begründen, weshalb die Beziehungen mit der arabisch geprägten Welt, und jetzt natürlich zunächst und erst mal vorrangig mit Nordafrika/Nahost, [...] einen hohen Stellenwert hat; steht völlig außer Zweifel.“

Doch in dieser Argumentationslinie ist ein ‚diskursiver Bruch‘⁷⁷ zu erkennen. Denn bis zum Jahr 2010 (Umbruchereignisse in Nordafrika) bestand zumindest aus

76 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 96-109, I. E entnommen und durch Namensnennung (Thönges) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

77 Hilmar Schäfer: Eine Mikrophysik der Praxis. Instanzen diskursiver Stabilität und Instabilität im Anschluss an Michel Foucault, in: Diskursiver Wandel, hg. von Achim Landwehr, Wiesbaden 2010, S. 117 (Interdisziplinäre Diskursforschung).

kulturwissenschaftlicher Sicht durchaus die Notwendigkeit, auf die Bedeutung der ‚arabisch-islamischen Welt‘ insgesamt und insbesondere des Maghreb für die deutsche AKBP nicht nur hinzuweisen, sondern sie auch wissenschaftlich und diskursiv zu begleiten und zu begründen. Die Bedeutung der Region hat sich nach Thönges 2011 selbsterklärend in einer logisch-diskursiven Konsequenz erhöht. Die Notwendigkeit zur Begründung und Erläuterung besteht in der kultur- und diskurswissenschaftlichen Perspektive jedoch nach wie vor, vielleicht sogar mehr denn je.

Dass sich das GI selbstverständlich in der Region „Maghreb/Mashrek“ aktiv engagiert, zeigt sich an einem vom GI im AA beantragten „Residenzprogramm Wissenschaft und Zeitgeschehen“. So bekräftigt Thönges: „klar ist, [...] dass wir das schwerpunktmäßig für Maghreb/Mashrek auch machen“. Dieses Handlungsfeld bezieht sich wohlgerne auf den zuvor als „kleines Arbeitsfeld“ beschriebenen Bereich „Wissenschaft und Zeitgeschehen“ der Abteilung Kultur und Information im GI. Die von Thönges betonte Klarheit kann für ‚Nicht-Experten‘ jedoch keineswegs konstatiert werden. Doch selbst für diesen relativ ‚kleinen‘ Arbeitsbereich des GI ist es offensichtlich selbstverständlich und zweifelsfrei, sich auch am Kultur- und Wissenschaftsaustausch mit dem Maghreb zu beteiligen.

Interkulturalität (2): Der Begriff „Stereotypen“ ist ein diskursprägender Bestandteil im Diskurs über Interkulturalität und interkulturellen Dialog. Und so ist es auch für Makowski selbstverständlich, dass ihm „natürlich bestimmte Stereotypen aus der langjährigen Arbeit in anderen Kontexten einfach auffallen“. ⁷⁸ Diese Aussage bezieht er auf den Begriff „Transformationsland“, indem er politisch-kulturelle Wandelprozesse in Osteuropa mit denen in Nordafrika vergleicht. Makowski betrachtet dabei den Begriff „Stereotypen“ differenziert und belegt ihn zugleich mit einer diskursiven Selbstverständlichkeit, „weil es den natürlich runter dekliniert auf den Einzelnen nie gibt“. Diese ‚Natürlichkeit‘ erschließt sich bei einer diskursiven Betrachtung jedoch nicht gleich. Makowski spricht daher im Folgenden von „kultureller Verfasstheit“, die jede Gesellschaft präge.

In der Ausrichtung auf definierte Zielgruppen der ‚kulturellen Vermittlungsarbeit‘ des GI bestehen weitere Selbstverständlichkeiten, wie an folgender Aussage Makowskis deutlich wird: Die Aufgabe des GI besteht demnach darin, dass „wir natürlich schauen müssen, dass unser Ansatz auch der Kommunikation mit unseren Zielgruppen, mit unserer Arbeit so ausgerichtet ist, dass er bei ihnen ankommen kann“. Dieser Ansatz könnte als eine Art „Selbstverpflichtung“ in den Grundsätzen der Kultur-, Sprach- und Bildungsarbeit des GI aufgefasst werden, die sich in der

⁷⁸ Die folgenden, nicht mit Fußnoten versehenen Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 109-123, I. F entnommen und durch Namensnennung (Makowski) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

Konsequenz für die GI-Arbeit wiederum als logische Verknüpfung und naturgegebenes Prinzip darstellt.

„Politische Steuerung“ (4): Auf die europäische Dimension der Zielvereinbarungen des GI mit dem Auswärtigen Amt bezogen, erklärt Makowski, ein entsprechendes Wissen voraussetzend: „Das Ziel Europa hat natürlich auch viel mit den Rändern Europas zu tun“. Das bedeutet, er erkennt eine selbsterklärende Verknüpfung zwischen europäisch ausgerichteten Zielen der AKBP und der arabisch-islamischen Welt im südlichen Mittelmeerraum, den er damit zu den „Rändern Europas“ zählt. Dabei bestehen nach Aussagen Makowskis auch selbstverständliche und selbsterklärende Auswirkungen einer Sicherheits-, Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU auf die Kultur- und Bildungsarbeit des GI. So erwähnt er den Einsatz der *Agency FRONTEX*, die für die Sicherung der Außengrenzen Europas von der EU beauftragt ist, als durchaus problematisch für die kulturelle Vermittlungsarbeit des GI: „das ist natürlich für uns schwierig“. Hier kann die unmittelbare Verknüpfung von ‚politischer Steuerung‘ und Einflussnahme auf die Arbeit deutscher Mittler belegt werden.

5.) *Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)*:

Im Diskursstrang ‚Konsens‘ konnten die meisten Aussagen im ifa den Diskurssträngen ‚Interkulturalität‘ (2) und ‚Interessen‘ (5) zugeordnet werden.

Interkulturalität (2): Bei der Frage, ob es im Rahmen des CCP-Programms auch zu interkulturellen Veränderungsprozessen in der Kommunikation zwischen dem ifa und den Stipendiaten kommt, stellt Takács dazu eine grundsätzliche Voraussetzung als diskursive ‚Selbstverständlichkeit‘ in den Mittelpunkt ihrer Aussage. Demnach ist ‚Interkulturelle Kommunikation‘ von den Komponenten „Sympathie“ und „Offenheit“ abhängig, die wiederum als natürliche Gesetzmäßigkeit dargestellt werden. Weitere diskursive Einigkeit besteht offenbar auch in der Überlegung, dass interkulturelle Veränderungsprozesse mit Ängsten verbunden sind, da sie „natürlich auch immer ein Einlassen“⁷⁹ auf die andere Kultur voraussetzten, wie Takács betont. ‚Klarheit‘ besteht zudem in der (logischen) Folge und ‚natürlichen‘ Konsequenz dieses „Einlassens“. Dazu konstatiert Takács: „klar, dann ist es so ein wechselseitiges voneinander lernen, Erfahren“. Dies wird im Sinne des ‚Zweibahnstraßen-Prinzips‘ aufgefasst.

79 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, I. G. (S. 123-152) entnommen und durch Namensnennung (Takács) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

Interessen (5): Da das wechselseitige Interesse am Maghreb und Deutschland in Relation zu anderen Regionen und Ländern der arabisch-islamisch geprägten Welt nicht so ausgeprägt ist, sei das ifa bestrebt dieses Interesse am Maghreb zu wecken und zu fördern. Takács erklärt: „Das ist natürlich der nächste Schritt“. Das Engagement des ifa auf diesem Feld setzt sie damit als ‚selbstverständlich‘ und konsequent voraus. Und in Bezug auf die dazu verwendeten Distributionswege kultureller Vermittlungsarbeit und der Identifizierung von Ansprechpartnern im Maghreb erklärt Takács: „Natürlich, es geht um Deutschland, die Leute sollen nach Deutschland kommen“, aber dazu müssten nicht unbedingt immer deutsche Institutionen im Maghreb angesprochen werden. Hier wird ein diskursiver Konsens der deutschen AKBP ausgesprochen, der in dem einvernehmlichen Ziel der Vermittlung eines „positiven Deutschlandbildes“ durch die Instrumente des Kultur- und Bildungsaustauschs sowohl mit der ‚islamischen Welt‘ als auch in Deutschland besteht.

1.4 DISKURSTRANG 4: ‚POLITISCHE STEUERUNG‘ (DEUTSCH-EUROPÄISCHE AUSSENPOLITIK/AKBP)

Die unterschiedlich begründete regionale Schwerpunktsetzung der AKBP steht einerseits in deutlicher Korrelation zur ‚politischen Steuerung‘ in der deutschen Außenpolitik und andererseits in Verbindung zu jeweils gesellschaftlichen, politisch-kulturellen Strukturen einzelner Länder der Arabischen Welt, wie den Maghrebländern. Durch die Bestandsaufnahme in TEIL 0, Abschnitt 3 konnte anhand einer quantitativen Analyse die Bedeutung des Maghreb in der AKBP in Relation zum außenkulturpolitischen Fokus auf andere Weltregionen sowie anderen Regionen der ‚islamischen Welt‘ untersucht werden. Die Reihenfolge der hier untersuchten Aussagen der Mittler richtet sich nach der Aussagenmenge im Diskursstrang ‚Politische Steuerung‘: Die Analyse beginnt demnach mit dem ifa, gefolgt von PAD, GI, DAAD und GIZ (vgl. Anhang, Abb. Anhang D).

Da es in den Aussagen der Mittler zu thematischen und diskursiven Überschneidungen kam, werden für diesen Diskursstrang nur diejenigen dargestellt, die in Diskurssträngen 1-3 sowie 5 nicht genannt wurden. Der Terminus ‚politische Steuerung‘ wurde in Verbindung mit der deutschen AKBP explizit vom DAAD verwendet. In den Aussagen der anderen Mittler waren eher ‚indirekte‘ Äußerungen prägend, die teilweise bereits in den vorherigen Diskurssträngen mitberücksichtigt wurden. Diese sollen im Folgenden jedoch genauer dargestellt und analysiert werden.

1.) Institut für Auslandsbeziehungen (ifa):

Im ifa wurde relativ offen über politische (Steuerungs-)Maßnahmen und Strategien der deutschen AKBP gesprochen. Insgesamt konnten 25 Einzelaussagen für den Diskursstrang ‚Politische Steuerung‘ identifiziert werden. Seine Einschätzung zur ‚politischen Steuerung‘ formuliert Nolte wie folgt:

„Die deutsche AKBP hat Prioritäten definiert [...] und Schwerpunkte, wie zum Beispiel die Partnerschulinitiative PASCH, die Deutschlandjahre und die jährlichen Schwerpunktthemen. Darin spielt der Maghreb keine herausragende Rolle.“⁸⁰

Das Engagement im Maghreb wird dabei auch in Relation zu Initiativen der AKBP in Osteuropa betrachtet. Denn Nolte konstatiert:

„Sofern es sich bei MOE-Staaten um EU-Mitglieder handelt sowie um unmittelbare Anrainer oder Beitrittsaspiranten, ist Deutschland überwiegend in die europäischen Programme eingebunden und entwickelt nur begrenzt eigene Initiativen.“

In diesem Zusammenhang erkennt Nolte zudem eine diskursive Strategie für den „Dialog mit der islamischen Welt“ in der deutschen AKBP: „Der ‚Islamdialog‘ wird rhetorisch höher gehängt“. Es muss jedoch eingeräumt werden, dass Nolte eine Einschätzung zur Gewichtung zwischen einer ‚Ostorientierung‘ in der AKBP und dem „Islamdialog“ schwer falle, „weil es sich einerseits [Osteuropa-Politik] um multilaterale, andererseits (Islam) um vorwiegend bilaterale Maßnahmen handelt“. Den Aussagen Noltés zufolge kann für den „Islamdialog“ eine „verdeckte“ und eine „offene“ ‚politische Steuerung‘ in der deutschen Außenpolitik und damit auch in der AKBP angenommen werden, wie an den bestimmten Leitthemen und ‚politischer Einflussnahme‘ gezeigt werden kann:

„Demokratisierung, Werteorientierung, Menschenrechte sind offene Themen. Die versteckte Agenda ist und bleibt der ständige Sitz im UN-Sicherheitsrat und damit Einfluss auf die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, auch im Kampf gegen Terrorismus.“

Daher soll sich die von Nolte geforderte „Ehrlichkeit“ insbesondere auf die „eigene Rolle“, den „eigenen Profit“ und auf bisherige, gegenwärtige und künftige „eigene Kooperation“ beziehen. Die ‚strategische Gemeinsamkeit‘ zwischen AA und Mittler bestehe in der „Darstellung Deutschlands als weltoffen, dialogbereit und un-

⁸⁰ Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 156-163, II. A entnommen und durch Namensnennung (Nolte) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

terstützend“, wie Nolte bestätigt. Mit dieser Aussage beteiligt sich neben dem GI auch das ifa am Diskurs über die Vermittlung eines „positiven Deutschlandbildes“.

Die ‚politische Steuerung‘ durch das AA lässt sich auch auf der praktischen Ebene, zum Beispiel bei der Auswahl der Teilnehmer/innen im Förderprogramm CrossCulture Praktika des ifa illustrieren. Denn bei der Auswahlentscheidung bestünden „gewisse Richtlinien vom AA, die dann halt auch mit einfließen“⁸¹, erklärt Takács. Das bedeutet, dass das AA Einflussmöglichkeiten auf das Förderprogramm und die Vergabe von Stipendien hat. So könne beispielsweise der Fall eintreten, dass ein/e Bewerberin „ausgetauscht wird“, sodass das AA „dann auch zufrieden“ sei. Dies ist insbesondere auf die regionale Schwerpunktsetzung der AKBP zurückzuführen. Denn „je nachdem wie es Strategie der AKBP ist“, würde ein zusätzliches Modul eingeführt, wie am Beispiel der Einführung eines Pakistan-Moduls im Jahr 2010 neben dem bereits seit 2006 bestehenden Afghanistan-Modul gezeigt werden kann. Die Förderung der Region „Afghanistan-Pakistan“ betrachtet Takács als „sehr überbeansprucht“, da „jedes Jahr fast zehn Plätze zusätzlich“ zur Verfügung gestellt werden mussten. Hier zeigen sich die von Maaß dargelegten Nachteile im spezifisch „deutschen Modell“ der Mittlerorganisationen, die für den gesamten Diskursstrang ‚Politische Steuerung‘ prägend sind. Denn: „Die Zielsetzung und Steuerung durch das Auswärtige Amt ist schwieriger, auch die Koordinierung verschiedener Programmträger aufwendiger“⁸², schreibt Maaß. Und er fügt hinzu: „Das Auswärtige Amt tendiert aus Furcht vor Einflussverlusten zu einer Überbürokratisierung der Arbeit mit Mittlern“.⁸³

2.) Pädagogischer Austauschdienst (PAD):

Für die Analyse des Diskursstrangs ‚Politische Steuerung‘ soll auch die in TEIL 0, Abschnitt 5.2 dargelegte Dialogstrategie in der AKBP im Rahmen des „Islamdiavlogs“ noch einmal aufgegriffen und der Begriff „diskursives Dreieck“ eingeführt werden. Denn auf dem Forschungsfeld „Critical Geopolitics (Kritische Geopolitik)“ wird davon ausgegangen, dass „im Zentrum der Analyse [...] ein so genanntes 'diskursives Dreieck'“ stehe, „wobei die wechselseitigen Beeinflussungen von Raum, Macht und Wissen untersucht werden (Lossau 2001)“.⁸⁴

81 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 123-152, I. G entnommen und durch Namensnennung (Takács) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

82 Maaß: Das deutsche Modell – Die Mittlerorganisationen, S. 275.

83 Ebd., S. 275.

84 Vgl. Wikipedia-Artikel: „Politische Geographie“, URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Politische_Geographie>, Datum des Zugriffs: 18.05.2013.

1. Der Einfluss europäischer Politik auf die deutsche AKBP – Dimensionen einer europäisch-deutschen Mittelmeerpolitik: Eine europäisch dimensionierte Mittelmeerpolitik sei Teil der üblichen Entscheidungsprozesse im PAD. Die UfM könne dabei im „Jugendbereich Folgerungen nach sich ziehen, weil das viel leichter auch mit den EU-Programmen möglich ist“⁸⁵, bemerkt Kretschmer. Daraufhin betont er, dass die UfM nur in dem Falle „unmittelbare programmatischen Auswirkungen – etwa durch Aufwuchs von Mitteln oder die Aufforderung neue Programme zu entwickeln“ – habe, wenn der PAD auch entsprechende Grundsatzentscheidungen treffe, wie sie sich beispielsweise in Form von Schüleraustauschprogrammen mit arabisch-islamisch geprägten Ländern des südlichen Mittelmeerraums äußerten.

Im Vergleich zur UfM betrachtet Kretschmer die „Mittelost-Europa-Politik“ aus einer differenzierten, historischen Perspektive. Denn so seien die so genannte Osteuropapolitik und die damit verbundene ‚politische Steuerung‘ in der deutschen ABKBP zu einer Zeit entstanden „in der die Umbrüche sehr viel stärker im politischen Bewusstsein, namentlich Deutschlands aber auch der Nachbarländer waren“. Diese historische Perspektive wird in ‚diskursiver Abgrenzung‘ zur ‚politischen Steuerung‘ der deutsch-europäischen Außen(kultur-)politik insbesondere im Rahmen der politisch-kulturellen Umbrüche in Nordafrika angeführt. Zu diesem Vergleich zählt Kretschmer auch seine Einschätzung, dass im politischen Handeln nach 1989 „Europa jenseits des Eisernen Vorhangs nun integrieren zu müssen, sehr viel schneller entschieden“ wurde, das heißt es wurde „schneller mehr gemacht“, wie Kretschmer formuliert.⁸⁶

Eine ‚politische Steuerung‘ in der deutschen AKBP hatte wiederum auch Auswirkungen auf die Umsetzung der Konzeption bzw. der Neuentwicklung des Bildungsfachleute-Programms. Die Planung des PAD sah vor, „in dieses Lehrseminar [...] auch andere europäische Länder mit einladen zu können“. Doch dies habe das AA „bei der Finanzierung nicht gestattet“, da es nicht den Dialog der EU-Länder „mitfinanzieren“ wollte. Es kann also festgehalten werden: Die Mittler sind in ihrer Mittelausstattung immer auch und in erster Linie von der ‚politischen Steuerung‘ in der AKBP betroffen (abhängig).

2. Politische Steuerung im Rahmen des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs (EIK): Ähnliche diskursive Phänomene wie oben aufgeführt können auch aus einer

85 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 55-96, I. D entnommen und durch Namensnennung (Kretschmer) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

86 Vgl. auch die Einführung der „Transformationspartnerschaften“ im Auswärtigen Amt und dessen Bewilligung eines neuen Projektmoduls „Cross Culture plus in Nordafrika“ im ifa (ab 01.01.2012).

historischen Perspektive für den EIK erkannt werden. Denn dessen ‚politische Brisanz‘ lag darin,

„einerseits ein Dialogprogramm anzubieten, andererseits die Finanzierung aus dem Etat zu haben, der ja durch Steuererhöhungen ermöglicht worden war, gerade im Kampf mit den islamistischen Elementen der islamischen Welt“,

erinnert sich Kretschmer. Die politische Entscheidung, Einflussnahme und Steuerung im Kontext des EIK habe den PAD jedoch in der „Kooperation mit den dann einzuladenden Ländern nicht wirklich behindert – im Gegenteil“, bekräftigt Kretschmer. In diesem Fall kann also eine positive Wirkung von ‚politischer Steuerung‘ in der deutschen AKBP nachgewiesen werden.

Die Definition eines Dialogbegriffs im PAD und dessen Zielsetzungen seien ebenso relativ frei von außenkulturpolitischen Vorgaben, also ‚politischer Steuerung‘ gewesen. Dazu nennt Kretschmer ein Beispiel zur außenkultur und -bildungspolitischen Dialogstrategie des AA:

„Eine Festlegung auf eine bestimmte Auffassung von Dialog als Konflikt- und Krisenprävention oder auch nur als Voraussetzung außenkulturpolitischer Zusammenarbeit – ist so [vom AA] nicht erwartet worden.“

Die Dialogstrategie der AKBP ist demnach zwischen AA und Mittler diskursiv verankert. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit arabisch-islamisch geprägten Ländern wurden mit dem AA regelmäßig Gespräche geführt, in denen in erster Linie die Gründe und Inhalte der politischen Zielsetzungen und Erwartungen an die Bildungsarbeit des PAD erörtert wurden, erläutert Kretschmer. Die konkreten Erwartungen aus den Partnerländern der „islamischen Welt“ an Deutschland standen jedoch in keiner diskursiven Verbindung „mit dieser großen, alles überwölbenden scheinbaren Konfrontation“ im Sinne der Huntington-These vom Kampf der Kulturen („Clash of Civilisations“). Demnach sei der Diskurs „immer sehr stark praxisorientiert, [...] nicht nur dialog-, sondern auch kooperationsorientiert“ gewesen, bekräftigt Kretschmer den gemeinsamen Ansatz von AA und PAD. Die Aussagen Kretschmers zu diesem dialogischen Leitprinzip deutscher AKBP können in einer Kernaussage zum „Dialog mit der islamischen Welt“ als Teil einer ‚politischen Gesamtsteuerung‘ zusammengefasst werden: Bei der Einführung des EIK im Jahr 2002 habe man „ganz allgemein den großen Dialog gesucht und es kamen Fachleute mit ganz bestimmten Sorgen und Wünschen und Erfahrungen.“

3. Die politisch-diskursive Bedeutung des Maghreb in der regionalen Schwerpunktsetzung deutscher AKBP: Die regionale Schwerpunktsetzung des Auswärtigen Amts ist nach Einschätzung von Kretschmer nicht auf die Maghrebländer gerichtet.

Sie seien „nicht die Länder, die in den letzten Jahren Priorität hatten“, konstatiert Kretschmer deutlich (vgl. auch Aussagen von Nolte, ifa). Zuvor habe sich zwar mit Einführung des EIK die Bedeutung des Maghreb bereits verändert, aber Kretschmer hatte „durchaus auch den Eindruck, dass es im Auswärtigen Amt nicht immer ohne Kontroverse war, in welchem Maße Nordafrika einbezogen werden sollte.“ So war die Rolle des Maghreb im EIK auch diskursiver Gegenstand im AA. Als Argument hebt Kretschmer eine gewisse ‚Sonderrolle‘ des Maghreb in der deutschen AKBP im Rahmen des Barcelona-Prozesses (EMP, ENP, UfM) hervor. Das heißt, der kultur- und bildungspolitische Dialog mit den Maghrebländern sei immer das „Ziel besonderer politischer Ansätze, sicherlich auch gemeinsam mit Frankreich, eventuell auch mit der Mittelmeer-Staaten-Initiative“ gewesen, erläutert Kretschmer, der sodann den politischen Ansatz im AA wiedergibt: „Die [Maghrebländer] sollten in diesem Dialog nicht vorrangig berücksichtigt werden“. Wenn allerdings der PAD eine Beteiligung von Akteuren aus den Maghrebländern angeregt und geplant hatte, wurde dies durch das AA „auch akzeptiert“. Es kann demnach festgehalten werden, dass die „Impulsgeber“ für einen Einbezug des Maghreb im EIK in der Regel die Mittler waren, das heißt „der Impuls kam nicht vom Auswärtigen Amt“, in Form etwa von bestimmten Handlungsanweisungen oder Vorgaben („politische Steuerung“). Peter Kettner hat demgegenüber die Bedeutung des Auswärtigen Amtes als „Impulsgeber“ hervorgehoben. Demnach

„bleibt es eine wichtige Kernaufgabe des Auswärtigen Amtes, seinen deutschen Partnerorganisationen immer wieder neue und zeitgemäße Impulse zu geben und mit ihnen gemeinsam neue Ideen aufzugreifen, neue Strategien zu entwickeln und umzusetzen.“⁸⁷

Im Rahmen des Programms Bildungsfachleute aus islamisch geprägten Staaten wurde für jedes Haushaltsjahr mit dem AA neu ‚verhandelt‘, welche ‚islamisch geprägten‘ Länder und Regionen bevorzugt beteiligt werden sollten. Dabei habe der PAD „zum Teil Wünsche äußern und Vorschläge“ unterbreiten können, „aber die eigentliche Vorgabe kam vom Auswärtigen Amt“ berichtet Kretschmer. Die „politische Aktualität“ in den jeweiligen außenpolitischen Beziehungen hatte den Dialog auch in der Praxis des Programms durch nicht-dialogbereite Teilnehmer/innen („Hardlinerinnen“) beeinträchtigt. Die Einflussmöglichkeiten des PAD sind dabei jedoch als gering einzuschätzen, da „das Auswärtige Amt die Vorgaben machen muss“, wie Kretschmer betont. Die Entscheidungen zu einem Ausschluss bestimmter Länder aus dem Dialog werden demnach im AA getroffen, das nach Kettner

87 Peter Kettner: Menschen bewegen – Das Auswärtige Amt in der Außenkulturpolitik, in: Kultur und Außenpolitik, Handbuch für Studium und Praxis, hg. von Kurt-Jürgen Maaß, 2. Aufl., Baden-Baden 2009, S. 245.

grundsätzlich „die Arbeit seiner Partnerorganisationen ermöglichen, steuern und koordinieren“⁸⁸ müsse.

Ein abschließendes Beispiel sei hier angeführt: Ägypten wird in diversen Jahresberichten, Texten und Dokumenten der Mittler als ein „Schwerpunktland“ in den deutsch-arabischen Kultur-, und Wissenschafts- und Bildungsbeziehungen bezeichnet. Aus seiner (Sprecher-), „Position heraus“ könne Kretschmer nicht erkennen, „dass hier ein unterschiedlicher außenkulturpolitischer Fokus entscheidend ist“. Damit relativiert und reduziert er auch die diskursive Bedeutung des Einflusses durch ‚politische Steuerung‘ in der deutschen AKBP, die demnach keine Fokussierung auf bestimmte arabisch-islamisch geprägte Länder vornehme. Wenn ein Land außerhalb des Maghreb als Schwerpunktland bezeichnet wird, ist dies nach Kretschmer mit regional differierenden Gesellschaftsstrukturen zu begründen.

3.) *Goethe-Institut (GI):*

Im diskursiven Verhältnis von Politik und Mittler konstatiert Thönges ausdrücklich das Selbstverständnis des Goethe-Instituts: „Wir sind aber keine Politiker“.⁸⁹ Und darauf lege das GI „auch allergrößten Wert“. Zudem differenziert und distanziert sich das GI in seiner Rolle zur Diplomatie, indem Thönges mit Bezug auf den gesamtgesellschaftlichen, politisch-kulturellen Wandel in der ‚Arabischen Welt‘ bekräftigt: „Wir sind auch keine Diplomaten, die jetzt hier einen bestimmten Auftrag [...] zu erfüllen hätten.“ Am Beispiel der bereits erwähnten „Tahrir-Lounge“ in Kairo wird dies deutlich, denn sie kann als Beleg für die nicht-steuernde Intention des GI im Sinne von Politik und Diplomatie angeführt werden. Dieser Ort ermögliche Begegnung und werde „vom Goethe-Institut nicht gesteuert“, wie Thönges bekräftigt. Die dort durch das GI ermöglichte und betonte Vielfalt der ‚Austausch-Themen‘ sowie der bewusste Verzicht auf ‚politische Steuerung‘ lassen Parallelen zwischen der Arbeit des GI, des PAD und des DAAD, der sich ebenfalls von jeder Form der politischen Steuerung distanziert, erkennen. Thönges betont noch einmal: Das „Goethe-Institut würde sich nicht als Parteigänger aufstellen“. Die Leitthemen der Arbeit des GI könnten von dem „globalen Ziel Demokratieförderung, Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit, Beachtung der Menschenrechte, die Förderung der Grundfreiheiten“ abgeleitet werden. Die Aufgabe des GI sieht Thönges vor allem in der Stärkung der „Rolle der Zivilgesellschaft“. Dabei trete das GI „nicht als Verkünder auf, sondern eher als Ermöglicher“, beschreibt Thönges das Selbstverständnis des GI (vgl. ‚Ermöglicher-Diskurs‘, Abschnitt 1, Tabelle 6).

88 Kettner: Menschen bewegen – Das Auswärtige Amt in der Außenkulturpolitik, S. 245.

89 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 96-109, I. E entnommen und durch Namensnennung (Thönges) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

Die genannten Ziele sind auch im diskursiven Kontext des EIK zu betrachten, der „aus den sogenannten Anti-Terror-Mitteln, die unmittelbar nach 9/11 aufgelegt wurden“, entstanden sei, wie Thönges erklärt. Dabei habe das AA jedoch „sehr rasch erkannt, dass das nicht der Weg sein kann“. In der Relation zwischen der Berücksichtigung des Maghreb und anderen Ländern „wie Irak, Iran und Afghanistan“ gibt Thönges jedoch zu bedenken, dass die „geschärfte Aufmerksamkeit gegenüber [...] Nordafrika/Nahost“ nicht dazu führen dürfe, dass in der AKBP „die anderen Regionen in irgendeiner Form vernachlässigen“ würden.

Eine ‚politische Steuerung‘ kann zudem im Zusammenhang einer europäisch dimensionierten Auswärtigen Wissenschafts- und Bildungspolitik im „Dialog mit der islamischen Welt“ betrachtet werden. Dazu sei Andreas Zürn (GI Algerien) angeführt, der einen „Dialog auf Augenhöhe mit gegenseitigem Respekt ohne Hintergedanken von der europäischen Seite“ fordert. Denn Europa solle nicht „versuchen, die klügsten Köpfe der arabischen Länder abzuwerben und in Europa anzusiedeln“.⁹⁰

4.) *Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD):*

Der Begriff ‚politische Steuerung‘ ist nicht nur mit der deutschen Außenpolitik sowie dem Diskurs in der AKBP in Verbindung zu bringen, sondern auch mit den Strategien, Maßnahmen und Konzepten der Mittler. In den Diskursaussagen der hier dargestellten Mittler sind vor allem die Aussagen des DAAD in Bezug auf eine mögliche ‚politische Steuerung‘ und Einflussnahme im Rahmen der Stipendienprogramme des DAAD aufgefallen. Es konnte eine diskursive Differenz zwischen drei Steuerungsebenen in der deutschen Auswärtigen Wissenschaftspolitik (AWP) festgestellt werden:

1. Steuerung von wissenschaftlichen und regionalen Interessen – Nachfrageorientierung: Mehrfach wird von den Akteuren betont, dass für den DAAD ‚politische Steuerungsversuche‘ auszuschließen sind. Dabei ist jedoch der Eindruck entstanden, dass der DAAD eher unbewusst einen passiven Ansatz im Wissenschaftsaustausch verfolgt. Denn Wedel erklärt: „Der DAAD steuert hier nicht, sondern der nimmt vielmehr entgegen, was die Studierenden und Wissenschaftler wollen“⁹¹. Es lässt sich hier ein nachfrageorientiertes, das heißt ein eher reagierende Handlungsmuster erkennen (vgl. Abschnitt 1.1). Denn Wedel betont: Die „breite Basis“ dieser Arbeit sei „konstant [und] nicht gesteuert, sondern die geht auf die Nachfrage ein.

90 Aus der Transkription in Anhang II, S. 167-169, II. C entnommen.

91 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 1-22, I. A sowie in Anhang II, S. 22-37, I.B entnommen und durch Namensnennung (Dieterich oder Wedel) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

[...] Alles, was gesteuert ist“ bedeute zusätzliche Arbeit für den DAAD. Diese verdeutlicht das Prinzip der Nachfrageorientierung in Bezug auf wissenschaftliche und regionale Interessen im akademischen Austausch. Zur vom DAAD unterstützten Gründung der German University Cairo (GUC) konstatiert Wedel zudem, dass dieses Großprojekt „auch nicht von Deutschland gesteuert“ gewesen, sondern die Initiative von Ägypten ausgegangen sei.

Der DAAD hat indirekt auch eingeräumt, wie sich die Erwartungen der „Geldgeber“ in der Praxis äußern. Kettner schreibt dazu: „Ein traditionell besonders wichtiges Mittel der Steuerung ist die jährliche Haushaltsaufstellung. Über die Zuteilung von Haushaltsmitteln können thematische [und regionale, M.E.] Akzente gesetzt werden“.⁹²

2. *Steuerung der strategischen und praxisbezogenen Interessen des DAAD:*

Bei einer diskursanalytischen Betrachtung des Terminus ‚Politische Steuerung‘ ist eine weitere Aussage im Kontext der vom DAAD festgelegten Auswahlkriterien für Projektförderungen im Programm „Deutsch-Arabischer/Iranischer Hochschuldialog“ anzuführen. Da der DAAD hier im Sinne einer ‚Zweibahnstraße‘ einen wechselseitigen Austausch fördert, wird die folgende Aussage Wedels nachvollziehbar: „Wir steuern das auch [und] versuchen herauszufinden, ob es tatsächlich auch eine Lernbereitschaft auf der deutschen Seite gibt“. Das bedeutet, in diesem Fall steuert der DAAD selbst, wobei zu bemerken ist, nicht politisch, sondern im Sinne der Umsetzung eines kulturwissenschaftlich begründeten Konzepts von interkulturellem Dialog, das wiederum als weitestgehend konsenstragend in der deutschen AKBP beschrieben werden kann. Eine deutliche Abgrenzung von jeder ‚politischen Steuerung‘ und politischem Handeln im DAAD (sondern: Stärkung akademischer Kooperationen) ist auch in den Aussagen Dieterichs deutlich geworden. Sie erklärt: „Unser Hauptziel im DAAD ist es ja nicht, politisch zu wirken“ (vgl. Aussagen von Thönges, GI). Demgegenüber betont sie an anderer Stelle, dass vor allem „die finanzielle Förderung“ der Arbeit des DAAD „auch von politischen Erwägungen abhängig ist“.

3. *Die politische Steuerung in der deutschen AKBP und AWP durch das Auswärtige Amt:*

Für die deutsche AKBP insgesamt erkennt Wedel, dass im Rahmen des EIK ab 2002 „die politische Steuerung doch sehr stark in die Richtung Nordafrika/Nahost gegangen ist“. Zur Bedeutung des Maghreb in der deutschen AKBP lassen sich einige Aussagen von Wedel festhalten, die eindeutig formuliert sind, jedoch in Teilen von vorherigen abweichen. So wird konstatiert: „Es gibt diesen Bedeutungszuwachs schon, der politisch gesteuert ist und gewollt ist und von

92 Kettner: Menschen bewegen – Das Auswärtige Amt in der Außenkulturpolitik, S. 245.

uns eben sozusagen freiwillig weitergetragen wird.“ Die Auswirkungen einer ‚politischen Steuerung‘ auf die Arbeit des DAAD in der täglichen Praxis hat Wedel dabei durchaus benannt. Dabei wird sichtbar, dass „politische Steuerung“, im Sinne von beschlossenen Maßnahmen und Strategien durch das AA, für den DAAD in Teilen auch eine administrative Mehrbelastung darstellt. Die von Maaß konstatierte „Überbürokratisierung“ kann dabei auch „mit der Folge teilweise nicht unerheblicher Verluste im möglichen Zeitbudget für die eigentliche Arbeit“⁹³ verbunden werden. Das heißt, ein höherer Verwaltungsaufwand und zwangsläufige institutionelle Veränderungen können als Folge einer politisch motivierten Steuerung des Auswärtigen Amts betrachtet werden. Wedel bestätigt dabei: „Das Auswärtige Amt hat da natürlich eine eigene Zielsetzung, wir eine andere“. Die sich daraus ergebende Herausforderung besteht in „der Steuerung durch das Auswärtige Amt bei gleichzeitiger Unabhängigkeit seiner Partner“⁹⁴, wie Kettner ausführt. Die ‚politische Steuerung‘ wird also hauptsächlich dem AA zugeschrieben, das damit wiederum Einfluss auf die Arbeit der Mittler nimmt, die ihrerseits gezwungen sind, ihre Handlungsfelder und -strukturen in der praktischen Vermittlungsarbeit auf diese politischen Erwägungen abzustimmen

An den aufgeführten Beispielen wird deutlich, dass der DAAD über eingesetzte Instrumente zur Umsetzung des politischen Willens (Intentionen) des Auswärtigen Amts in der deutschen AKBP aktiv beiträgt und damit teilweise auch eine steuernde Funktion übernimmt.

5.) *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ):*

Auch die GIZ ist in ihrer Arbeit von politischen Erwägungen, Steuerungsmaßnahmen und Zielen teilweise an die Vorgaben des Auswärtigen Amts, aber vor allem an die des BMZ gebunden, wie am Beispiel der GIZ-Arbeit in Syrien erläutert werden kann. So erklärt Gatter:

„Syrien ist kein Land, wo es wirklich um Entwicklungshilfe geht, sondern das ist eine politische Entscheidung dort präsent zu sein, und es ist jetzt eine politische Entscheidung sich von dort zurückzuziehen.“⁹⁵

Dies zeigt die unmittelbare Verbindung von ‚politischer Steuerung‘ und der Kultur- und Bildungsarbeit von Organisationen wie der GIZ in arabisch-islamisch gepräg-

93 Maaß: Das deutsche Modell – Die Mittlerorganisationen, S. 275.

94 Kettner: Menschen bewegen – Das Auswärtige Amt in der Außenkulturpolitik, S. 245.

95 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 37-55, I. C entnommen und durch Namensnennung (Gatter) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

ten Ländern. Das politische Handlungsfeld der AKBK bezieht sich dabei ebenso auf Ereignisse und Veränderungen der politisch-kulturellen (,sozio-kulturellen‘) Strukturen in den Ländern, die insbesondere im Rahmen des „Dialogs mit der islamischen Welt“ schwerpunktmäßig berücksichtigt werden. Insgesamt kann Gatter dabei feststellen, dass die diskursiv-produktive Weiterentwicklung, die praktische Umsetzung von Dialogkonzepten und -strategien sowie die Dialogarbeit mit lokalen Partnern von „politischen Ereignissen“ teilweise sogar behindert wird, wie Gatter am Beispiel der Kriege, „in denen Europa jetzt praktisch vertreten ist, oder der Westen stark vertreten ist“, verdeutlicht. „Der Ausgang, der Erfolg ist ungewiss und das belastet den Dialog sehr stark“, konstatiert Gatter. Aufgrund dieser Vorbelastung des Dialogs besteht die besondere Herausforderung der GIZ darin, sich im Rahmen des „Dialogs mit der Islamischen Welt“ entsprechend zu positionieren. Es werden daher auch Konzepte und Entscheidungen vom AA erwartet, die wiederum Teil einer positiv wirkenden ‚politischen Steuerung‘ sein können und die Dialogarbeit der GIZ unterstützen sollten.

1.5 DISKURSTRANG 5: INTERESSEN (DIALOG/AUSTAUSCH)

Für den Diskursstrang ‚Interessen‘ in der deutschen AKBK konnten unter den Mittlern drei unterschiedliche Aussage-Ebenen zum „Dialog mit der islamischen Welt“ festgestellt werden: 1.) wechsel- und einseitige ‚Akteursinteressen‘ im europäisch/deutsch-maghrebinischen ‚Kultur- Bildungs- und Wissenschaftsaustausch‘; 2.) ‚Eigeninteressen‘ und die Bedeutung des Maghreb in der deutschen AKBK; 3.) Berücksichtigung der ‚Partnerinteressen‘ im Maghreb. Insgesamt konnten 70 Aussagen für diesen Diskursstrang identifiziert werden. Die Verteilung der Aussagen ergibt folgende Reihenfolge: DAAD, ifa, GI, GIZ und PAD (vgl. Anhang, Abb. Anhang E). Für jede der genannten Aussage-Ebenen werden die Aussagen jeweiliger Mittler untersucht.

1.5.1 Wechsel- und einseitige ‚Akteursinteressen‘ im europäisch/deutsch-maghrebinischen ‚Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsaustausch‘

1.) *Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD):*

Das Interesse von maghrebinischen und deutschen Studierenden sowie Wissenschaftlern ist ein wesentlicher Bestandteil des Diskurses im DAAD. Es wird dabei ein ‚Interessengefälle‘ zwischen dem Maghreb und anderen Weltregionen im akademischen Austausch erkannt. Dazu erklärt Wedel: Der Maghreb sei „für deutsche

Studierende einerseits und Wissenschaftler andererseits nicht die vordringlichste Region, in die sie gehen möchten oder mit der sie einen Austausch haben möchten“.⁹⁶ Mit dem nachfrageorientierten Ansatz des DAAD kann daher ein geringes wissenschaftliches Austausch-Interesse am Maghreb insgesamt als eine ‚akademische Realität‘ im „Dialog mit der islamischen Welt“ konstatiert werden. Das heißt, „dass beiderseitig nicht so sehr das große Interesse“ besteht, wie Wedel bestätigt und zusätzlich anführt, dass es „für Maghrebener oft interessanter ist, nach Frankreich zu gehen“. In dieser Argumentationslinie werden Frankophonie (Sprache) und frankreichorientierte Bildungs- und Hochschulsysteme im Maghreb zugrunde gelegt.

Zur Konkretisierung der Aussagen zum Grad des wechsel- oder einseitigen Interesses am wissenschaftlichen Austausch mit der ‚Arabischen Welt‘ erkennt Wedel jedoch „ein gewisses Interesse von deutschen Disziplinen auch mit arabischen Ländern zu kooperieren“. Mit anderen Worten: Das deutsche Interesse ist eher gering, wie die Formulierungen – von deutscher Seite sei ein „gewisses Interesse“ und von arabischer Seite ein „starkes Interesse“ vorhanden – erkennen lassen. Wedel konstatiert zudem, dass es in „verschiedenen Bereichen [...] ein tatsächlich wissenschaftliches Interesse der Deutschen an der Kooperation gibt.“ Das Adverb „tatsächlich“ ist Ausdruck der Besonderheit, die diesem Interesse zugeschrieben wird.

Auf der Ebene von interkulturellen Veränderungsprozessen bei den Akteuren im DAAD führt Wedel ebenfalls das Interessen-Argument an. Die persönliche und die fachliche Ebene des Interesses können hierbei unterschieden werden. Zunächst sei es laut Wedel wichtig, „dass man sich überhaupt für die Region interessiert“. Dies stellt demnach eine Grundvoraussetzung von ‚Interkulturalität‘ dar. Nach den Erfahrungen im Förderprogramm „Deutsch-Arabisch/Iranischer Hochschuldialog“ werde das Interesse an einer bestimmten Region oder Ländergruppe der arabisch-islamisch geprägten Welt bei manchen Kollegen auch erst entwickelt, wie Wedel ausführt. Dabei sei es durchaus üblich, dass Kollegen, die sich an einem bestimmten Projekt beteiligen, „plötzlich ein Interesse an der Partnerregion entwickeln“. Das Verb „entwickeln“ konnte für den hier beschriebenen diskursiven Zusammenhang als Schlüsselwort identifiziert werden.

2.) *Institut für Auslandsbeziehungen (ifa):*

Die Abteilung Dialoge unterhält mehrere Programmbereiche, die auch im Rahmen des „Dialogs mit der islamischen Welt“ von Bedeutung sind. Neben dem Programm *CrossCulture Praktika* (CCP) beteiligt und engagiert sich das ifa zudem mit dem

⁹⁶ Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 1-22, I. A entnommen und im Text durch Namensnennung (Wedel) entsprechend kenntlich gemacht.

„von islamischer Seite aus wenig genutzten Förderprogramm *zivik* (zivile Konfliktbearbeitung)“⁹⁷, berichtet Nolte. Das heißt, das Interesse der „islamischen Welt“ an diesem Programm ist eher als gering einzuschätzen.

Für das CCP-Förderprogramm kann im Diskurs über wechselseitiges Interesse am „Dialog mit der islamischen Welt“ festgestellt werden, dass weniger Teilnehmer aus Deutschland in ‚islamisch geprägte‘ Länder gehen als umgekehrt. Dies wird an der Statistik zum Förderprogramm deutlich, in der zwischen „Herkunftsländern“ und „Zielländern unterschieden wird.“⁹⁸ Demnach sind im Zeitraum 2005 bis 2011 von insgesamt 195 Stipendiaten/innen 161 aus Ländern der ‚islamisch geprägten Welt‘ nach Deutschland gekommen, und lediglich 34 sind aus Deutschland in diese Länder gegangen.

Bei den „Herkunftsländern“ ist eine eindeutige Tendenz zu erkennen, wie Takács aufzeigt: „An erster Stelle liegt natürlich Afghanistan [...] dann Ägypten“. Das heißt, die meisten Stipendiaten/innen kommen aus diesen beiden Ländern, gefolgt von Pakistan, Iran, Irak, Syrien, Jordanien, Nigeria, Algerien und Indonesien. Aus dem Maghreb kommt also kaum jemand mit einem ifa-Stipendium nach Deutschland.

Ein möglicher Grund liegt in den Bewerberzahlen, wie Takács an einem fiktiven Zahlenbeispiel erklärt. Demnach bewerben sich „aus Afghanistan [...] 300 und aus den Maghrebländern nur vielleicht zehn“. Potentielle Bewerber aus dem Maghreb würden sich für ein Austauschprogramm „eher nach Frankreich“ orientierten, wie Takács betont. Dies führt sie wiederum auf die dortigen Migranten-Netzwerke und die französische Sprache (‚Frankophonie-Diskurs‘) zurück. Das Bild ändert sich jedoch bei der Betrachtung der Zielländer, die in der folgenden Reihenfolge die jeweilige ‚Beliebtheit‘ bei deutschen Stipendiaten widerspiegelt: An „erster Stelle“ steht Ägypten, dann folgen die Länder Libanon, Marokko, Syrien, Tunesien, Iran, Jordanien, Katar, Malaysia, Indonesien. Daher formuliert Takács folgendes Fazit: „Die Deutschen gehen mit Vorliebe nach Ägypten, Libanon und Marokko“. Der Maghreb sei als Zielregion „eigentlich sehr beliebt bei den Deutschen“, erklärt sie.

Takács betont auch das Engagement der Stipendiaten/innen in der Almuniarbeit des ifa. So seien die „ehemaligen Stipendiaten immer daran interessiert, weitere Projekte aufzubauen“. Dass das CCP-Programm „eindeutig mehr Interessenten und Stipendiaten aus Ägypten“ zu verzeichnen habe, erklärt Takács unter anderem mit einem anderen „Bevölkerungsverhältnis“ sowie den Sprachkenntnissen. So würden sich „Stipendiaten, die eben nicht Deutsch oder Englisch können“ auch nicht be-

97 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 156-163, II. A sowie in Anhang II, S. 123-152, I.G entnommen und durch Namensnennung (Nolte oder Takács) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

98 Vgl. Anhang, Tabelle G.

werben. Ähnlich wie im PAD, werden im ifa argumentativ die geringen Bewerberzahlen aus dem Maghreb mit der „statistischen Ausgangslage“ (Kretschmer, PAD) erklärt.

3.) *Goethe-Institut (GI):*

Da das wechselseitige Interesse am Austausch mit dem Anderen als eine zentrale Voraussetzung für einen interkulturellen Dialog erkannt wurde, ist die Frage nach dem Interesse in Marokko unter anderem Gegenstand der Analyse. Es bestehe demnach „ein echtes Interesse auch in der marokkanischen Gesellschaft an dem Austausch mit Europa und dem Rest der Welt im kulturellen Bereich“⁹⁹ und in den Bereichen „Bildung, Wissenschaft, Technologie“ erklärt Meissner. Dieses sei „nachweislich existent“. Doch es gehe zumeist von einer „kleinen Bildungsschicht und einer Wissenschafts- und Bildungselite – auch einer Wirtschaftselite“ aus, wie er bekräftigt. Folglich konstatiert Meissner: „Für den Großteil der marokkanischen Bevölkerung spielt Kulturdialog mit dem Ausland [...] eine geringe bis keine Rolle“. Das ‚Desinteresse‘ begründet er mit der „Bewältigung des Alltags“, der weitestgehend noch von Armut geprägt sei. Daher könne man „im Augenblick“ keine Erwartungen an ein erweitertes „Interesse der Mehrzahl der Bevölkerung Marokkos für den Kulturdialog“ stellen. Das Interesse an einem Kultur- und Bildungsaustausch mit Europa spielt auch in Algerien eine Rolle, sollte jedoch differenziert betrachtet werden. So werde, ähnlich wie in Marokko, „ein Kulturdialog [...] von den meisten Seiten gerne gesehen“¹⁰⁰, bestätigt Zürn. Zu beachten ist dabei allerdings das ‚Eigeninteresse‘ des algerischen Staates, der ‚Kulturdialog‘ „als Möglichkeit, die Internationalität Algeriens zu unterstreichen“ betrachtet, wie Zürn bemerkt. Dennoch konstatiert er: „Eine intellektuelle städtische Bevölkerung wünscht sich explizit einen stärkeren Dialog, wie er noch bis in die 90er Jahre vorhanden war“.

4.) *Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ):*

Im Diskurs der GIZ spielt das deutsche-maghrebinische Interessenverhältnis in der Entwicklungszusammenarbeit durchaus eine wichtige Rolle. Aufgrund von Migrationsbestrebungen der der ‚jungen maghrebinischen Generation‘ in Richtung Euro-

99 Die folgenden, nicht mit Fußnoten versehen Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 190-194, I.H. entnommen und durch Namensnennung (Meissner) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

100 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 167-169, II.C entnommen und durch Namensnennung (Zürn) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

pa sei „das Interesse an europäischer Bildung auch sehr groß“¹⁰¹, führt Gatter als Argument an. Die Ausrichtung nach Europa auf Basis des von ihm zweifach betonten maghrebinischen Bildungsinteresses gründet sich auf eine ‚Bildungs- und Wissenschaftselite‘ im Maghreb, für die „das europäische Modell als Schlüssel nach Europa gilt und als Chance vielleicht in Europa eine Stelle zu bekommen“, erläutert Gatter die Wahrnehmungen junger Maghrebener im Kontext von ‚Arbeitsmigration‘. Daher geht Gatter auch davon, dass „das Interesse dieser Bildungspolitik natürlich, vielleicht weniger von staatlicher Seite, aber von Seiten der Zivilgesellschaft, eigentlich sehr groß“ ist. Die ‚Förderung der Zivilgesellschaft‘ unter Einbezug ‚kultureller und religiöser Aspekte‘ zählt dabei, wie gezeigt, zur entwicklungspolitischen Aufgabe und Strategie der GIZ.¹⁰²

5.) *Pädagogische Austauschdienst (PAD):*

Das wechselseitige Interesse am Anderen ist im „Dialog mit der islamischen Welt“ eine entscheidende Voraussetzung für die Weiterentwicklung sowohl des Diskurses als auch des Dialogs selbst. Dieses Interesse kann sich dabei auf unterschiedlichen Handlungsfeldern zeigen. Kretschmer führt als Beispiel das Berufsausbildungssystem in Deutschland an: „Das deutsche duale System, so kritisch wie wir jetzt dazu stehen, wird ja von vielen als sehr interessant gesehen.“¹⁰³ Denn es sei auf der „Arabischen Halbinsel, aber auch in anderen Staaten ein großes Interesse [...] an der Verbesserung der Berufsausbildung“ entstanden, berichtet Kretschmer. Auf dieses Interesse habe wiederum das BMBF mit vielen Projekten im Bereich der Berufsausbildung (auch im Rahmen der „Transformationspartnerschaften“) reagiert. In Deutschland kann Kretschmer grundsätzliches Interesse an den Ländern des isla-

101 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 37-55, I.C entnommen und im Text durch Namensnennung (Gatter) entsprechend kenntlich gemacht.

102 Auf der Internetseite des BMZ findet sich laut einem sogenannten „Lexikon der Entwicklungspolitik“ folgende Definition des Begriffs „Zivilgesellschaft“: Die Begriff umschreibe „einen Bereich innerhalb der Gesellschaft, der zwischen dem staatlichen, dem wirtschaftlichen und dem privaten Sektor angesiedelt ist. Die Zivilgesellschaft umfasst die Gesamtheit des Engagements der Bürger eines Landes – zum Beispiel in Vereinen, Verbänden und vielfältigen Formen von Initiativen und sozialen Bewegungen. Dazu gehören alle Aktivitäten, die nicht profitorientiert und nicht abhängig von parteipolitischen Interessen sind.“. Vgl. Internetseite des BMZ, URL: <<http://www.bmz.de/de/service/glossar/index.html>>, Datum des Zugriffs: 18.05.2013.

103 Die folgenden, nicht mit Fußnoten versehenen Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 55-96, I. D entnommen und durch Namensnennung (Kretschmer) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

misch-arabischen Kulturraums bei jungen Menschen erkennen. Dazu sollte auch die von ihm angeführte Einschränkung genannt werden, die sich auf folgende Formel verkürzen lässt: Die Schüler in Deutschland seien zwar „wahnsinnig interessiert“ an Kulturen und Ländern der ‚arabisch-islamischen Welt‘, wüssten aber insgesamt zu wenig über sie. Um diese Wissenslücke(n) zu füllen, haben sich zahlreiche Institutionen mit Initiativen, Projekten und Programmen in den vergangenen Jahren verstärkt bemüht. Diese Bemühungen werden wahrscheinlich noch weiter zunehmen, prognostiziert Kretschmer.

1.5.2 Eigeninteressen und die Bedeutung des Maghreb in der deutschen AKBP

1.) Deutscher Akademischer Austausch (DAAD):

Aus den vorherigen Ausführungen ergibt sich auch die Frage, warum eine gewisse ‚Osteuropaorientierung‘ in der deutschen AKBP nach wie vor zu erkennen ist. Dazu wird im DAAD eine Differenzierung zwischen fachlich-wissenschaftlichen Interessen und politisch-strategischen Interessen (‚Eigeninteressen‘) der AKBP insgesamt vorgenommen.

In den Aussagen Dieterichs findet sich eine zweifache Betonung des Interesses an wissenschaftlichen Kooperationen auf arabischer Seite: „Es gibt ein ganz, ganz großes Interesse an akademischer, wissenschaftlicher Zusammenarbeit mit Deutschland, mit deutschen Hochschulen“¹⁰⁴. Die deutsch-arabischen Kooperationen werde der DAAD im Hinblick auf die „Transformationspartnerschaften“ mit Nordafrika daher „in den nächsten Jahren sehr intensiv verfolgen und begleiten“ und auch „wollen“, gibt Dieterich an. Sie räumt dabei ein, dass dieses Interesse in den Jahren zuvor nicht in dieser ausgeprägten Form bestand. Das Kooperationsinteresse des DAAD mit den Maghrebländern ist von Dieterich aufgrund der „Nähe“ im Mittelmeerraum unterstrichen worden. Dazu führt sie aus:

„Natürlich haben wir Interesse – das ist ja ein direkter Nachbar auf der anderen Seite des Mittelmeeres, sowohl was die deutsche Hochschullandschaft angeht [...] – an enger und guter Kooperation mit den Nachbarn im Grunde im Maghreb.“

Der Begriff „Nachbarn“ oder „Nachbarschaft“ lässt hier interpretative Spielräume zu. Das Interesse an wissenschaftlicher Kooperation mit dem Maghreb begründet sich demnach in erster Linie auf die geographisch-politische (geopolitisch-

104 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 22-37, I. B entnommen und im Text durch Namensnennung (Dieterich) entsprechend kenntlich gemacht.

strategische) Nähe, die für den Mittelmeerraum diskursiv produziert wird. Damit erwähnt Dieterich sowohl das Kooperationsinteresse der AKBP insgesamt als auch des DAAD an der Region „Nordafrika und Nahost“: So wird erklärt: „Unser Interesse ist es, viel und auch weiterhin mehr dort zu tun“. Den programmatisch-konzeptionellen Rahmen bildet dafür der „Dialog mit der islamischen Welt“, das heißt auch im Dialog mit dem Maghreb. Diese aktive Förderung der Region wird als Interesse und auch als Ziel des DAAD gekennzeichnet.

2.) *Institut für Auslandsbeziehungen (ifa):*

Da sich die Zahl der Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsprogramme sowie der konkreten Kulturarbeit mit den Maghrebländern nach Ansicht des ifa in den vergangenen Jahren nicht erhöht habe, kann Nolte ein gestiegenes Interesse Deutschlands am Maghreb für den Zeitraum 2001 bis einschließlich 2010 nicht erkennen. Und so formuliert er: „Von einer ‚neuen Hinwendung‘ kann bislang keine Rede sein. Die wirtschaftlichen Entwicklungsinteressen Deutschlands liegen nur in geringem Maße im Maghreb.“¹⁰⁵

Anhand der Statistiken zum CCP-Programm wird deutlich, dass die meisten Stipendienplätze für die Schwerpunktregionen der AKBP – Afghanistan, Pakistan (bis 2011) – vorgesehen sind. Dabei kann bestätigt werden, dass die deutsche AKBP insgesamt den Maghreb in der Vergangenheit (2001-2010) in Relation zu anderen Regionen der „Islamischen Welt“ aufgrund eines defizitären Interesses eher vernachlässigt hat. Hier besteht ein deutliches Ungleichgewicht durch eine nicht-gleichberechtigte Behandlung des Maghreb als politisch-kulturell bedeutende Region in der „islamischen Welt“ insgesamt und insbesondere in der ‚Arabischen Welt‘.

3.) *Goethe-Institut (GI):*

Es konnte bisher festgestellt werden, dass der Maghreb nach den ‚Umbruchereignissen‘ und ‚Transformationsprozessen‘ in Nordafrika in der deutschen AKBP offensichtlich an Bedeutung gewonnen hat. Doch Thönges gibt in Relation zum Interesse der AKBP am Maghreb vor 2010 einschränkend zu bedenken:

„Wenn man des Glaubens war, dass eigentlich erst durch die ‚Jasmin-Revolution‘, ‚Arabischer Frühling‘, oder [...] die ‚Veränderungen und Umbrüche in der Region Nordafrika/Nahost‘, das Interesse erwacht sei, dann müsste man sagen: das ist ein Irrtum.“¹⁰⁶

105 Vgl. Anhang II, S. 156-163, II. A.

106 Vgl. Anhang II, S. 96-109, I. E.

Das heißt, das Interesse an der Region bestand nach Thönges bereits vor den ‚arabischen Revolutionen‘ in Nordafrika (Tunesien, Ägypten) und ist keine ‚Neuerscheinung‘ im Zuge der ‚Transformationsprozesse‘ dieser Länder. Dies sollte jedoch angesichts des Ergebnisses der Bestandsaufnahme in TEIL 0, Abschnitt 3 (2001-2010) zumindest relativiert werden. Für Tunesien stellt Makowski ein erhöhtes Interesse deutscher Unternehmen insbesondere im Bereich des Tourismus fest. Dabei würden Unternehmen „wieder mehr Wert auf Kenntnis der deutschen Sprache“¹⁰⁷ legen, konstatiert Makowski.

1.5.3 Berücksichtigung der Partnerinteressen im Maghreb

1.) *Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD):*

Kulturelle Vermittler und interkulturelle Persönlichkeiten werden für die dialogorientierte Projektförderung des DAAD als wichtig erachtet. Denn interkulturell geprägte Vermittler würden „die Partnerregion viel besser kennen und auch wissen, was interessiert, was nicht interessiert“¹⁰⁸, beschreibt Wedel (vgl. auch Dialogansatz der GIZ). Demnach werden die genannten Persönlichkeiten/Vermittler als sensibler für die Bedürfnisse, Interessen und Wünsche der Menschen und Zielgruppen aus arabisch-islamischen geprägten Ländern dargestellt, da sie einen besonderen Zugang zum jeweiligen Partnerland hätten. Im Rahmen des Hochschuldialog-Programms wird vom DAAD ein die Interessen der Partnerregionen berücksichtigender Ansatz verfolgt. Dabei beschreibt Wedel ein Idealkonzept von Interkulturalität für das Programm, das der DAAD anstrebe, indem dieser bewusst wahrnehme, evaluiere und danach fragt: „Was ist für die jeweiligen Partner interessant, was von unseren Elementen ist für die Anderen interessant?“. Dieses Konzept ist auf den Dialogpartner abgestimmt. Das heißt, es soll zunächst einmal danach ‚Ausschau‘ gehalten werden, ob bestimmte Modelle, Lehrmethoden und Konzepte in den jeweiligen Hochschul- und Bildungssystemen den Anforderungen, Interessen sowie Bedürfnissen der Partnerländer entsprechen.

2.) *Institut für Auslandsbeziehungen (ifa):*

Die in der exemplarischen Fallanalyse des Projekts „Dialogpunkt Deutsch“ des Goethe-Instituts angeführten Kriterien lassen sich auch auf die deutsch-arabischen Kultur- und Bildungsbeziehungen insgesamt beziehen. So wurde zum Beispiel im ifa auch die Berücksichtigung der Partnerinteressen deutlich betont: „Interesse und

107 Vgl. Anhang II, S. 109-123, I. F.

108 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 1-22, I. A entnommen und im Text durch Namensnennung (Wedel) entsprechend kenntlich gemacht.

Offenheit sind mehrheitlich groß. Es muss dabei Raum geben für die Interessen der Kooperationspartner, sowohl die staatlichen Interessen als auch die zivilgesellschaftlichen“, erklärt Nolte.

3.) *Goethe-Institut (GI):*

Im Diskurs über eine verstärkte Berücksichtigung der Interessen (Bedürfnisse/Wünsche) der jeweiligen Partnerländer/-regionen in der AKBP betont Makowski, dass es für das GI wichtig sei, zu evaluieren „a.) Wo sind die Interessen des Partners? Und b.) [...] Wo sind diese Interessen möglicherweise deckungsgleich?“. ¹⁰⁹ Dies solle verstärkt zum Ausbau von Programmen als eine „Brücke“ führen, wie Makowski metaphorisch erläutert. Dabei müsse auch berücksichtigt werden, an welchen Punkten „diese Interessen möglicherweise aufgrund soziokultureller, religiöser, auch bildungspolitischer, politischer Motivationen heraus disproportional“ sind. Denn in diesem Falle seien die Interessen „nicht unbedingt geeignet, um [...] zunächst die Kooperationen zu verstärken“. Und da dies nicht immer berücksichtigt werde, würden „viele Projekte scheitern“, erklärt Makowski.

Eine kritische Haltung nimmt er dabei auch gegenüber deutschen Universitätsausgründungen aufgrund unterschiedlicher deutsch-arabischer Interessenslagen ein. Zum Beispiel gebe es Kooperationen und Partnerschaften auf bestimmten Fachgebieten, die „fachlich viel interessanter“ eingestuft würden als andere, bei denen mehr Gemeinsamkeiten in Form von ähnlichen oder gleichen Interessen zwischen dem Maghreb und Deutschland bestünden. Die ‚fachlich interessanteren‘ wissenschaftlichen Disziplinen und Themen sollten sich jedoch nach Ansicht von Makowski mit dem Vorwurf nicht ausgeglichener Interessen (kein „Dialog auf Augenhöhe“) auseinander setzen.

Die angeführten deutschen Universitätsausgründungen sind in der folgenden exemplarischen Fallanalyse am Beispiel des deutsch-maghrebinischen ‚Wissenschaftsaustauschs‘ aus Sicht des DAAD genauer untersucht worden.

1.5.4 Exemplarische Fallanalyse: Außenwissenschaftspolitik (AWP) am Beispiel des deutsch-maghrebinischen Wissenschaftsaustauschs aus Sicht des DAAD

Die Potenziale der ‚Arabischen Welt‘ für einen Wissenschaftsaustausch betrachtet Dieterich auch für das Handlungs- und Interessenfeld des DAAD als maßgeblich, indem sie konstatiert, dass „der Nahe Osten ziemlich viel zu bieten hat, auch die

109 Die folgenden, nicht mit Fußnoten versehenen Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 109-123, I. F entnommen und durch Namensnennung (Makowski) im Text entsprechend kenntlich gemacht.

Maghrebstaaten unglaublich viel zu bieten haben“¹¹⁰, wie sie hier doch eher nachgeordnet formuliert und dieses nicht näher erläutert, sodass Raum für Interpretationen und Vermutungen bleibt.

1. Die Betonung quantitativer und qualitativer Kriterien als Argumentationsstrategie im Diskurs über deutsch-maghrebinischen Wissenschaftsaustausch: Heidi Wedel betrachtet qualitative Aspekte in Kooperationen mit dem Maghreb ‚auf Augenhöhe‘ aus einer kritischen Perspektive. Denn dass auf bestimmten (Forschungs-) Feldern „ein Interesse von Wissenschaftlern vorhanden ist“, würde gleichzeitig nicht unbedingt bedeuten, „dass man tatsächlich auf einem höheren Niveau kooperieren kann“, bekräftigt Wedel ihre Erfahrungen im Austausch mit den Maghrebländern. Argumentativ wird damit ein an die deutsch-maghrebinischen Wissenschaftskooperationen anzulegendes Qualitätskriterium eingeführt. Es würde von den Maghrebländern „immer wieder“ Kooperationsinteresse bekundet, doch dieses Interesse „materialisiert sich eben nicht so“, wie Wedel konstatiert. Hier liegt offensichtlich eine Differenz zwischen ‚bekundetem‘ Interesse (‚diskursiv-theoretisch‘) und der Umsetzung von Kooperationen zwischen dem Maghreb und Deutschland in der wissenschaftlichen Praxis.

Demgegenüber bekräftigt Dieterich in Bezug auf den ‚Wissenschaftsaustausch‘ mit der ‚Arabischen Welt‘ insgesamt: „Da kann man also wirklich auf hoher Ebene und sehr großem Engagement kooperieren. Und da stellen wir auf beiden Seiten sehr sehr großes Interesse fest“. Dieterich ‚proklamiert‘ hier mit zweifacher Betonung ein Interesse an Kooperationen und ein damit verbundenes Engagement deutscher und arabischer Wissenschaften. Zudem konstatiert sie „ein großes Interesse [im Maghreb] auch an Ausbildungsmöglichkeiten im Ausland für Wissenschaftler, die dann wieder zurückkehren sollen“. Dieses Interesse führt sie wiederum auf die hohe Bedeutung des Themas Bildung im Maghreb zurück, das demnach in dessen Gesellschaften eine zentrale Rolle spielt.

In Bezug auf das durchaus als geringer erkannte wissenschaftliche Interesse Deutschlands an den Ländern des Maghreb verwendet Dieterich ein quantitatives Argument, das als Element einer diskursiven Vermeidungsstrategie erkannt werden kann. Das geringere Interesse von deutscher Seite erkenne „man an den Zahlen“, das heißt an der Anzahl deutscher DAAD-Stipendiaten im Maghreb. Diese Zahlen seien zwar leicht gestiegen, aber Dieterich warnt davor, voreilige Schlüsse zu ziehen. Denn dieser ‚nur‘ leichte Anstieg, bedeute nicht, „dass das Interesse nicht so groß ist oder geringer ist“, da es „eben durchaus ein Interesse an Promotionen in

110 Die folgenden, nicht mit Fußnoten gekennzeichneten Zitate sind der Transkription in Anhang II, S. 1-22, I. A und in Anhang II, 22-37, I. B entnommen und im Text durch Namensnennung (Dieterich oder Wedel) entsprechend kenntlich gemacht.

Deutschland“ gebe, erklärt Dieterich. Die quantitative Ausgangslage soll demnach losgelöst von der Bedeutung des Maghreb insgesamt und dem Interesse am deutsch-maghrebinischen Wissenschaftsaustausch betrachtet werden. Dieses Argument, das eine diskursive Abkoppelung von Stipendienzahlen und der Bedeutung des Maghreb in der deutschen AKBP beinhaltet, lässt jedoch vermuten, dass der DAAD den Eindruck vermeiden möchte, Deutschland habe kein besonderes Interesse am Wissenschaftsaustausch mit dem Maghreb. Dass dennoch offensichtlich mehr Interesse im Maghreb besteht als umgekehrt, wird dabei nicht bestritten, aber mit einem zweifach betonten qualitativen Kriterien begründet, das sich auf das Bildungs- und Hochschulniveau im Maghreb stützt. Denn diese eher einseitige Interessensrichtung vom Maghreb nach Deutschland begründet Dieterich an zwei Stellen „mit der Qualität der Hochschulen“ und der „Qualität der Ausbildung“ im Maghreb.¹¹¹ Dieterich führt zudem an, dass der Maghreb bei Studierenden und Wissenschaftlern offensichtlich nicht als Ort zur persönlichen und wissenschaftlichen Weiterentwicklung betrachtet wird. Doch es gebe, mehr oder weniger vereinzelt, „durchaus auch Fächer, für die Nordafrika besonders attraktiv ist“ und in denen „auch interessierte Partner jeweils dort“ arbeiteten, erläutert Dieterich. Deutlich zu erkennen ist das geringe deutsche Interesse am Maghreb, indem formuliert wird, dass der DAAD „immer mal wieder jemanden [habe], der sich für ein Land des Maghreb interessiert“. Dabei kann die Ausrichtung des DAAD auch in Abhängigkeit von jeweiligen wissenschaftlichen Interessenslagen betrachtet werden. So ist Dieterich der Ansicht, dass der DAAD im Rahmen des „Dialogs mit der islamischen Welt“ sehr wohl bestrebt sei, im Maghreb seine „Präsenz verstärken“ zu wollen, denn es mangle „nicht am Willen oder an der Bereitschaft“, sondern das Engagement sei auch ressourcenabhängig, wie nachdrücklich bekräftigt wird.

2. Diskurs- und kulturwissenschaftliche Beobachtungen zum DAAD-Engagement im Maghreb: Im „Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2008/2009“¹¹² werden zwar einige DAAD-Programme besonders hervorgehoben, doch bei diesen handelt es sich weitestgehend um Hochschulkooperationen, bei denen der Maghreb eine geringe bis keine Rolle spielt. Seit 1993 bietet der DAAD das Programm „Germanistische Institutspartnerschaften“¹¹³ an und seit 2008 „steht das

111 Vgl. dazu Steffen Erdle: Bildung-, Hochschul- und Wissenschaftspolitische Zusammenarbeit in der Euro-Mediterranen Partnerschaftkooperation, in: Deutsche Hochschulen im Dialog mit der Arabischen Welt, S. 25-46.

112 Auswärtiges Amt: Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2008/2009, S. 21-22.

113 Vgl. die Internetseite des DAAD: „Geförderte Germanistische Institutspartnerschaften 2009“ (Stand: 01.12.2010), URL: <<http://www.daad.de/hochschulen/kooperation/>

Programm auch für Vorhaben in Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas zur Verfügung“¹¹⁴. Doch auch in diesem Förderbereich bestehen keine Institutspartnerschaften mit Universitäten aus dem Maghreb. Iran (Teheran), Ägypten (Kairo) und die Türkei (Istanbul) sind demgegenüber teilweise sehr „prominent“ vertreten. So wird das Bild der drei Metropolen als „Leuchttürme“ der Hochschulpartnerschaften mit der sogenannten „islamischen Welt“¹¹⁵ vermittelt. Dies bestätigt auch Steffen Erdle, der konstatiert:

„Schließlich konzentriert sich das deutsche Engagement immer noch sehr stark auf einige wenige Kooperationsländer entlang der südlichen Mittelmeerküste, wie insbesondere die Türkei und Israel, sowie in geringerem Maße Ägypten und Syrien. Völlig unterrepräsentiert sind dagegen die Maghrebstaaten [...]“¹¹⁶

Weniger aufmerksamkeitsstarke Städte oder Regionen wie beispielsweise die Maghrebregion mit ihren Metropolen Casablanca, Rabat, Marrakesch, Algier, Oran, Tunis, Sfax oder Sousse spielen nur eine geringe Rolle in der primären Förderung des DAAD. Eine etwas abweichende, aber dennoch ähnliche Tendenz ist auch bei den anderen untersuchten Mittlern zu beobachten. Erdle geht sogar noch einen Schritt weiter:

„Unübersehbar ist stattdessen eine klare politische Vorliebe für gewissen traditionelle Partnerstaaten, selbst dann, wenn deren Reformbereitschaft und/oder ‚Leuchtturmcharakter‘ zumindest bezweifelt werden darf.“¹¹⁷

Dabei ist die Bedeutung der südlichen Mittelmeermetropolen gar nicht hoch genug einzuschätzen, wie Bernd Thum verdeutlicht:

deutsche-sprache-foerdern/partnerschaften/05011.de.html>, Datum des Zugriffs: 18.05.2013.

114 Vgl. die Internetseite des DAAD: „Germanistische Institutspartnerschaften (GIP)“ (Stand: 06.07.2012), URL: <<http://www.daad.de/hochschulen/kooperation/deutsche-sprache-foerdern/partnerschaften/05010.de.html>>, Datum des Zugriffs: 18.05.2013.

115 Vgl. die Internetseite des DAAD: „Hochschuldialog mit der islamischen Welt“, URL: <<http://www.daad.de/hochschulen/kooperation/partnerschaft/hochschuldialog/05022.de.html>> (Stand: 07.05.2013), Datum des Zugriffs: 18.05.2013.

116 Erdle: Bildung-, Hochschul- und Wissenschaftspolitische Zusammenarbeit in der Euro-Mediterranen Partnerschaftkooperation, S. 44.

117 Ebd., S. 44.

„Es sind die großen Städte, die als Agenturen der Kommunikation von Wissensstrukturen über traditionelle Kulturgrenzen hinweg wirkten und wirken. Insbesondere gilt dies für die Städte am Mittelmeer.“¹¹⁸

Der Begriff ‚Metropolen‘ kann als ein wichtiges und dynamisches Element in einem gegenwärtigen kultur- und bildungspolitischen, wie auch kulturwissenschaftlichen Diskurs betrachtet werden, da in Großstädten und Metropolen „Hybridisierungsprozesse sowohl soziale Konfliktpotentiale darstellen [...] als auch ein ungewöhnliches Potential kultureller Kreativität verkörpern“.¹¹⁹

Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass der DAAD für einige seiner Programme Listen veröffentlicht, die die „förderfähigen“ Länder für das jeweilige Programm auflisten. Laut diesen Listen gelten die Maghrebländer als „Entwicklungs-/Schwellenländer (in Anlehnung an die DAC-Liste der OECD)“.¹²⁰ Nach Kontinenten eingeteilt, sind Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien dem Stichwort „Afrika Nord“ zugeordnet. Demnach werden Kooperationsprojekte mit Maghrebländern grundsätzlich gefördert, doch lassen sich dort keine konkreten Projekte in den genannten DAAD-Förderprogrammen, die auf der DAC-Liste beruhen, finden. Dieses Phänomen kann mit Blick auf Texte und Dokumente der deutschen AKBP nachvollzogen werden. Im Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2007/2008 ist beispielsweise zu lesen: „Weiterhin wachsende Nachfrage ist für Kooperationen mit China und der Russischen Föderation zu verzeichnen.“¹²¹ Eine solche Akzentuierung belegt wiederum die bereits formulierte Schwerpunktverlagerung in der deutschen AKBP. Denn sie

„muss auf das Entstehen neuer politischer und wirtschaftlicher Gravitationszentren in dynamisch wachsenden Weltregionen reagieren. Das Präsenznetz wird dort durch die Mittlerorga-

118 Thum: Kulturelle Identität im Zeitalter der Globalisierung, S. 59/60. Auch auf der Konferenz „Menschen bewegen 2009“, war eine Diskussionsrunde den Metropolen gewidmet.

119 Lüsebrink: Kulturraumstudien und Interkulturelle Kommunikation, S. 324.

120 Vgl. Anlage 7 zum DAAD-Programm „Integrierte Internationale Studiengänge mit Doppelabschluss“ (Stand: 2009/2010). In: Internetseite des DAAD, URL: <http://www.daad.de/imperia/md/content/hochschulen/doppeldiplom-programm/ausschreibung/anlage_7.pdf>, Datum des Zugriffs: 18.05.2013.

121 Auswärtiges Amt: Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2007/2008, S. 6.

nisationen sukzessive auf- und ausgebaut. Insbesondere in Asien hat die Bundesregierung ihr kulturpolitisches Engagement in den letzten Jahren weiter verstärkt.“¹²²

Die Ergebnisse der quantitativen Bestandsaufnahme (Zwischenergebnis) in TEIL 0, Abschnitt 3 bestätigen die hier vorgestellte These von Erle. Die Aussagen im DAAD berücksichtigend, sollte darüber hinaus ein Hinweis von Georg Schütte in Bezug auf den „Europäisch-Islamischen Kulturdialog“ vortragen werden. Demnach mache dieser

„auch die Grenzen der Bildungs- und Wissenschaftsförderung als Teil der Auswärtigen Kulturpolitik deutlich: Wissenschaftliche Kooperation und Wissenschaftlertausch kann nur dort ansetzen, wo es funktionierende Wissenschaftssysteme gibt.“¹²³

Resümierend ist festzuhalten: Das Interesse am Maghreb sowie am Mittelmeerraum als Wissensraum hat sich in der deutschen AWP bisher nicht entsprechend verbreitet oder erweitert, sodass die Kontakte zwischen deutschen und maghrebinischen Hochschulen in Relation zu anderen Regionen und Ländern der ‚Arabischen Welt‘ möglicherweise noch behindert werden und daher eher gering sind.

In Abschnitt 1 konnte mittels der Identifikation von fünf Diskurssträngen (diskursprägende Aussage-Einheiten) ausführlich dargestellt werden, welche Diskurse in welcher Intensität wie in den Mittlerorganisationen der deutschen AKBP geführt werden. Mit besonderem Fokus auf die Maghrebländer und den „Dialog mit der islamischen Welt“ wurden vor allem Aussagen zu institutionellen Strukturen, Interkulturalität/Interkultureller Dialog, Konsens, politische Steuerung und Interessen in der deutschen AKBP geordnet und diskurs- und sprachanalytisch wie kulturwissenschaftlich untersucht. Dieses Verfahren wird quantitativ zunächst auch in der folgenden diskurs- und kulturwissenschaftlichen Analyse der Aussagen im Auswärtigen Amt, insbesondere in Bezug zum „Islamdialog“ und den vergangenen wie künftigen deutsch-maghrebinischen Beziehungen im Rahmen sogenannter „Transformationspartnerschaften“ in/mit Nordafrika, angewandt. Die fünf ausgeprägtesten Diskursstränge werden jeweils für das Referat 609 und das Referat 312 im Auswärtigen Amt analysiert.

122 Auswärtiges Amt: Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2008/2009, S. 7 und Auswärtige Amt: Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik 2009/2010, S. 8.

123 Georg Schütte: Verstand und Verständigung – Hochschule und Wissenschaft, in: Kultur und Außenpolitik, hg. von Kurt-Jürgen Maaß, 2. Aufl., Baden-Baden 2009, S. 166.